E 2814

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 8-9/04 Jahrgang 53

DIGITAL WORKFLOW

ZEITUNGSUMBRUCH IN NEUER QUALITÄT - RATIONALISIERUNG ALS ZUKUNFTSINSTRUMENT - WENIGER ARBEITSPLÄTZE

inhalt

Foto: Miller / mediacolors

titelthema: zeitungsumbruch

8 **Digital Workflow – ein unbekanntes Wesen?**
Tiefgreifende Veränderungen in Zeitungsverlagen erfordern frühzeitiges Agieren der Betriebsräte

10 **Motor mit Automatik**
Madsack: Verlag wird zum industriellen Fertigungsort

11 **Transparente Kostenbremse**
WAZ: 300 Beschäftigte betroffen

Porträt

6 Verwegene Welle

Kolumne

7 Hauptsache
Skandale und Schicksale

Journalismus

12 Blick über die Oder – Journalistinnentreffen in Slubice
13 pro-information.de
13 dju auf der Photokina 2004
13 Verschlossene Auster
14 Gipfelübergriffe in Genua
16 Presse-Versorgung: Steuerprivileg entfällt ab 2005

Print

18 Aus für Görlitzer Allgemeine
18 Buchrezension: Trends Politischer Kommunikation
18 TV-Today verkauft
19 Presserat: Biss entwickelt
19 Ohne Ergebnis vertagt
19 Moderner Streichkatalog
19 Vergütungen verhandelt
20 VG Bild-Kunst: Förderung
20 VG Wort: Schmalerer Scheck

Medienpolitik

21 Hannover: Qualität und Quote
21 Neues Gesetz kritisiert
22 Kniefall vor Verlegern

Rundfunk

22 Europe goes Radio
23 n-tv: Unsozialer Sozialplan
23 Chancen für „Der Tag"
23 Hier Sendestelle Berlin!
23 Radio-Weißbuch
24 Tiefer Graben im RBB
25 Privater Rundfunk: Eine Erfolgsgeschichte

Film

26 Kinotarifverhandlungen: Gekündigt und abgemahnt
27 Verhartzung der Filmbranche
27 Rotstift in Hamburg
28 Filmrezension: Die Thuranos – Leben auf dem Drahtseil

Jugend

28 Jugendpresse in Europa

pro &

Presserabatte sind prima

Von Peter Diesler | Presserabatte finde ich prima: Ich fliege zum halben Preis nach Mallorca. Meinen Firmenwagen kaufe ich 15 Prozent billiger ein. Mein Handy klingelt zum Journalistentarif. Gehälter und Honorare befinden sich im Sinkflug. Da ist Geiz nicht nur angesagt, sondern auch geil.

Zum großen Frust der alten Hasen kann heute selbst jeder Volontär und Berufsanfänger auf Webseiten wie Journalismus.com auf Schnäppchenjagd gehen: Die 1000 Presserabatte, von der Bahncard über Fitnessgeräte, Kaffeeautomaten, Teddybären bis zum Gleitgel sorgen für Markttransparenz.

Seit dem Fall des Rabattgesetzes haben Rabatte auch bei Journalisten Hochkonjunktur. Das spricht sich rum: Kollegen versuchen selbst an der Kinokasse oder gar bei Mac Donalds ein paar Cent Ersparnis rauszuschlagen. Die Schnorrermentalität mag peinlich sein. Doch dass Geiz journalistisch unethisch ist, steht nicht im Pressekodex.

Zum Mauscheln gibt es ohnehin wenig Gelegenheit: Denn wer Presserabatte ordert, bekommt zumeist knallhartes Business aufgetischt. Presserabatte sind keine Kungelei, sondern ein Massengeschäft: Anonyme Callcenter, wie die Journalistenhotline der Telekom, fertigen Journalisten zu festen Tarifen ab. Bei VW kümmert sich eine eigene Vertriebsabteilung um den Autoabsatz an Medienprofis. Wer für die Hälfte fliegen will, ordert per Onlinebuchung oder Faxauftrag und hilft nebenbei der Airline ihre Flieger besser auszulasten. Wen wundert es da, wenn Schnäppchen sich bisweilen als Marketinggags entpuppen: Elektronikartikel kriegt man bei Saturn und Mediamarkt billiger. Rabattierte Pauschalreisen werden von Lastminute-Läden unterboten. Merke: Journalisten werden mit Presserabatten nicht als Schreiberlinge über den Tisch gezogen, sondern als zahlende Käufer.

Medienkolumnisten pflegen hingegen das Klischee, Journalisten würden wegen solch läppischer Rabatte Jubelartikel über die Anbieter verbreiten. Oder unterstellen, der ständige Gebrauch vergünstigter Produkte beeinflusse Journalisten unterbewusst. Das ist natürlich Quatsch: Die winzigen Tastaturen meines rabattierten Handys bringen mich allenfalls zur Weißglut.

Also: wollen wir uns wirklich einreden lassen, ein Redakteur von Bild oder Handelsblatt schreibt freundlich über die Umweltbilanz von Air Berlin, nur weil er neulich privat, um die Hälfte billiger zum Ballermann geflogen ist?

Oder ist diese Vermutung nicht ebenso absurd, wie anzunehmen, Pastoren würden heimlich die Marke ihres Autos in die sonntägliche Predigt einfließen lassen, um sich für den Beamtenrabatt für Pastoren zu bedanken?

Der Autor, Ex-Redakteur des Chip Computermagazins, betreibt seit 1997 die Journalisten-Community www.journalismus.com

Recht

29 E-Pressespiegel ohne Urhebernachfrage
29 BGH verneint Link-Haftung
29 Filmaufnahmen erlaubt
29 Caroline-Urteil contra Pressefreiheit
30 Luftnummer – Erfahrungen mit der jW

Internationales

31 Revolution im Alltag – neue Medien in der arabischen Welt
32 IFJ-Weltkongress: Berufliche Ethik und Medienqualität
33 Betriebräte: Netzwerk knüpfen
33 Tod bleibt ungesühnt
33 Aktion für birmanischen Sportjournalisten

Rubriken

4 Briefe an M
5 Intern: Aktionen, Veranstaltungen, Personen
34 Service / Seminare / Impressum
36 Kontakte
38 Leute / Preise

Foto: Christian von Polentz / transit

editorial

Mehr Farbe

Neues Haus, neues Layout, neue Möglichkeiten und ein Stück Digital Workflow. So der Rahmen dieser M-Ausgabe nach der sicher für Leserinnen und Leser viel zu langen „Sommerpause". Menschen, nicht Computer, machen eben Medien: M kommt farbiger daher mit mehr Rubriken und Stilformen – Platz für mehr Informationen über Aktivitäten in ver.di und Debatten um das, was Journalisten, Rundfunkmitarbeiterinnen, Verlagsbeschäftigte und Filmemacherinnen bewegt.
Berufliche Probleme sowie die Entwicklung der Medienbranche spiegeln sich im Pro & Contra, dem Porträt, der Reportage, der Kolumne, Berichten und Artikeln. Der Kreativität und dem Anspruch in M zu lesen, was woanders nicht oder kaum sichtbar steht, ist nur eine Grenze gesetzt: der Seitenumfang! Ideen und Themenvorschläge sind sehr willkommen, gerne auch mit Bemerkungen zum veränderten Zeitschriftengesicht. Dank gilt an dieser Stelle vor allem den Freien, die ihre knapp bemessene Freizeit opferten, um in mehreren Ideen-Runden für eine erneuerte medienpolitische Zeitschrift zu streiten. Der Digital Workflow hat bei M bereits seit einiger Zeit Einzug gehalten. Mit dem Wechsel zur Druckerei apm werden nunmehr alle Daten per DSL übertragen und laufen dann in die computergesteuerte Rotation. Dem voraus geht natürlich das Layout am Computer mit der digitalen Bildrecherche und Bildbearbeitung, die Anzeigenakquise, bei der es demnächst eine neue Kooperation geben wird. Einzusparen gibt es an M nichts mehr, in der Eine-Frau-Redaktion, bei einer Grafikerin für's Layout und einem Cover-Gestalter, bei den Honoraren der emsigen Freien, ohne die M niemals erscheinen würde, bei den ohnehin zu wenigen Aufträgen vor allem für Fotografen.
An inhaltlichem Gewicht wird erst recht nicht gespart: Der Digital Workflow in den Zeitungsverlagen – unser Titel – wird in M aufgrund der Dimension des Umbruchs und der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen ein Dauerbrenner der kommenden Monate und Jahre sein. Nicht anders ist es mit Themen wie den Arbeitsbedingungen in den Redaktionen und Sendern, so bei n-tv und dem RBB (S. 23 / 24); beim Informationsfreiheitsgesetz (S. 13) der Lage der Fotografen (S. 13), den Verwertungs- und Urheberrechten (S. 19 / 20), der Presse-Versorgung (S. 16) und dem Internationalen (S. 31 – 33). Kritisch werden wir auch die Vorstöße der Arbeitgeber zur nachhaltigen Absenkung der ohnehin sehr geringen Kinolöhne begleiten und über den Kampf der Kinomitarbeiter gegen dieses „unmoralische Angebot" berichten (S. 26). M ist eben nicht „nur" Journalistenblatt, sondern die Zeitschrift aller Medienschaffenden.

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

contra

Glaubwürdigkeit ist dahin

Von Manfred Protze | Warum geben Unternehmen exklusive Rabatte an Journalisten. Aus caritativen Gründen? Wohl kaum! Sicher soll bei möglichst vielen Journalisten ein latent sympathisches Bild des Unternehmens und seiner Produkte erzeugt werden. In der Erwartung, dass sich die Begünstigten in Konflikt-Situationen bewusst oder unbewusst an den leistungslos gewährten Vorteil erinnern. Mit dem Ergebnis, dass die professionelle Distanz zum Unternehmen kleiner und die Verarbeitung vor allem nachteiliger Informationen in einer tendenziell besseren Bewertung mündet. Psychologen bestätigen nach einem Jahrhundert Forschung solche nicht bewusst kontrollierbaren Wirkungen. Wer einen 5-Sterne-Urlaub zu den Kosten von 3 Sternen verbracht hat, erinnert sich auch beim nächsten beruflichen Kontakt an diesen Genuss-Schein des Reiseveranstalters. Bewusst oder unbewusst.
„In meiner Berichterstattung lasse ich mich von solchen materiellen Vorteilen nicht beeinflussen – ich kann da klar trennen." So lautet ein Legitimationsargument für die Vorteils-Annahme. „Ich nehme nur solche Rabatte in Anspruch, für die es keinen Berührungspunkt in meiner journalistischen Arbeit gibt" lautet ein anderes. Selbstbewusst erscheint das Erste, schlau das Zweite. Nicht nur die seit Jahrzehnten unerschütterte Praxis der Vorteils-Geber spricht gegen einen dauerhaften Erfolg der scheinbar subversiven Distanzbewahrung. Auch die im Pressekodex geronnene Erfahrung vieler Generationen von Journalisten und Verlegern spricht dagegen. Ziffer 15 sagt: „Die Annahme von Vorteilen jeder Art, die geeignet sein können, die Entscheidungsfreiheit von Verlag und Redaktion zu beeinflussen, sind mit dem Ansehen, der Unabhängigkeit und der Aufgabe der Presse unvereinbar."
Eine Gefahr für unsere journalistische Entscheidungsfreiheit liegt bereits in der Annahme von Vorteilen, die „das im gesellschaftlichen Verkehr übliche und im Rahmen der beruflichen Tätigkeit notwendige Maß übersteigt". Sind 15 Prozent vom üblichen Verkaufspreis eines Neu-Autos oder 30 Prozent eines Reisepreises ein für Journalisten übliches Maß?
Hauptkapital für Journalisten ist ihre Glaubwürdigkeit. Mediennutzer setzen darauf, weil sie den Wahrheitsgehalt von Informationen meist nicht überprüfen können. Glaubwürdigkeit hängt dabei nicht vom Einzelnachweis durch die Adressaten ab. Umgekehrt: Haben sie ein Indiz für Unglaubwürdigkeit, reagieren sie – zu Recht – mit einem Allgemeinverdacht und mit einem Verzicht auf das publizistische Produkt. Das allerdings wäre das wirtschaftlich schlechteste Ergebnis für alle aus einer Annahme kurzfristiger individueller Vorteile.

Der Autor ist Mitglied im Bundesvorstand der dju und im Deutschen Presserat

**Wir freuen uns über Briefe.
Vor allem über kurze.
Wir wollen möglichst viele
zu möglichst vielen Themen
erhalten und abdrucken.
Manchmal müssen wir
Leserbriefe kürzen.
Wir bitten um Verständnis.**

Adresse ab 20. Juli 2004:
ver.di Bundesverwaltung,
Karin Wenk, «M»-Redaktion,
Paula-Thiede-Ufer, 10179 Berlin

Telefon: (030) 69 56 23 26
Fax: (030) 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Foto: Christian von Polentz / transit

M im neuen Haus am Spreeport

Mit der Bundesverwaltung ist auch die Redaktion von M Mitte Juli ins neue ver.di-Haus in der Nähe des Berliner Ostbahnhofs gezogen. 74 Mio Euro wurden in den Bau des siebengeschossigen Gebäudekomplexes mit viel Glas, schönen Innenhöfen und großen Kommunikationsbereichen investiert. Neben den 750 ver.di-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeszentrale sitzen im Spreeport auch die 200 Beschäftigten des ver.di Landesbezirkes Berlin-Brandenburg und des Bezirks Berlin. Entlang des Spreeufers entsteht hier ein neues Medienviertel.

Verflachung bei NDR Kultur

„Die Verflachung in der publizistischen Fotografie" in M 5 / 2004

Durch die Recherche nach den Stichworten „Einschaltradio" und „Musik" bei google bin ich auf die Zeitschrift „M" und den Artikel in 5 / 2004 „Die Verflachung in der publizistischen Fotografie" gestoßen. Beim NDR Kultur gibt es seit Januar 2004 im Prinzip die gleiche „Verflachung" (wie auch beim RBB). Viele Stammhörer regen sich bitter auf, das stört Frau Mirow, die NDR-Wellenchefin, nicht. Deshalb haben wir von der Hamburger Telemann-Gesellschaft am 15. Juni den Initiativkreis Das GANZE Werk gegründet, der sich für den Erhalt kultureller Standards einsetzt und als Kompromiss verlangt, dass von 6 bis 19 Uhr in einer Dauer von mindestens 4 Stunden ganze Werke gesendet werden, so wie es bisher üblich war, wie es in anderen Sendegebieten geschieht und wie es viele Stammhörer schätzen.

Nach unseren Informationen wird der Rundfunkrat des NDR im Spätherbst eine Entscheidung zu NDR Kultur treffen. Wir wollen verhindern, dass die jetzige unqualifizierte Berieselung zum Maßstab für die Zukunft und für die Jugend wird. Ausführliche Informationen dazu gibt es unter www.dasganzewerk.de. Die Homepage wurde mit Unterstützung der „neuen musikzeitung" möglich.

Theodor Clostermann, Hamburg
Kontakt: tact.htg@t-online.de ■

Übers Ziel hinaus geschossen

„Wer ist das Volk?" in M 6 – 7 / 2004

Dem Kollegen Gangloff würde ich Recht geben, dass sicher nicht die Medien als Überbringer von Nachrichten verantwortlich für das schlechte Image der Politik gemacht werden können. Wenn er jedoch behauptet, „Gerade Kaufzeitungen können es sich doch gar nicht leisten, konsequent am Meinungsbild ihrer Kundschaft vorbeizuschreiben", schießt er mit einer uralten Verlegerbehauptung weit übers Ziel hinaus. Zeitungen mit Monopolcharakter können fast alles, außer vielleicht am „Meinungsbild" ihrer Inserenten vorbeizuschreiben. Warum erregt der Fall Aldi-Süd / SZ denn so ein Aufsehen? Weil er die Ausnahme ist.

Ebenso bin ich mit dem gleichen Autor nicht einverstanden, wenn er – leichtfertig? – dem Pay-TV das Wort redet, bzw. schreibt. Seine Kritik an populistischen Politikern, die ARD und ZDF zu überhöhten Sportrechte-Zahlungen animieren wollten, ist richtig. Die Konsequenz daraus kann jedoch nicht sein, Berichterstattungen, an denen ein großes öffentliches Interesse besteht, ins Pay-TV zu verlagern, wo sie der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr zugänglich sind. Ebenso leichtfertig gibt Gangloff „Erfolgsmeldungen" der Unternehmen Premiere und EM-TV wieder, die ich selbst in der Financial Times Deutschland schon kritischer kommentiert gefunden habe.

Martin Böttger, Bonn ■

Authentizität verschenkt

„n-tv verabschiedet sich in die Provinz" in M 6 – 7 / 2004

Der Zwangsumzug des kleinen Nachrichtensenders n-tv zeigt sehr deutlich, woran es in Deutschland gegenwärtig hapert. Es gibt zu viele Manager, die vor ihrer Verantwortung fliehen. Kränkelnde Betriebe werden nicht mehr saniert, sondern der Einfachheit halber lieber gleich zerlegt. Auf diese Weise drücken sich die Führungskräfte davor, neue Konzepte auszuarbeiten.

Womöglich, weil sie unfähig sind, tragfähige Zukunftsstrategien zu entwickeln. Im Fall von n-tv ist der Umzug in die westdeutsche Peripherie alles andere als betriebswirtschaftlich intelligent. Kurzfristig mögen Kosten eingespart und öffentliche Subventionen kassiert werden. Ein Umstand, der wiederum alleine dem Management zu Gute kommt, denn es kann auf diese Weise seine Bilanzen schönen. Mittelfristig hingegen verliert der Sender seine Existenzgrundlage, denn er gibt das wichtigste aus den Händen, was ein Nachrichtensender besitzen kann: Authentizität! *Rasmus Ph. Helt, Hamburg* ■

Aktionen, Veranstaltungen, Personen

Solidaritätsbasar 2004 | Die Berliner Journalistinnen und Journalisten laden am 28. August zum Solibasar auf den Alexanderplatz in Berlin ein. Die Spenden kommen in Rafel del Sur (Nicaragua) einem ländlichen Projekt zur Armutsbekämpfung zugute. Schirmherrin ist die stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende Margret Mönig-Raane.

ver.di Wiesbaden im Radio | Im vierwöchigen Rhythmus berichten verdianer aus Wiesbaden Samstag abends zwischen 17 und 18 Uhr auf Radio Rheinwelle (UKW 92,5) über ihre Arbeit, Probleme und Lösungen.

Journalistentag | Der diesjährige Journalistentag der dju und der RFAV findet am 27. November in Berlin im neuen ver.di-Haus statt. Thema: PR und Journalismus.

Dokumentation Pressevielfalt | Die Broschüre „Perspektive Pressevielfalt – Vor den Journalisten sterben die Verleger“ Dokumentation vom 17. Journalistentag 2003 ist noch erhältlich. Bestellung: bernd.mann@verdi.de

Hochschulprojekt | Das dju-Hochschulprojekt wird seit 1. Juni in Zusammenarbeit mit der Jugendpresse durch Kathrin Hünemörder betreut. E-Mail: journalismus@verdi.de

Solidaritätsfond | Der „Solidaritätsfond demokratische Medien in der Welt e.V.“ unterstützt seit Jahren weltweit Basis-Medien und Kunstprojekte. Gegründet wurde der Solifond mit Sitz in Stuttgart 1993 von der IG Medien, Vertretern der Evangelischen Kirche und Einzelpersonen der Dritte-Welt-Bewegung.
Informationen: www.solifonds.de

Wahlen Hessischer Rundfunk | In den Örtlichen Personalrat Frankfurt und den Gesamtpersonalrat vom Hessischen Rundfunk wurden von der Liste ver.di / RFFU gewählt: Karin Alles, Ulrich Breuer, Wolfgang Engelter, Harald Feller, Alf Haubitz, Hilda Klein, Michael Krämer, Klaus-Dieter Mann, Doris Piel, Klaus Roth, Gunther Schneider, Gisbert Streit, Elisabeth Treff, Silke Wahl, Werner Wehr, Alexander Weiße und Claudia Weyrich. Beschäftigtenvertreterinnen im Verwaltungsrat sind Elisabeth Treff und Doris Piel.

Wahlen Westdeutscher Rundfunk | In den Personalrat des WDR wurden von der ver.di-Liste gewählt: Heribert Stratmann (Vorsitzender), Rainer Marquardt und Marion Maslow (beide stellvertretende Vorsitzende) sowie Klara Vöcklinghaus, Armin Behrens, Ursula Landeck, Wolfgang Weidel, Rosemarie Schultes, Regina Tanne, Ditmar Jörke, Annegret Juli und Peter Bongard.

DGB Filmpreis | Für den Spielfilm „The Wooden Camera“ (Großbritannien / Frankreich / Südafrika) erhielt Ntshaveni Wa Luruli (Südafrika) im Rahmen des Internationalen Filmfests Emden / Aurich / Norderney den mit 5.000 dotierten DGB-Filmpreis 2004 für einen gesellschaftlich besonders engagierten Film.

Anzeige

Verwegene Welle

Seit zehn Jahren trägt Radio Multikulti zum Verständnis der Kulturen bei

Foto: RBB / Michael Häring

Andreas Hammerl, Welleningenieur von Radiomultikulti mit Barbara Hingst, Tontechnikerin, im Regieraum von Studio T14

Von Günter Frech | Der Multikulti-Tag beginnt um 6 Uhr mit dem Morgenmagazin FrühStück. Bis 10 Uhr wird zwischen aufwach-tauglicher „world wide music“ und unaufgeregter Moderation über den Berlin-Brandenburger Alltag und das internationale Geschehen berichtet. Danach ist Meridian 13 der Ausgangspunkt für eine zweistündige Musikreise um den Globus. Gewesene Konzerte werden besprochen und auf kommende wird hingewiesen. Fast jeden Tag sind musikalische Gäste im Studio und packen ihre Instrumente aus.

Mit dem Mittagsmagazin Metro rauschen die Hörerinnen und Hörer durch die multikulturelle Gesellschaft der Region. Menschen, die etwas zu erzählen haben, werden vorgestellt und die Kulturtipps helfen, sich im Dickicht der Stadt zu orientieren. Der rasende Reporter Kemal Hür streift durch Grünanlagen und Hinterhöfe und berichtet über unglaubliche Ereignisse ohne die alltäglichen zu verschweigen. Die Maxime der Redaktion: „Reisen Sie mit der Metro auch in andere Metropolen. Begrüßen Sie mit uns Besucher aus aller Welt, sehen Sie Berlin und das Umland mit den Augen der anderen.“

Ab 14 Uhr geht es ins Cafe Global. Zur Siesta-Zeit ist die Musik etwas gemächlicher. Ausgeruht kann man sich dann im 14-tägigen Wechsel von Spezialisten einer musikalischen Region das Neuste aus seiner heimatlichen Szene erklären lassen. Bei Hintergrundgesprächen wird das Wichtigste vom Tage unter die multikulturelle Lupe genommen.

„Ohne Technik läuft nichts!“ mahnt ein Schild an der Studiowand. Dass es läuft, dafür sorgt Welleningenieur Andreas Hamerl mit seinem Team. Die Tontechnikerin Angelika Schaefer hegt Zweifel, ob Selbstfahrerstudios das Richtige sind. „Bei manchen Sendungen ist das kein Problem. Wenn ein Moderator nur Musik auflegt, geht das. Magazinsendungen mit vielen Einspielungen werden ohne uns dilettantischer.“ Ihre Kollegin Dagmar Kellenbenz pflichtet ihr bei und betont, dass es bei Multikulti noch ziemlich geregelt zugeht. „Es macht schon einen Unterschied, wo ich arbeite. Hier macht es Spaß, das hat mit der Musik und dem bunten Kreis der Kollegen zu tun.“ Überhaupt ist die Arbeitsplatzzufriedenheit bei Multikulti augenscheinlich.

Abend der 18 Sprachen

Von 6 bis 17 Uhr auf Deutsch, danach bis 22 Uhr in 18 Sprachen und in der Nacht die besten Weltmusik-DJs mit ihren abgedrehten Shows. „Radio Multikulti ist das Radio für das Leben in der multikulturellen Metropole. „Wir bieten eine einzigartige Mischung der kulturellen Vielfalt mit Informationen über das Zusammenleben bei uns und anderswo. Die Brücke ist die Musik und die ist in ihrer Mischung verwegen und in Europa immer noch einmalig: zehn Klangregionen wechseln sich ständig ab.“ So charakterisiert Wellenchefin Ilona Marenbach den etwas anderen Sender vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Musikchef Tobias Maier sagt, dass es wohl keinen Sender gibt, der in der Musikfarbe so abwechslungsreich ist. In der Rotation - das ist der Rechner mit den gespeicherten Stücken, die ständig zur Auswahl stehen - sind derzeit etwas über 6.500 Titel. Bei anderen Sendern seien das gerade Mal 450 bis 500 Titel. Maier: „Wir beschäftigen uns mit 90 Prozent des weltweiten Musikausstoßes.“

Auch die Nachrichten heben sich von anderen Sendern wohltuend ab. „Das Siebenundzwanzigste Statement zum Kündigungsschutz wird hier nicht gesendet“, sagt Rolf Grünewald, einer der fünf Nachrichtenredakteure und Sprecher. Auf die üblichen Platitüden von Politikern und Wirtschaftsbossen wird gerne verzichtet. Grünewald: „Migrationsthemen im weitesten Sinne, das Zusammenleben der unterschiedlichen Communities und Entwicklungspolitische Zusammenhänge machen unseren Multikulti-spezifischen Nachrichtenmix aus. Doch wir vermelden auch, wenn Jürgen Kliensmann Teamchef der Fußballnationalmannschaft wird.“ Zwischen zwei Nachrichtensendungen stellt der Nachrichtenmann (oder die Frau) Meldungen und O-Töne zusammen.

Multikulti beschäftigt 190 Kolleginnen und Kollegen aus 32 Nationen. Lediglich 30 sind fest angestellt. „Damit haben wir ein Problem“, sagt Personalratsmitglied Hamerl. Wort- Musik- und fremdsprachige Redaktion üben sich im täglichen Spagat, mit einem niedrigen Etat ein ambitioniertes Programm zu bringen. Derzeit hat Multikulti einen Marktanteil von 0,7 Prozent. Das sind pro Stunde etwa 65.000 Hörerinnen und Hörer: darunter schätzungsweise etwa 60 Prozent fremdsprachige Menschen. „Wir erfüllen einen öffentlich-rechtlichen Auftrag“, so unisono Nachrichtenmann Grünewald, Musikchef Maier und Techniker Hamerl. Was am 18. September 1994 als Experiment begann, ist zehn Jahre danach „das beste, was die Radiolandschaft hergibt“, wie vielfach im Internet-Gästebuch zu lesen ist. ■

Radio Multikulti – Die Frequenzen

- Berlin und Umland: UKW 96,3 MHz
- Frankfurt / Oder: UKW 99,3 MHz
- Cottbus: UKW 91,6 MHz
- Mittelwelle 567 kHz (529m)
- Kabel Berlin: UKW 96,85 MHz
- Alle anderen Empfangsmöglichkeiten – Digital, Analog, Satellit, Deutschland-, Europa- und Weltweit – im Internet unter http://www.multikulti.de/; hier auch 1:1 Livestream und Radio on Demand.

Hauptsache Skandale und Schicksale

Eher gelangt ein Kamel durchs Nadelöhr als ein gewerkschaftliches Argument in die Zeitung

Von Klara Fall | Mein Job als Öffentlichkeitsarbeiterin beim DGB wird nie langweilig: Ob Arbeitslosigkeit, ALG II oder Privatisierung der staatlichen Krankenhäuser – jeder Tag wartet mit einer Fülle von Themen auf, die es zu kommentieren gilt. Und das Schöne ist: In einer Medien- und Großstadt gibt es viele Journalisten, die man informieren und überzeugen kann. Besser: könnte, wenn sie es nur zuließen. Während die Handelskammern und Arbeitgeberverbände ein Veröffentlichungs-Abo zu haben scheinen, kommen Gewerkschaften eher am Rande und oft verzerrt vor. Medien wollen Schicksale, Skandale und Statistik, aber ungern tiefer blicken.

Personalisieren

Meine Lieblingszeitung ist die Bild. Da kommen Anfragen wie: „Können Sie mir nicht mal einen Arbeitslosen vermitteln, der erzählt, wie schwierig es ist, mit der Arbeitslosenhilfe über die Runden zukommen? Am besten jemand, der sich auch mit seiner Familie ablichten lässt?“ Übersetzt heißt das: Ham‘ Se mal ‘nen armen Schlucker für mich, der sich mit seiner verwahrlosten Kinderschar vor einer abgewetzten Couchgarnitur knipsen lässt, um das Elend so richtig ausweiden zu können? Höflich nenne ich die Kontakt-Adressen der Arbeitsloseninitiativen in den Gewerkschaften und biete einen Hintergrundbericht an. – „Hm, ah ja, einen Text über die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose..., können Sie ja mal ‘rübermailen. Und, haben Sie nun jemanden?“

Skandale

Dafür bietet sich der 1. Mai an. „Rechnen Sie mit Ausschreitungen“ fragte ein Polizeireporter. „Die Linksradikalen haben ja schon angekündigt, dass sie sich in den Demozug des DGB mischen wollen.“ Am Tag nach dem 1. Mai, der vollkommen friedlich verlief, hieß es dann in der Springer-Zeitung: „Rund 200 Autonome bildeten einen Block ... Zwischenfälle blieben aus.“ „Leider“, hätte der Schreiber womöglich gern eingefügt

Zuhör-Garantie gibt‘s nur bei Extrem-Nachrichten: „Wenn Sie mir nicht mitteilen wollen, dass Ihr Vorsitzender gerade zurückgetreten ist, habe ich kein Ohr für Sie“, schmetterte der örtliche Leiter einer Presseagentur in den Hörer. Ich hatte ihn angerufen, um zu erfahren, ob er zu unserem Hintergrundgespräch ALG II kommen werde. Offenbar ein unzumutbares Anliegen. Wir hatten zu diesem Termin mit einem Experten aus dem Bundesvorstand rund 30 Journalisten in ein Restaurant eingeladen. Neun meldeten sich an, vier kamen.

Schweigen

In diesem Jahr fand sich in keinem Lokalteil der Springerpresse am Tag vor dem 1. Mai auch nur eine Silbe über die Bedeutung des Feiertages oder gar Ankündigungen auf die DGB-Kundgebungen. Dafür ausführliche Hinweise auf Straßenfeste. Selbst der öffentlich-rechtliche Lokalsender meinte auf einen Bericht über den 1. Mai verzichten zu können. Begründung: „Das ist ja ein Feiertag, da haben wir keine Sendung, und einen Tag später bringt es nichts mehr.“ (Schon ein paar Jahrzehnte lang ist der 1. Mai bekanntlich ein Feiertag, was diesen Sender bisher dennoch nicht an einer Berichterstattung tags drauf gehindert hatte.)

Statistiken

Ob Kundgebungen, Demos oder Veranstaltungen – interessanter als Anlass und Thema der Aktionen sind die Teilnehmerzahlen. „Wie viele Leute erwarten Sie?“ ist die Standard-Frage, die nur dazu dient, die Zahl mit dem tatsächlichen Ergebnis abzugleichen und bei geringeren Teilnehmerzahlen festzustellen: Ha, da waren die Gewerkschaften mal wieder größenwahnsinnig. Ein weiterer Beweis dafür, dass sie ihre Leute nicht mobilisieren können.

Ebenfalls ein heißes Thema: die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Zwar interessiert sich der Journalist nicht dafür, warum es Gewerkschaften gibt. Eins will er aber unbedingt wissen: Wie viel weniger Mitglieder es im Jahr x verglichen mit dem Jahr y gibt. Das allein reicht doch schon als „Beleg“ dafür, dass es total out ist, sich in so einem „Verein“ zu organisieren.

Verzerren

Das Thema des Journalisten: die Ausbildungsabgabe. – „Umlage“, erwidere ich, „es ist keine Steuer, sondern Geld, das gerecht umverteilt wird.“ „Ach ja, so, so. Sagen Sie mal, hat der DGB genügend Ausbildungsplätze?“, kam es lauernd. Tja, wir erfüllen unsere Quote. Das war enttäuschend für den Redakteur. Aber er schaffte doch die Verzerrung, in dem er absurde Gesichtspunkte gegen die Umlage zusammentrug: Zu was sollen zum Beispiel Sexclubs Nachwuchs ausbilden? – Als Tabledancer? Übergangslos schloss der Schreiber an: Trotzdem ist der DGB-Chef xy für diese Abgabe. Alles klar.

Peppiger?

Wir leben schnell, lieben fun, brauchen action. Also: Gib Zucker. Klasse Motive, spaßige Aktionen, am besten Schlagworte mit Tabu brechenden Zitaten von Gewerkschaftspromis.

Es ist ja nicht so, dass wir beratungsresistent wären. PR-Fachleute haben uns erklärt, wie man mit geringem finanziellem Aufwand Aufmerksamkeit erzielt: Weg von stereotypen Transparenten, Trillerpfeifen oder langweiligen Podiumsdiskussionen. Das nicht Gesagte soll neugierig machen: Einfach einen Haufen Broschüren in die Fußgängerzone kippen, kein DGB-Logo, keine Infotische, keinen Gewerkschafts-Funktionär in der Nähe, der den Leuten womöglich etwas erklären will. Die Szenerie für sich wirken lassen, mache neugierig, so der PR-Experte.

Mal ehrlich: Mangelt es uns wirklich an Ideen für eine peppigere Öffentlichkeitsarbeit? Oder stehen wir nicht einfach einer neoliberal geprägten Medienlandschaft gegenüber, die gewerkschaftliche Themen eben nur verzerrt oder gar nicht vorkommen lassen will? Oder haben wir nicht nur ein Vermittlungsproblem, sondern ein inhaltliches? Ich bin überzeugt: Eine gute Öffentlichkeitsarbeit fängt mit der richtigen Analyse an. Aber das Ergebnis will dann wahrscheinlich schon gar keine Zeitung mehr drucken. ■

Digital Workflow – unbekanntes Wesen?

Foto: Miller / mediacolors

„Betriebsräte in Zeitungsverlagen müssten elektrisiert sein" – tiefgreifende Veränderungsprozesse erfordern frühzeitiges Agieren und den ganzheitlichen Blick

Die „industrielle Wirklichkeit" hat auch die Zeitungsbranche erreicht. Der organisatorisch-technologische Wandel und der damit verbundene Umbruch in den Zeitungsverlagen geht jedoch eher leise vonstatten: „Digital Workflow" heißt das Instrument, das zur Zeit in vielen Verlagen eingeführt und als Element der Zukunftssicherung propagiert wird. Betriebsräte sind stärker als je zuvor gefordert.

Der Digital Workflow bietet völlig neue Möglichkeiten für eine hocheffiziente industrielle Fertigung von Zeitung. Er ist für Zeitungsverlage auf allen Ebenen der Herstellung das Rationalisierungsinstrument. Gegenüber früheren Rationalisierungsstrategien in Zeitungen stellt er eine deutlich neue Qualität dar.

Was ist Digital Workflow? Vereinfacht ausgedrückt ist es die computergestützte (digitale) Planung und Organisation der Arbeitsabläufe (Workflow) der Zeitungsherstellung. Alle Inhalte der Zeitung – ob redaktionelle Artikel, Fotos oder Anzeigen – liegen als Computerdaten vor und werden digital verarbeitet, bis hin zur fertigen Ganzseite auf der Druckplatte. Dies ist ein Teil des Workflows, der andere ist die betriebswirtschaftliche, zahlenmäßige Erfassung dieser Arbeitsabläufe. Kostenstrukturen werden durchgängig transparent.

Ausgliederung und Personalabbau

Workflowmanagement-Systeme (computergestützte Steuerung von Arbeitsvorgängen) sind daher keine rein technischen Lösungen, sondern mit ihrer Einführung geht die Neugliederung der Arbeitsorganisation einher. Re-Engineering und Prozessgestaltung sind hier die zentralen Begriffe. Ökonomische Erfassung und Steuerbarkeit aller Prozesse sind die Instrumente für's Management.

Bei Gruner + Jahr, der Madsack-Gruppe, der Rheinischen Post und weiteren Zeitungen sind wesentliche Elemente des Digital Workflow bereits eingeführt, die WAZ-Gruppe beginnt zur Zeit auf breiter Front mit der Realisierung. Die Folgen für Mitarbeiter in unterschiedlichen Funktionsbereichen reichen von der Ausgliederung bis zu umfangreichem Abbau von Personal.

Eine treibende Kraft für diese strukturellen Veränderungen der Zeitungsverlage waren die konjunkturellen Einbrüche (Umsatzrückgänge und damit einbrechende Gewinne) der letzten drei Jahre. Bereits in den 90er Jahren wurde bei Zeitungsverlagen der Computereinsatz vorwiegend zur Rationalisierung einzelner Tätigkeiten oder Tätigkeitsbereiche (z. B. Entwicklung einer spezifischen Software zur Bearbeitung von Texten) genutzt. Dies führte sehr häufig zu einer unverbundenen Vielfalt kleiner EDV-Systeme und -lösungen und brachte neue kostentreibende Probleme mit sich. In enger Zusammenarbeit von Software-Entwicklern / Anbietern und Zeitungsverlagen / Management sind erst in den letzten fünf Jahren integrierte und tragfähige Softwarelösungen, die alle Funktionsbereiche der Zeitungsunternehmen miteinander verknüpfen, entwickelt worden.

Im Gegensatz zu den vorherigen Insellösungen sind Digital-Workflow-Systeme im Zeitungsbereich heute dadurch gekennzeichnet, dass sie die Organisation und Koordinierung sämtlicher Tätigkeiten und Vorgänge im Rahmen eines Geschäftsprozesses oder auch der Kombination verschiedener Prozesse übernehmen. Hierfür wird eine einheitliche Datengrundlage und eine einheitliche Oberfläche geschaf-

fen, um so digital erfasste Vorgänge (z. B. Anzeigen, Zahlungseingänge, Zeitungsartikel) eindeutig den verschiedenen Funktionsbereichen zuzuordnen und durch die aufeinander folgenden Bearbeitungsschritte zu schleusen.

Abläufe in Datenmodell übersetzt

Die Zeitungsbranche durchläuft damit ähnliche Entwicklungen wie der Banken- und Versicherungsbereich. Dort wurden hochstandardisierbare Arbeitsabläufe organisatorisch neu gefasst und in digitaler Form abgebildet. Sie führen heute noch zu Rationalisierungsschüben mit unterschiedlicher personeller Auswirkung.

Ganz konkret funktionieren Workflow-Systeme folgendermaßen: bestehende Abläufe werden neu durchdacht (in Form sogenannter Geschäftsprozesse), neu gestaltet und in ein Datenmodell übersetzt. Zum Beispiel ein Online-Anzeigen-System. Der Anzeigenkunde gestaltet seine Anzeige selbst mit Hilfe eines entsprechenden Programms, das Teil des Gesamtprogramms des Workflows ist.

Das Datenmodell ermöglicht die eindeutige Zuordnung aller Vorgänge und Dokumente, hier der Kundenanzeige. Die Anzeige geht zur zentralen Blattplanung / Leitstand, parallel dazu erfolgt der Bankeinzug und die Verbuchung.

Hinzu kommt eine stark erweiterte Steuerungsmöglichkeit für das Management, weil nun sämtliche Schritte in der Bearbeitung zur Erstellung der Zeitung sofort und jederzeit und überall nachvollziehbar sind. Ausdruck dieser erweiterten Steuerungsmöglichkeit ist sehr häufig der Auf- oder Ausbau von Controllingbereichen.

Die andere Seite der Medaille

Diese neue Qualität der Arbeit hat auch eine Kehrseite. Erstens, die Gefahr der Ausgliederung und des Abbaus von Arbeitsplätzen steigt. So sind zum Beispiel im Zusammenhang mit der Einführung des Workflow-Systems in einer größeren Zeitung die telefonische Anzeigenannahme abgebaut und Teile davon in einem outgesourcten Bereich konzentriert worden. Dies bedeutete den Verlust des Arbeitsplatzes für mehr als 80 Prozent der bisher in diesem Bereich Beschäftigten.

Studie

Laut einer Studie von Ernst & Young sehen 77,5 Prozent der Geschäftsleitungen in Innovationen, die Betriebsabläufe effizienter zu organisieren, eine Chance für die Verlage.

Foto: Avenue Images / Index Stock / Wern

Zweitens, die Veränderung der Arbeitsorganisation, der Arbeitsabläufe führt zu veränderten Qualifikationsanforderungen, die in einem systematischen Personalentwicklungsprozess erfasst, konzeptionell gelöst und qualifikatorisch abgearbeitet werden müssten. In der Praxis von Zeitungsverlagen gibt es jedoch Personalentwicklung noch nicht einmal dem Wort nach.

Drittens, zuletzt bieten Workflow-Systeme veränderte Möglichkeiten der Leistungs- und Verhaltenskontrolle.

Dies sind alles Themen, die jeden Betriebsrat elektrisieren müssen. Betriebliche Interessenvertretungen sind viel stärker als bisher üblich gefordert, sich auf Themen wie Analyse und Optimierung von Geschäftsprozessen wie auch der Überprüfung der eigenen Rolle bei diesen Veränderungsprozessen einzulassen. Es geht um Kompetenzentwicklung des Betriebsrates und um das Ausloten von Handlungs- und Entscheidungsspielräumen für Betriebsräte in diesem Veränderungsprozess.

Entscheidungsspielräume

Die Einführungsstrategie des Managements bezogen auf Workflow-Systeme ist durch eine starke Aufgliederung in Teilprojekte, die parallel abgewickelt werden, zu beschreiben. Hierauf gilt es frühzeitig zu agieren und ein offenes, beteiligungsorientiertes Forum aufzubauen, das die Themenfelder Geschäftsprozesse / Arbeitsorganisation und Qualifizierung / Personalentwicklung bearbeitet. Handlungsleitend könnten folgende Zielvorstellungen für den Bereich Geschäftsprozesse / Arbeitsorganisation sein: Orientierung der Tätigkeit an einer ganzheitlichen Auffassung der Aufgabenerledigung, Erweiterung und Herstellung von Handlungs- und Entscheidungsspielräumen, ausgewogene Tätigkeitsmerkmale von dispositiver und kreativer Tätigkeit, arbeitsintegrierte Angebote von Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten, Aufbau von Teamorganisationen.

Chance für Beschäftigte

Für das Themenfeld Qualifizierung / Personalentwicklung muss es in jedem Fall darum gehen, Beschäftigten, die sich durch die Entwicklung gefährdet sehen, eine Chance einzuräumen, sich mit den neuen Anforderungen auseinander zu setzen und hierzu qualifizierte Unterstützung zu bekommen. Der Betriebsrat übernimmt dabei die Rolle des Qualifizierungsberaters oder des Controllers im Interesse der Arbeitnehmer.

Dies wiederum setzt voraus, dass – wenn das System in seiner Anwendung einigermaßen klar strukturiert ist – die neuen Anforderungen in einem Workshop mit Personalabteilung und Betriebsrat diskutiert und ins Verhältnis zu den vorhandenen Qualifikationen gesetzt werden. Dabei kommt es wesentlich darauf an, sich neben den fachlichen Veränderungen auch den Fragen der Technikunterstützung und den Fragen der besseren Kooperation und Verständigung im Arbeitsablauf zu widmen.

Paul Heyenrath ist Betriebsberater des Berufsfortbildungswerks (bfw) des DGB ■

Motor mit Automatik

Verlag wird zum industriellen Fertigungsort – weniger Arbeitsplätze

Die Verlagsgruppe Madsack ist ein Vorreiter bei der Einführung des so genannten „Digital Workflow". Bereits seit gut zehn Jahren investiert der Verlag massiv in die Digitalisierung und Neustrukturierung der Arbeitsabläufe. Die Folge ist ein Stellenabbau von 50 Prozent.

Menschen zwischen Binären Codes

„Sie kommen nicht umhin, das gleiche zu tun, was VW gemacht hat. Wenn Sie auf alten Filmen Fließbänder sehen, dann stehen dort eine Menge Leute herum. Heute ist das nicht mehr der Fall", sagte Friedhelm Haack, Vorsitzender der Geschäftsführung der Verlagsanstalt Madsack (Hannover Allgemeine Zeitung, Hannoversche Presse) beim Kongress der Zeitungsverleger am 29. September 2003. Der digitalisierte Produktionsablauf sei „ein Motor, der vollautomatisch läuft, und zwar über Redaktion, Anzeigensatz, Druckereiansteuerung, Computer to plate, über Anzeigendisposition, kaufmännische Abrechnung bis hin zu Integration in SAP." Eigentlich sei der Ablauf vom Grundgedanken simpel, erklärt Bernd Kirchhof, Betriebsratsvorsitzender bei Madsack: „Alles ist für den Computer lesbar." Einmal eingegebene Daten können im folgenden Arbeitsschritt weiterverwandt werden.

Halbierung der Beschäftigtenzahl

Friedhelm Haack betonte, das Ziel sei nicht neue Technologien als Selbstzweck einzuführen, sondern langfristig und geplant Personal abzubauen. Bei Madsack heißt dies im Detail: Noch 1992 beschäftigte die Verlagsgruppe in Niedersachsen 1600 Mitarbeiter, bedingt durch Rationalisierungen sind es nach eigenen Angaben heute noch 900, weitere 100 sollen im Rahmen von Vorruhestandsregelungen gehen. Auch in der Vergangenheit seien die Arbeitsplätze durch Altersteilzeit und Vorruhestandsregelungen abgebaut worden, bestätigt Bernd Kirchhof. Betriebsbedingte Kündigungen habe es durch die Rationalisierung nicht gegeben. „Aber die Arbeitsplätze sind natürlich trotzdem verloren", stellt er fest. Für den Konzern ist der Digital Workflow ausschließlich der Hebel, um die Kosten zu senken. Haack rechnete den beim Zeitungskongress anwesenden Verlegern und Geschäftsführern vor, dass durch die Halbierung der Beschäftigtenzahl rund 35 Millionen Euro pro Jahr gespart werden könnten. Die Personalkostenquote liege bei der Verlagsgruppe Madsack heute nur noch bei rund 30 Prozent.

Besonders im Anzeigenbereich wurde radikal rationalisiert. Das System ist vergleichbar mit dem Kreditinstitut, das seine Kunden ermuntert, ihr Girokonto online selbst zu verwalten. Ebenso wie die Banken, spart Madsack mit seinem Online-Servicecenter Personalkosten ein. Laut Geschäftsführer Haak haben sich bereits 48.000 User dort registrieren lassen. Rund 30 Prozent der Rubrikanzeigen würden heute online aufgegeben werden. Doch auch für gebaute Anzeigen fanden die Verlagsmanager eine Lösung. Wer mehrmals eine layoutete Anzeige schaltet, erhält Musteranzeigen zur Verfügung gestellt – Details kann der Kunde selbst ändern, die entsprechenden Werkzeuge werden mitgeliefert. Dieses Angebot erhalten zum Beispiel Kfz-Händler, aber auch Bestatter, denn Traueranzeigen variieren in der Regel nur wenig. Aber auch der Verkäufer eines Gebrauchtwagens kann zum Beispiel online auf Musterfotos zurückgreifen. Die Geschäftsleitung erhofft sich dadurch 120 bis 150 Beschäftigte „einzusparen".

Ebenfalls zur Mitarbeit erzogen werden die Abonnenten. Für die Urlaubszeit die Zeitung online abbestellen ist ebenso unkompliziert, wie ein neues Abonnement einzurichten. Derzeit würden rund 15 Prozent der Vorgänge im Abonnementbereich online erfasst, sagte Haak beim Zeitungskongress. Unsichtbar für den Kunden sind die Prozessabläufe im Online-Servicecenter im Hintergrund bis ins Detail digitalisiert. Sogar die Rechnungen werden automatisch ausgelöst, menschliche Arbeitskraft ist dabei unnötig.

Einfach Text übernehmen

Im fernen Spanien, bei der Zeitung El Pais wurden die Verlagsmanager auf der Suche nach weiteren Einsparpotentialen fündig. Dort können die einzelnen Redaktionen des Konzerns untereinander auf die Texte zugreifen. Dies könnte in Zukunft bei Madsack bedeuten, dass zum Bespiel Redakteure der Waldeckischen Landeszeitung nachsehen, wie ein bestimmtes Thema von der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung kommentiert wird und sie diesen Text übernehmen. Noch steht nicht fest, ob Madsack das System konzernweit einführt. Zunächst ist ein Pilotprojekt bei der Waldeckischen Landeszeitung und der Oberhessischen Presse geplant.

Silke Leuckfeld ■

Avenue Images / Dennis Lane

Transparente Kostenbremse

WAZ: 300 Beschäftigte insgesamt betroffen – Workflow gestartet

Die WAZ-Mediengruppe im Ruhrgebiet will den Digital Workflow in mehreren Arbeitsschritten einführen. Die Sporttabellen und die Veranstaltungskalender sollen künftig online direkt von den Vereinen und Veranstaltern bestückt werden, das Bildarchiv für vier Zeitungen per Mausklick von jedem Mitarbeiter recherchierbar sein.

„Wenn die Qualität des Blattes zumindest gehalten werden soll, dann kann im Redaktionsbereich nicht mehr gespart werden“, sagt Malte Hinz, Betriebsratsvorsitzender im Zeitungsverlag Westfalen (Westfälische Rundschau) und dju-Sprecher in ver.di. In den Redaktionen sei die Personaldecke schon seit Jahren so kurz, dass es für weitere Sparmaßnahmen keinerlei Spielräume mehr gebe. Bezogen auf die redaktionellen Arbeitsabläufe habe der Digital Workflow beispielsweise bei der Westfälischen Rundschau gegenwärtig eher geringe Auswirkungen. „Wichtig ist vor allem, dass die Übertragung weiterer technischer Arbeitsschritte auf die Redaktionen bei uns zu keinerlei Entlassungen führt“, betont Malte Hinz.

In kleinen Schritten hat der Digital Workflow aber auch dort längst Einzug gehalten. Die Redaktionen der WAZ-Mediengruppe erhalten so genannte Teilseiten, in denen der Platz für Anzeigen freigehalten wird. Den Gesamtüberblick hat der zentrale Leitstand. „Das ist das Scharnier zwischen Redaktion und Druckerei“, erklärt Paul Heyenrath vom Berufsfortbildungswerk des DGB (bfw), der zu Fragen des Digital Workflow Betriebsräte deutschlandweit berät. Dass die Redaktionen auch künftig weitestgehend geschont werden, bezweifelt Paul Heyenrath. „Als Folge wird ein verändertes Budget- und Kostenmanagement eingeführt.“ Da die Arbeitsabläufe digital erfasst und gesteuert werden, können anfallende Kosten genau zugeordnet und kostentreibende Bereiche frühzeitig erkannt und optimiert werden. Es sei dann möglich, für die einzelnen Abteilungen und Redaktionen jährlich ein genaues Budget zu bestimmen. „Dafür wird es organisatorische Veränderungen und auch Verantwortlichkeiten geben. Den Redaktionsleitern fällt die Aufgabe zu, das Budget zu überwachen“, sagt Paul Heyenrath. Wird es überschritten, müssen sie gegensteuern. Betriebswirtschaftliche Steuerungsaufgaben, sinken so nach und nach auf die Ebene der Leitungen von Lokalredaktionen. „Dies wird durch Workflow-Systeme maßgeblich unterstützt“, so Paul Heyenrath.

Betriebsräte einbezogen

Die Einführung des Digital Workflow wurde von der Geschäftsleitung in vierzehn Einzelprojekte zerlegt und zieht sich durch alle Bereiche der WAZ-Mediengruppe im Ruhrgebiet. Als Folge werden 300 Beschäftigte der Druckvorstufe vom Digital Workflow betroffen sein. Ihre Arbeitsplätze werden künftig wegfallen. Etwa 200 von ihnen sollen in den Vorruhestand geschickt werden. Die Betriebsräte befürchten für die restlichen 100 betriebsbedingte Kündigungen.

Während andere Verlage häufig die „Salamitaktik“ anwenden, ist die Strategie bei der WAZ-Mediengruppe für die Betriebsräte transparent. Ende vergangenen Jahres wurde das Projekt gestartet, seitdem tagt regelmäßig ein IT-Ausschuss. Fragen und Probleme können die Betriebsräte dort direkt mit den Verantwortlichen erörtern. Konkret umgesetzt werden derzeit die Veränderungen in drei Bereichen: Anzeigenannahme, Sporttabellen und Veranstaltungskalender. Fließtextanzeigen können online direkt aufgegeben werden, für layoutete Anzeigen wird es Musterseiten geben. Ebenfalls online sollen die Veranstalter ihre Termine selbst in eine Maske eingeben. Geplant ist, diesen Veranstaltungskalender überregional für verschiedene Print-Ausgaben und die Online-Seite zu nutzen. Und auch die Vereine sollen ihre Ergebnisse online für die Sporttabellen melden. Die von der WAZ-Geschäftsleitung vorgegebene Zeitschiene ist beim Veranstaltungskalender bereits überschritten worden. Ursprünglich war als Starttermin April geplant, die Einführung verzögert sich jedoch um einige Monate. Und auch die Online-Sporttabelle wird voraussichtlich nicht bis Jahresende in Betrieb sein, auch dort erwartet der Betriebsrat einen späteren Beginn.

Ein weiterer Baustein des Digital Workflow ist bei der WAZ-Gruppe das digitale Fotoarchiv. Das gesamte redaktionelle Bildmaterial soll bis September mit Schlagworten versehen und für vier Redaktionen recherchierbar sein. Diese zeitliche Vorgabe wird aber ebenfalls kaum noch zu halten sein. Die Betriebsräte der WAZ-Ruhrgebietszeitungen gehen davon aus, dass das System zwar verspätet, aber dennoch eingeführt wird. Bis dahin muss geklärt sein, wie die Urheberrechte der Fotografen geschützt werden.

Und spätestens hier hat der Digital Workflow auch für die Redaktionen wieder unmittelbare Folgen. „Der Umgang mit der Digitalkamera ist schon jetzt fester Bestandteil der Volontärsausbildung bei der WAZ-Gruppe“, betont Paul Heyenrath. Als Redakteure sollen sie nicht nur schreiben, sondern zu ihren „Geschichten“ die entsprechenden Bilder mitproduzieren, zur Druckreife bearbeiten und ins System stellen. Per Laptop ist die körperliche Anwesenheit in der Redaktion nicht mehr notwendig. Theoretisch könnte der Digital Workflow in einigen Jahren dazu führen, dass die Verlage nur noch einen Bruchteil ihrer bisherigen Büroräume benötigen. Einige wenige bündeln dann im Haus die einlaufenden Texte und Fotos, während „journalistische Vielzweckwaffen“ direkt von Terminen zuliefern.

Silke Leuckfeld ■

Blick über die Oder

Deutsch-polnisches Journalistinnentreffen in Slubice

Rot und weiß waren die Farben, die der Journalistinnenbund (JB) für die Einladung zu seiner 17. Jahrestagung gewählt hatte. Ein passendes Design für das Treffen in Polen, das im Collegium Polonicum in Slubice, der Nachbarstadt von Frankfurt (Oder) im Juni stattfand.

Die alte Legende aus Krakau: „Warum Wanda in die Weichsel sprang" stand Patin für das Treffen der rund 120 Journalistinnen, von denen etwa jede vierte aus Polen stammte. Danach wollte die polnische Prinzessin Wanda lieber ins Wasser gehen, als einen preußischen Markgrafen zu ehelichen … Nicht nur was das Heiraten angeht, haben sich die Zeiten geändert. Dennoch gibt es noch immer Vorbehalte gegenüber den Nachbarn auf beiden Seiten der Oder. Angst und Unwissen, so ein Fazit der Tagung, spielen eine wichtige Rolle dabei.

Zum Auftakt Stereotypen: Die Künstlerin und Journalistin Anna Krenz, die in Posen geboren wurde und in Berlin lebt, geht sie direkt an. „Polish Wife? Discounts available", heißt es auf ihrer Website. In Slubice stellte sie Bilder einer „typisch" polnischen Frau aus, blond und gottesfürchtig, allzeit bereit mit Kehrblech und Bibel. „Kann Polen am Verkauf von gut gepflegten und schönen Ehefrauen verdienen?", fragte sie. Per Mausklick kann eine Polin geordert werden.

Unter den jungen Journalistinnen gibt es inzwischen eine ganze Reihe Expertinnen für deutsch-polnische Vorurteile und Unterschiede, die auch beide Sprachen perfekt beherrschen. Zum Beispiel Katrin Lechler (30), die gerade ihr Volontariat bei der Märkischen Oderzeitung (MOZ) abgeschlossen hat. Sie studierte in Warschau und in Frankfurt (Oder). Oder Ewa Bielewicz-Polakowska, seit 1998 Öffentlichkeitsreferentin beim Collegium Polonicum: „Ich war eine der ersten, die an der Viadrina Kulturwissenschaften studiert haben". Praktikum machte sie u.a. bei der Landeszentrale für politische Bildung in Potsdam.

Frauenbild unter der Lupe

Ans „Eingemachte" ging es, als die Journalistinnen das Frauenbild in der polnischen Gesellschaft unter die Lupe nahmen: Gilt doch literarisch und historisch jenseits der Oder die Frau als „Mutter Polens", die Ehre und Bürde der Verantwortung für Gesellschaft und Nachkommen wahrzunehmen hat, und die während der Mangelwirtschaft sprichwörtlich als diejenige galt, die sogar das knappe Klopapier organisieren konnte. Für die eine wichtige historische Referenz auch zum Thema Widerstand unter dem Kommunismus, für die andere ein alter Zopf, den es abzuschneiden gilt. Mit der feministischen Analyse frauenfeindlicher Medienberichte in Polen durch die Warschauer Amerikanistin Agnieszka Graff wussten die Teilnehmerinnen der abschließenden Podiumsdiskussion jedoch nur wenig anzufangen. Unter Leitung von Helga Kirchner, der Chefredakteurin des WDR-Hörfunks, richteten sie ihren „Blick über die Oder" vielmehr auf das polnisch-deutsche Verhältnis insgesamt.

Pessimistisch äußerte sich Anna Rabinowicz, 1965 in Warschau geboren, seit fünf Jahren Berliner Korrespondentin der größten polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza". Die Germanistin vermisst den Dialog und beklagte die Hysterie auf beiden Seiten, zum Beispiel in der Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen. Sie sehe derzeit keine Möglichkeit, den Pegel der Auseinandersetzung zurückzuschrauben und das Vertrauensdefizit abzubauen: „Wir reden nicht miteinander, sondern brüllen uns an."

Dorota Kerski, 1964 in Posen geboren, heute in der polnischen Redaktion von Radio Multikulti (RBB) und Deutschlandkorrespondentin für Radio France Internationale, stimmte der Kollegin zu: die Debatte der wissenschaftlichen und politischen Eliten sei zwar auf ausgewogenem Niveau, aber in manchen Medien gebe es Hetze.

Wenig Wissen über Polen

Einer der Schwerpunkte von Helga Hirsch (Jahrgang 1958), von 1989 bis 1995 Korrespondentin der Zeit in Warschau und seither als freie Autorin schreibend, ist die Vertriebenen-Debatte. Das Wissen über Polen, betonte sie, sei marginal, nur wenige Deutsche etwa wüßten zum Beispiel von der folgenschweren Teilung des Landes durch Friedrich II. Linke Intellektuelle führen eher in die USA als nach Polen und wollten mit dessen Katholizismus

Aktuelles

Im Journalistinnenbund sind 437 Journalistinnen und PR-Frauen zusammengeschlossen. Der JB ehrte bei seiner 17. Jahrestagung die Publizistin Susanne von Paczensky mit der Hedwig-Dohm-Urkunde für ihr Lebenswerk. Nachwuchspreise erhielten die Filmemacherinnen Naleesha Barthel und Janna Ji Wonders. Die Veranstaltung wurde von der Berliner Regionalgruppe des JB um Sprecherin Erica Fischer organisiert, von der Robert-Bosch-Stiftung, der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit u.a. finanziell unterstützt.

Links im „www"

www. journalistinnen.de
www. annakrenz.net/polishwife/menu.html
www. rbb-online.de/kowalskitrifftschmidt

Foto: Anna Weise

und Antisemitismus lieber nichts zu tun haben: „Welches Trauma welche Rolle spielt, darüber lese ich praktisch nichts."

Am Alltagsleben in Polen sei das Interesse der Deutschen hingegen gestiegen, bekundete ARD-Korrespondentin Annette Dittert. Polnische Innenpolitik jedoch sei kaum zu vermitteln. Die meisten Zuschriften für ihre Fernsehbeiträge erhalte sie aus zwei Lagern – Kritik von „ewigen Vertriebenen", die sich u.a. darüber beklagten, dass sie Ortsnamen auf Polnisch nenne, sowie „Fanpost" von Menschen, die aufgrund der Berichterstattung nach Polen gefahren seien und begeistert waren.

Zu einer Pressereise nach Polen, eventuell in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, könnte in Zukunft auch die eine oder andere JB-Frau aufbrechen. Denn das schien bei der am Rande der Tagung stattfindenden Mitgliederversammlung das inspirierendste Projekt zu sein, neben der kontinuierlichen Medienbeobachtung und kleineren Satzungsänderungen sowie Berichten aus den zahlreichen Arbeitsteams wuchs das Interesse am Blick nach Osten.

Marianne Lange ■

Kampagne pro-information startet Internet-Aktion

Mit der Kampagne pro-information soll einem bundesdeutschen Informationsfreiheitsgesetz nun endlich in die Startlöcher verholfen werden. Bisher existiert ein solches Gesetz in mehr als 50 Staaten. In Europa bildet Deutschland mit Luxemburg das Schlusslicht.

Ziel ist, bis zum Herbst auf der Internetseite www.pro-information.de mindestens 50.000 Unterschriften dafür zu sammeln. Die Aktion wird bereits von namhaften Erstunterzeichnern wie Gesine Schwan, Präsidentin der Viadrina-Universität, dem Journalisten Hans Leyendecker und Verdi-Chef Frank Bsirske unterstützt. Zu den Initiatoren gehört die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di neben Transparency International – Deutsches Chapter e.V.; politik-digital.de; Netzwerk Recherche e.V.; Mehr Demokratie e.V.; Humanistische Union e.V.; Deutscher Journalisten-Verband (DJV) und die Bertelsmann Stiftung.

Inzwischen haben SPD und Grüne angekündigt, nach der Sommerpause ein Informationsfreiheitsgesetz im Bundestag zur Abstimmung vorzulegen. Diese Ankündigung wird von pro-information auf den öffentlichen Druck der letzten Wochen zurückgeführt, mit dem das bereits im Koalitionspapier 1998 angekündigte Gesetz eingefordert wurde. Im Frühjahr hatten fünf Organisationen, darunter die dju und das netzwerk recherche, einen eigenen Entwurf vorgelegt.

Mit einem Informationsfreiheitsgesetz erhält jeder Bürger das Recht, Akten einzusehen oder Kopien von Unterlagen öffentlicher Stellen zu bekommen. Dafür ist keine Antragsbegründung erforderlich. Ausnahmeklauseln sorgen dafür, dass sensible Informationen, z. B. personenbezogene Daten oder Geschäftsgeheimnisse, geschützt bleiben. Durch ein Informationsfreiheitsgesetz würde ein Bürgerrecht verwirklicht, das aus Sicht der acht Organisationen in einer modernen Demokratie unverzichtbar sei. Nur wer Zugang zu Informationen habe, könne sich sinnvoll politisch beteiligen. Die Internetseite bietet auch Hintergrundmaterial. (siehe M 11/2003; 12–01/2004; 05/2004). *wen* ■

Weitere Fragen?

www.pro-information.de
Fragen an: pol-di.net e.V. / politik-digital.de;
Christoph Dowe, Geschäftsführer,
Tel.: 030 – 97 00 48 89, 0177 – 898 93 33,
E-Mail: cdowe@politik-digital.de

dju auf der Photokina 2004

KÖLN. „Meet the professionals" – unter diesem Motto treffen sich auf der diesjährigen Weltmesse „Photokina" in Köln vom 28.9. – 3.10. Verbände, Agenturen, Verlage und Interessenvertretungen zu einem Forum rund um das Thema Fotografie, Bildjournalismus und Bildkommunikation. Mit einem Informationsstand dabei sein wird auch in diesem Jahr wieder die dju in ver.di. Die Organisation hat – wie bereits in den vergangenen Jahren – wieder das Team der NRW-dju übernommen.

Nach der sehr positiven Resonanz einer Podiumsveranstaltung zu Fragen der Existenzgründung sowie zur Situation beim Urheberrecht 2002, wird es auch in diesem Jahr eine ähnliche Veranstaltung geben. Außerdem stehen zu verschiedenen Terminen am dju-Stand Lutz Tillmanns, Geschäftsführer des Deutschen Presserats, sowie Reinhard Meyer, Geschäftsführer des Sozialwerks der VG Bild-Kunst, den Besuchern für Fragen zur Verfügung. Die genauen Termine werden noch rechtzeitig unter www.dju-nrw.de bekannt gegeben.

Für die Fotografen unter den dju-Mitgliedern besteht auf der Photokina die Gelegenheit, die Gewerkschaftsarbeit der dju zu diskutieren und eigene Ideen, Wünsche und Vorstellungen für die Zukunft einzubringen. Speziell am 1. Oktober 2004 stehen ab 11 Uhr dju-Bundesgeschäftsführerin Uli Maercks-Franzen sowie Mitglieder der Fotografen-AG der dju zu einer Gesprächsrunde zur Verfügung. Ziel wird es sein, neue Impulse für die Betreuung dieser Berufsgruppe zu erhalten und Perspektiven für eine mitgliedernahe und problemorientierte Arbeit zu entwickeln.

Axel Johanßen ■

Verschlossene Auster

HAMBURG. Unter dem Motto: Luxusgut Recherche – wie teuer darf die Wahrheit sein?" diskutierten Anfang Juni mehrere hundert Journalisten in Hamburg über die derzeitigen Rahmenbedingungen journalistischer Arbeit.

Die „Verschlossene Auster", der Kritik-Preis des Netzwerk Recherche für Info-Blocker in Wirtschaft und Politik ging in diesem Jahr an die Hypo Vereinsbank. Sie erhält den Preis stellvertretend für fast alle Dax-Unternehmen, die Hörfunk- und TV-Journalisten an einer umfassenden Berichterstattung über ihre Hauptversammlungen hindern. ■

Gipfelübergriffe

Einmaliger Prozess in Genua und die Medien schweigen

Foto: Jens Herrmann

Weiträumige Absperrungen um den Gerichtspalast in Genua.

Das hat es in Italien noch nicht gegeben: 29 Polizeichefs des Landes müssen sich vor Gericht unter anderem wegen Beweismittelfälschung, schwerer Körperverletzung, versuchten Totschlags und Falschanschuldigung verantworten. Doch nur eine Hand voll Journalistinnen und Journalisten erscheint zum Prozessauftakt in Genua.

Der italienische Regierungschef Silvio Berlusconi kann sich auf den überwiegenden Teil der Medien in seinem Land verlassen – sie gehören ihm. Was für weitreichende Folgen diese Machtkonzentration hat, wurde am 26. Juni beim Prozessauftakt gegen die Verantwortlichen des brutalen Überfalls auf ein Medienzentrum und eine Schlafstätte während des G8-Gipfels in Genua vor drei Jahren deutlich. Medien, die den Regierungsparteien und Berlusconi unterstehen, hatten offenbar klare Anweisung erhalten, nicht zu berichten. Lediglich in wenigen linken und linksliberalen Tageszeitungen, wie la Repubblica und il manifesto, sowie in der Lokalpresse finden sich Berichte. Nur eine italienische Kamera filmte das Ereignis.

„Es gibt nun schon seit mehreren Monaten eine Art Nachrichtensperre über diesen Prozess. Und das hindert die Öffentlichkeit daran überhaupt irgendetwas vom Prozess mitzubekommen“, erklärte Rechtsanwältin Laura Tartarini. Sie ist Mitglied des anlässlich der Gegendemonstrationen gegründeten Anwaltsnetzwerks „Genova Legal Forum“ (GLF). Während beim Gipfel vor drei Jahren noch Hunderte Journalisten aus der ganzen Welt das Ereignis verfolgten und im Anschluss eine Welle der Entrüstung über die Polizeibrutalität durch die Weltmedien ging, ist das Interesse an der gegenwärtigen rechtlichen Aufarbeitung der Vorkommnisse gering. Obwohl die Presse damals selbst des öfteren Opfer der polizeilichen Übergriffe war.

Die Missachtung der Pressefreiheit während des G8-Gipfels zeigt sich nicht nur in dem brutalen Überfall auf das Medienzentrum in der Scuola A. Diaz, bei dem mehr als 60 Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden und anschließend noch tagelang in Gefangenschaft waren. Auch zahlreiche Polizeiübergriffe gegen Journalisten auf der Strasse, sowie die unrechtmäßige Beschlagnahmung von Bildmaterial während des Gipfels, sind umfangreich dokumentiert worden. Einige dieser Beispiele hat die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ in ihren Jahresbericht 2002 aufgenommen. (www.rsf.org/article.php3?id_article=1835)

Trotz der Vorwürfe befördert

Bemerkenswert findet Tartarini jedoch, dass dieser Prozess überhaupt zu Stande kommt: „Es sind die Chefs, die angeklagt werden. Normalerweise werden jene angeklagt, die die Gewalt direkt ausübten.“ Die Polizeichefs kommen unter anderem aus Genua, Rom und Bologna. Einige wurden trotz der Vorwürfe in den letzten Jahren auf höhere Posten befördert. Mehrere Anwälte der Angeklagten sind bekannt als Verteidiger des Regierungschefs. Sogar der ehemalige Justizminister Alfredo Biondi vertritt die Polizisten vor Gericht. Wie eine Farce erscheint dessen Aussage vor Journalisten, die Politik interessiere sich nicht für den Prozess.

Die Taktik, Parlamentarier als Anwälte zu benennen, ist in Italien bekannt. Durch die zahlreichen parlamentarischen Sitzungstermine kann der Prozess erheblich in die Länge gezogen werden. So kann die Vorverhandlung bis November dauern, bis Richterin Daniela Faraggi entscheiden wird, ob und mit welchen Anklagen es zu einer Hauptverhandlung kommt.

Enttäuschte Nebenkläger

Am ersten Verhandlungstag waren rund 40 Betroffene der „chilenischen Nacht“ nach Genua gereist, um dort persönlich als Nebenkläger gegen die Polizisten aufzutreten. Das „Komitee für Wahrheit und Gerechtigkeit“ sowie die italienischen Anwälte des GLF hatten die Betroffenen eingeladen. Unter ihnen waren auch Journalisten aus Italien und anderen europäischen Ländern. Lorenzo Guadagnucci, der für die konservative Tageszeitung „Il Resto del Carlino“ arbeitet und ebenfalls in der Diaz-Schule war, findet es traurig, dass die Verantwortlichen damals ihr Ziel erreicht hätten: „Die Bewegung, die die Gewalt zu spüren bekommen hat, wurde als gewalttätig dargestellt. Und zwar durch die Repression auf der Strasse und eine verzerrte Darstellung der Geschehnisse in den wichtigsten italienischen Medien, vor allem im Fernsehen.“ Auch unter den Demonstranten aus England, Spanien, der Schweiz und Deutschland, die nach Genua gereist waren, herrschte Enttäuschung über das fehlende Medieninteresse. Seit Jahren haben sie mit den Schwierigkeiten einer europäischen Prozessführung zu kämpfen. Neben einer doppelten anwaltlichen Vertretung, Sprachproblemen und der Arbeit mit unterschiedlichen Rechtssystemen sind in den drei Jahren erhebliche Kosten entstanden. Ohne die Unterstützung vieler unabhängiger Solidaritätsgruppen wären Anklage und Prozess nicht möglich gewesen.

Doch die Kläger brauchen noch einen langen Atem, denn gemäß einem bekannten italienischen Sprichwort wird ein Prozess in Italien nicht in der dritten Instanz, sondern in der dritten Generation gewonnen. Weitere Prozesse gegen Polizisten und medizinisches Personal sowie gegen Demonstranten – darunter auch deutsche – sollen folgen.

Jens Herrmann ■

Der Autor ist freier Journalist (Berlin). Er ist selbst Betroffener des Polizeiüberfalls auf die Diaz-Schule in Genua 2001.

Aufräumarbeit

Neugründungen in Berlin und Brandenburg nach dem DJV-Ausschluss

Missmanagement, Günstlingswirtschaft, politische Unterwanderung mit rechten Tendenzen, Wahlmanipulation sind einige Schlagworte, mit denen die Landesverbände des Deutschen Journalistenverbandes (DJV) Berlin und Brandenburg in die Schlagzeilen gerieten. Bundesvorstand und Verbandstag begannen, aufzuräumen.

Am 16. Juli schloss ein außerordentlicher DJV-Verbandstag in Frankfurt am Main die Landesverbände Berlin und Brandenburg mit großer Mehrheit aus. Zum Ausschluss war es gekommen, weil Mitte Mai in Brandenburg und Anfang Juni in Berlin bei Verbandstagen Vorstandswahlen unter fragwürdigen Umständen stattgefunden hatten. Unmittelbar vor den Wahlen des Brandenburger DJV-Landesvorstandes waren 45 Neumitglieder aufgenommen worden, die aus Berlin stammten. „Ihre hauptberufliche journalistische Tätigkeit war nicht zweifelsfrei gegeben“, stellte der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken später fest. Jedenfalls brachten die neuen Mitglieder am 15. Mai eine Mehrheit zusammen, um einen Vorstand nach eigenen Wünschen zu wählen – darunter als stellvertretenden Landesvorsitzenden Torsten Witt, der in der Vergangenheit durch Nähe zum rechten politischen Rand aufgefallen war. So hatte er kurzzeitig Vorstandsposten beim rechtspopulistischen „Bund Freier Bürger“, stand Ende der achtziger Jahre im Impressum der „Jungen Freiheit“ und war zeitweise bei den Nationalkonservativen in der FDP aktiv.

Wie Witt gehörte die Mehrzahl der Neumitglieder dem „Verband Junger Journalisten“ (VJJ) an. Bemerkenswert im weiteren Verlauf war, dass die gerade erst in den Brandenburger DJV eingetretenen Mitglieder kurz darauf in den Berliner Landesverband wechselten und dort bei den Vorstandswahlen vom 5. Juni wiederum die Mehrheit stellten, die den umstrittenen Landesvorsitzenden Alexander Kulpok im Amt bestätigte. Dieser war vor nicht allzu langer Zeit nur knapp einem Misstrauensvotum wegen finanzieller Probleme, unter anderem durch den seit zwei Jahren hoch defizitären Presseball, entgangen.

Sowohl in beiden Landesverbänden wie im DJV-Gesamtvorstand rührte sich schnell Protest. So reichte ein Dutzend Berliner DJV-Mitglieder nach dem 5. Juni beim Landgericht Berlin eine Anfechtungsklage gegen die Wahl ein. In Brandenburg entstand die Initiative Pro-DJV Brandenburg, die vorzeitige Neuwahlen initiieren wollte. Und schließlich beschloss der DJV-Gesamtvorstand am 21. und 22. Juni in Schwerin den Ausschluss der Landesverbände Berlin und Brandenburg. Dagegen wiederum erwirkte der Berliner Landesverband eine Einstweilige Verfügung. Aber auch diese juristische Pirouette konnte nicht verhindern, dass beide Landesverbände durch den Verbandstag rechtswirksam ausgeschlossen wurden.

Fragwürdige Mitgliederwanderung

Noch am Konferenzabend wurde der Verein „Berliner Journalisten“ gegründet mit dem Ziel, in naher Zukunft neuer Berliner DJV-Landesverband zu werden. Das Netzwerk „Berliner Journalisten“ war schon Anfang 2004 entstanden – als Reaktion auf die Unzufriedenheit mit der Amtsführung von Kulpok. Zum Gründungsvorsitzenden der „Berliner Journalisten“ wurde Gerhard Kothy vom rbb gewählt, dem vor den Wahlen vom 5. Juni gute Chancen für die Ablösung Kulpoks eingeräumt worden waren, die allein die unvorhersehbare Mitgliederwanderung von Brandenburg nach Berlin zunichte machte.

„Wir gehen davon aus, dass die Aufnahme in den DJV spätestens im Herbst dieses Jahres vollzogen wird“, sagte Kothy nach der Vereinsgründung. Die „Berliner Journalisten“ verstehen sich in keiner Hinsicht als Rechtsnachfolger des DJV Berlin, stellt Vorstandsmitglied Martin Gosen klar – „weder im Guten noch im Schlechten“. Das bedeutet, dass der Verein eine komplett neue Infrastruktur aufbauen muss und zunächst auf – auch finanzielle – Unterstützung durch den Bundesverband angewiesen ist. „Im August wollen wir arbeitsfähig sein“, so Gosen.

Auch in Brandenburg standen die Zeichen auf Neugründung, nachdem die Initiative Pro-DJV Brandenburg 365 Unterschriften für die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages gesammelt und beim Landesvorstand abgeliefert hatte. „Es gab schon Drohungen aus dem Landesvorstand, die Prüfung der Unterschriften zu verschleppen, so dass wir vor dem ordentlichen Verbandstag im November gar nicht mit Neuwahlen zum Zuge kämen“, sagt Matthias Litwin, freier Fotojournalist und einer der Aktiven bei Pro-DJV Brandenburg. Am letzten Juli-Wochenende wurde ein neuer DJV-Landesverband gegründet. Vorsitzender ist Thomas Mensinger.

Andreas Köhn, verantwortlich für den Fachbereich Medien im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, begrüßt die „entschlossene und konsequente Handlungsweise“ des DJV. Schließlich sei es im Interesse von ver.di, mit dem DJV weiterhin gemeinsam bei Tarifverhandlungen eine starke Position gegenüber den Verlegern einzunehmen. *Gudrun Giese* ■

Anzeige

Aventis

Heureka
der Aventis Journalistenpreis
für Nachwuchsjournalisten

HEUREKA-Journalistenpreis 2004:
Aventis fördert auch in diesem Jahr wieder junge Wissenschaftsjournalisten in Deutschland. Ausgezeichnet werden journalistische Arbeiten, die einem breiten Publikum aktuelle medizinisch-wissenschaftliche Themen verständlich vermitteln. Der Preis ist mit 20.000 EUR dotiert.

Teilnahmeberechtigt sind Journalistinnen und Journalisten in den ersten Berufsjahren bis zum Alter von 35 Jahren. Sie sollen für Print- (Zeitungen, Zeitschriften) und elektronische Medien (Hörfunk, Fernsehen, Online), die in Deutschland und in deutscher Sprache erscheinen, tätig sein. Im Bereich Online sind Autorenteams (Redaktion + Grafik) zugelassen.

Die Bewerbungsfrist endet am 15. September 2004.

Der Jury gehören an:

Gabriele Kautzmann, Vorsitzende
Bayerischer Rundfunk

Günter Haaf, stv. Vorsitzender
Gesundheit

Marita Hübinger
Zweites Deutsches Fernsehen

Martin Kunz
Focus

Volker Lange
morgenwelt.de

Joachim Müller-Jung
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Dr. Stefanie Seltmann
Südwestrundfunk

Ranga Yogeshwar
Westdeutscher Rundfunk

Die Ausschreibungsunterlagen erhalten Sie beim:

HEUREKA-Sekretariat
Obere Zeil 2
61440 Oberursel
Telefon: (06171) 58 87-41 oder -39
Fax: (06171) 58 87-40
Internet: www.aventis.de

Heureka
Die Initiative von Aventis für junge Wissenschaftsjournalisten

Steuerprivileg entfällt ab 2005

Dr. Falk: „Presse-Versorgung bietet überdurchschnittliche Leistungen"

M | *Das Versorgungswerk der Presse hat – wie auch andere Versicherungsunternehmen – in den letzten zwei Jahren die Gewinnbeteiligung für die Versicherten um mehrere Prozent gekürzt. Drohen weitere Kürzungen?*

GERHARD FALK | Aus heutiger Sicht ist nicht mit weiteren Kürzungen zu rechnen. Dies setzt jedoch voraus, dass die derzeitige relativ stabile Verfassung der Kapitalmärkte sich nicht wesentlich ändert. In der Lebensversicherung werden die Gewinnanteilsätze jeweils für ein Jahr im Voraus festgelegt. Die Entscheidung über die Gewinnanteilsätze für das Jahr 2005 fällt erst am Ende dieses Jahres.

M | *Was sind denn aus Ihrer Sicht die wichtigsten Ergebnisse der Jahreshauptversammlung der Presse-Versorgung in Weimar?*

FALK | Der Zeitpunkt unserer Jahreshauptversammlung liegt traditionell Anfang Juni. Zu diesem Zeitpunkt war weder das Alterseinkünftegesetz verabschiedet noch hatte die Deutsche Aktuarvereinigung ihre neuen Rentnertafeln publiziert. Beides hat Auswirkungen auf die künftige Produktgestaltung und wir haben daher für September eine weitere Sitzung des Verwaltungsrates anberaumt. Wichtig war, dass beschlossen wurde, den Katalog des versicherbaren Personenkreises zu aktualisieren und einen neuen Rententarif für Einmalzahlungen zu verabschieden, bei dem sichergestellt ist, dass das eingezahlte Kapital in jedem Fall in voller Höhe zurückfließt – entweder an den Rentner oder an dessen Hinterbliebene.

M | *Die Altersversorgung ist ja für fest angestellte Journalisten an Zeitungen und Zeitschriften per Tarifvertrag obligatorisch. Was bietet die Presse-Versorgung im Vergleich mit der Konkurrenz?*

FALK | Was die Presse-Versorgung insbesondere bietet sind überdurchschnittliche Leistungen. Dies wurde sowohl bei der Untersuchung der Zeitschrift „Finanztest" im Jahr 1994 als auch aus den Ergebnissen des Branchendienstes „map-report" in 2003 deutlich. In beiden Untersuchungen lagen die Vergleichswerte der Presse-Versorgung in der Spitzengruppe. Bei der Presse-Versorgung ist keine Aktionärsdividende zu bedienen, daher kommen alle Überschüsse den Versicherten zugute. Neben den daraus resultierenden überdurchschnittlichen Versicherungsleistungen bietet die Presse-Versorgung gerade für Journalisten umfassenden materiellen Schutz bei Berufsunfähigkeit. Auch der Todesfallschutz gilt ohne Einschränkung bei Ausübung des Berufs, zum Beispiel in Krisengebieten.

M | *Durch Entlassungen in etlichen Verlagen sinkt die Zahl der Pflichtversicherten. Ist die Presse-Versorgung trotzdem zukunftssicher und welchen Stellenwert hat diese Altersversorgung für Freie und Selbständige?*

FALK | Es ist in der Tat richtig, dass die Anzahl der Pflichtversicherungen durch die bekannten Probleme bei den Printmedien seit zwei Jahren rückläufig ist. Die Zukunftssicherheit der Presse-Versorgung ist dadurch jedoch nicht gefährdet. Hierzu muss man wissen, dass der Versicherungsbestand sich zu etwa einem Drittel aus obligatorischen Versicherungen und zu zwei Dritteln aus so genannten fakultativen Versicherungen zusammensetzt. An dieser Relation erkennt man erstens, dass viele Freie und Selbständige die Vorzüge der Presse-Versorgung erkannt und ihre Zukunftssicherungsmaßnahmen für Alter, Berufsunfähigkeit und Familie über die Presse-Versorgung umgesetzt haben. Zweitens ist die Zukunftssicherheit durch das starke fakultative Standbein – zwei Drittel mit wachsender Tendenz – gewährleistet.

Foto: Presseversorgung

Dr. Gerhard Falk ist Geschäftsführer der Presseversorgung

M | *Es gibt zahlreiche neue, oft verwirrende Berufsbezeichnungen in der Medienbranche. Wer kann sich denn alles beim Versorgungswerk der Presse versichern und soll bzw. muss dieser Kreis nicht angesichts des schrumpfenden Obligatoriums dringend erweitert werden?*

FALK | Von Anfang an war die Presse-Versorgung nicht ausschließlich für Journalisten vorgesehen, sondern es war der Wille der Gründer, dass auch für pressenahe Berufe die vorteilhaften Versicherungen der Presse-Versorgung offen sein sollten. Die Presse-Versorgung steht also vielen Berufen im Kommunikations- und Medienbereich offen. Wer sich alles über die Presse-Versorgung versichern darf, wird vom Verwaltungsrat festgelegt. Der Katalog wird derzeit vor dem Hintergrund der vielen neuen Berufsbezeichnungen in der Medienbranche überarbeitet und aktualisiert. In diesem Kontext möchte ich darauf hinweisen, dass auch für Ehepartner und Kinder ein Versicherungsabschluss über die Presse-Versorgung möglich ist.

Altersvorsorge überprüfen!

Aufgrund fehlender Durchführungsverordnungen lassen sich die Auswirkungen des neuen Alterseinkünftegesetzes für die Verträge bei der Presse-Versorgung derzeit noch nicht exakt abschätzen. Fest steht schon, dass private Rentenversicherungen ab 2005 nur noch mit 18 statt bisher 27 Prozent versteuert werden. Dagegen verschlechtern sich die Bedingungen für die betriebliche Altersversorgung. Generell gilt: Bestehende Verträge genießen Vertrauensschutz, d. h.: Alle noch bis Ende 2004 abgeschlossenen Verträge werden weiterhin nach den bisherigen Grundsätzen behandelt. Jeder, der sich die steuerfreie Auszahlung der Erträge der Lebensversicherung für später sichern will, muß noch in diesem Jahr etwas tun! Bei der Überprüfung der bislang getroffenen Vorsorgemaßnahmen helfen die Experten der Presse-Versorgung unter der Hot-Line 0711 / 20 56 – 244.

M | *Durch die von der Bundesregierung betriebenen Veränderungen im Sozial- und Steuerbereich gibt es große Verunsicherung. Viele Redakteure und Journalisten fragen: Lohnt sich eine Absicherung wie durch die Presse-Versorgung?*

FALK | Die von der Bundesregierung betriebenen Veränderungen im Sozial- und Steuerbereich betreffen alle Versicherungsgesellschaften und nicht nur die Presse-Versorgung. Hier gibt es keine Unterschiede in der steuerlichen Behandlung. Was die Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner betrifft, sind wir derzeit in einer Abstimmung mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen, um eine Gleichbehandlung der privat abgeschlossenen Presse-Versicherungen mit den privat bei einer anderen Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Versicherungen zu erreichen.

M | *Wo sehen Sie als Geschäftsführer der Presse-Versorgung Korrekturbedarf bei den geplanten und z. T. beschlossenen Reformen, damit Versicherte und Verleger für die bewährte Form der branchenspezifischen Altersvorsorge nicht „bestraft" werden bzw. deren Wert nicht geschmälert wird?*

FALK | Wenn ich mir die Wirkungen des ab 1.1.2005 geltenden Alterseinkünftegesetzes vergegenwärtige, wird dadurch niemand im eigentlichen Sinne des Wortes „bestraft". Das Alterseinkünftegesetz hat zwei klare Aussagen:
1. Als Altersvorsorge sollen nur noch rentenförmige Leistungen staatlich gefördert werden und 2. es soll ein grundsätzlicher Übergang auf die nachgelagerte Besteuerung erfolgen. Dies wird ein Umdenken in der Bevölkerung zur Folge haben. Die bislang gewohnte Kapitalleistung am Ende der Vertragslaufzeit wird nicht mehr gefördert. Das Steuerprivileg der Lebensversicherung entfällt für Neuabschlüsse ab 1.1.2005. Eine vertragliche Vereinbarung von Kapitalleistungen ist zwar noch möglich, die Kapitalerträge sind jedoch zu 50 % zu versteuern – man nennt dies auch Halbeinkünfteverfahren.
Wenn Sie sich den recht schwierigen Prozess bis zur Verabschiedung des Alterseinkünftegesetzes vergegenwärtigen, dann dürfte klar sein, dass hier keine Korrekturmöglichkeiten mehr bestehen. Was gegenüber dem bisherigen Stand nachteilig ist, ist die Tatsache, dass Kapitalleistungen bei Tod nicht mehr möglich sind, was gerade bei jungen Familien sehr hilfreich gewesen ist. Aber das will der Gesetzgeber so.

M | *Und was ist mit den Veränderungen bei der Krankenversicherung?*

FALK | Das seit 1.1.2004 wirkende Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) bietet Ansatzpunkte für Korrekturen. Hier ist insbesondere die Doppelverbeitragung und die Verletzung des Vertrauensschutzes zu nennen. Ohne Vorwarnung und ohne Übergangsregelung wurde die Zahlungsverpflichtung der Rentner verdoppelt. Für ablaufende Kapitalversicherungen wurde quasi über Nacht eine Beitragspflicht eingeführt, obwohl die Beiträge hierfür bereits mit Krankenversicherungsbeiträgen belegt waren. Es gibt inzwischen Bestrebungen im politischen Raum, insbesondere von der FDP-Fraktion, das GMG rückwirkend in diesen Punkten wieder zu ändern. *Interview: Holger Wenk* ■

Anzeige

TV Today verkauft

Für 15 Millionen hat Hans Barlach, Verleger der Hamburger Morgenpost, die Programmzeitschrift TV Today von Gruner + Jahr gekauft. Die Finanzierung erfolgte über die Verlagsgruppe Burda und das Unternehmen hat eine Option auf Beteiligung am Magazin Verlag der Fleetrand GmbH (MFV) vereinbart – nach zwei Jahren. Gekauft wurde ein entschuldetes Unternehmen. Im Kaufvertrag hat sich Barlach auf eine Titelgarantie von zwei Jahren verpflichtet. G+J hat im Gegenzug Zusagen zur Kostenübernahme unter anderem bei der Abwicklung von Personal übernommen. TV Today kann in zwei Jahren Anzeigen im Wert von sechs Millionen Euro in den G+J Zeitschriften schalten. Die Prozesse bei TV Today werden analysiert. Herauskommen werden eine leicht überarbeitete Geschäftsidee, ein gestraffter Unternehmensablauf und andere Fremdlieferanten. Die inhaltliche Positionierung soll erhalten bleiben.
Betriebsrat und Gewerkschaften haben während der verschiedenen Phasen der Verkaufsgerüchte den Prozess verantwortungsbewusst verfolgt und begleitet. Am Ende wird es darum gehen, ob sich die Interessenvertretungen rechtzeitig zur Neustrukturierung so aufgestellt haben, dass man beides kann: Verteidigung von Arbeitsplätzen und Gestaltung der Arbeitsabläufe. *art* ■

Vorzeitiges Aus

Görlitzer Allgemeine hielt nur sechs Wochen durch

Das Ende kam am 16. Juni. Nur sechs Wochen nach dem Start wurde die neue Tageszeitung Görlitzer Allgemeine wieder eingestellt. Kapitalmangel und hausgemachte Fehler sorgten für das vorzeitige Ende des Projekts.

Am 3. Mai war das Blatt erstmals mit 16 Seiten im Tabloid-Format erschienen. Ein Dutzend junger Leute schickte sich an, dem bisherigen Lokalmonopol der Sächsischen Zeitung Paroli zu bieten (M 6–7/04). Bei einer Startauflage von 3.500 Exemplaren bemühte sich die Redaktion, den erwarteten Hunger der Görlitzer nach mehr lokalen Informationen zu stillen. Gedruckt wurde im polnischen Wroclaw. Honorare sollten erst bei entsprechender Ertragslage gezahlt werden. Doch die Macher mussten bald erkennen, dass der Marktzugang eines Newcomers ein dorniges Experiment ist.

Der Platzhirsch Sächsische Zeitung (Gruner+Jahr / DDVG) demonstrierte, dass er nicht gewillt war, dem neuen Wettbewerber beim „Wildern" in seinem Revier tatenlos zuzuschauen. So wurde eine Doppelautorenschaft bei beiden Blättern untersagt. Während im restlichen Sachsen der Verkaufspreis der „Sächsischen" auf 90 Cent stieg, blieb er in Görlitz konstant bei 80 Cent. Die schmale Görlitzer Allgemeine kostet 60 Cent. In einem Leitartikel unter dem Titel „Goliath gegen David. Wie ein Riese einen Zwerg bekämpft", hatte GA-Chefredakteur Markus Kremser der Konkurrenz am 22. Mai eine Reihe weiterer unfreundlicher Manöver vorgeworfen. Dabei führte er auch Unregelmäßigkeiten bei der Zustellung auf mögliche Fremdeinwirkungen zurück. Werbekunden hätten ihm zudem von Pressionsversuchen der Konkurrenz berichtet, keine Anzeigen in der Görlitzer Allgemeinen zu schalten. Frank Seibel, Lokalchef der Sächsischen Zeitung in Görlitz, hatte diese Vorwürfe als „absurd" zurückgewiesen.

Für das Scheitern des Blatts machte Chefredakteur Markus Kremser auch den „unerwarteten Rückzug" von Geldgebern verantwortlich. „Einflussreiche Kreise" hätten sich gegen eine unabhängige Zeitung verschworen, die über „Seilschaften, Filz und Korruption" berichtet habe, so Kremser in der vorläufig letzten, der 37. Ausgabe des Blatts. Mit einer vierseitigen Kompaktausgabe werde die Zeitung jedoch an zentralen Stellen in Görlitz weiterhin präsent sein. *kel* ■

Forum.Medien. Politik (Hg.) Trends der politischen Kommunikation.

Beiträge aus Theorie und Praxis, Band 6. LIT Verlag. Münster 2004. 280 Seiten, 19,90 Euro. ISBN 3-8258-7324-2

Buchrezension: Trends der politischen Kommunikation

Glattschleifen und Zurechtbiegen?

Der Bundestagswahlkampf war gerade ein halbes Jahr vorüber, da organisierten Jenaer Studierende unter dem Namen „Forum-Medien-Politik" im April 2003 einen großen Kongress zu den „Trends der politischen Kommunikation". Sie erreichten ein großes studentisches Publikum. Sie hatten prominente Namen zu bieten. Aber sie hatten auch junge Leute als Referenten, die schon erste Erfahrungen mit Öffentlichkeitsarbeit hatten.
Der vorliegende Tagungsband, in dem das Organisationsteam als Herausgeber fungiert, ist allerdings kein Abbild der lebhaften Diskussion. Es fehlen die provokativen Ausführungen eines Moritz Hunzinger, es fehlen die Erklärungen des Polit-PR-Fachmanns Axel Wallrabenstein, warum ein erprobtes Konzept bei dem Berliner CDU-Kandidaten absolut nicht funktionierte. Wallrabenstein hat einen kurzen Aufsatz über die guten Berufschancen im Political Consulting beigesteuert.
Der Band ist nach den Beiträgen des Politikwissenschaftlers Ulrich Sarcinelli über die politische Kommunikation in Zeiten des Krieges und des Kampa-Chefs Matthias Machnig über den Modernisierungsdruck in sieben Kapitel eingeteilt: Symbolische Politik, politische Metakommunikation, Politikberatung, politische Werbung, Internet, Demoskopie und Ausblick. Interessant bei der Lektüre der Aufsätze ist, dass hier Beiträge von Journalistinnen und Wissenschaftlern, von PR-Beratern und Studierenden aufeinander folgen und verschiedene Blickwinkel bieten. Das fällt besonders bei der Demoskopie auf, wenn es um die Bedingungen von Umfragen, die Berichterstattung und die Kooperation mit Instituten geht. Dass in diesen Branchen die Vorwürfe des Zurechtbiegens hin- und hergereicht werden, ist wenig verwunderlich.
Spannend ist, wie stark die Polit-Berater die Flut und den Krieg im jüngsten Bundeswahlkampf als ausschlaggebend für den Schröderschen Endspurt veranschlagen, während die Demoskopen dies eher als zum üblichen Effekt zugunsten der Regierenden relativieren. Konstatiert wird, dass nun auch die Wahlkampfmacher im Licht der Öffentlichkeit stehen. Über sie wird teilweise mehr berichtet, sie werden häufiger in Talkshows gebeten, als die eigentlichen politischen Gladiatoren. Sag mir, wer deinen Wahlkampf leitet, und ich sag dir, wer du bist? In einem sind sich Politikberater und Politikbeobachter hier einig: Eine Kandidatin, ein Kandidat kann in einem gewissen Ausmaß gestylt und für das Fernsehen trainiert werden. Vollständig gegen das über Jahre entstandene Image kann sie oder er nicht umgemodelt werden.

Susanne Stracke-Neumann ■

Biss entwickelt

Presserat hatte 682 Eingaben zu bearbeiten

Foto: Paul Glaser

Nach wie vor in Bonn beheimatet, ging der Deutsche Presserat mit seiner Jahrespressekonferenz diesmal nach Berlin. Mit der Wahl der Hauptstadt reagiere man auf kritische Bemerkungen zur mangelnden Transparenz der Öffentlichkeitsarbeit.

Irgendwie sieht der Presserat immer noch den Ruch eines zahnlosen Papiertigers an sich haften. Dabei hat das freiwillige Organ der publizistischen Selbstkontrolle in den 47 Jahren seines Bestehens Biss entwickelt und wird ernst genommen. „Die allermeisten Zeitungen drucken die von uns ausgesprochenen Rügen ab, zunehmend an Plätzen, wo sie die Leser auch wahrnehmen," konstatiert Geschäftsführer Lutz Tillmanns. Von den 20 im vergangenen Jahr ausgesprochenen öffentlichen Rügen wurden nur zwei nicht publiziert – mit diesen Zeitungen werde verhandelt.

Das Arbeitspensum für das um acht auf 28 ehrenamtliche Mitglieder aus der dju in ver.di, vom DJV und den Zeitungsverlegerverbänden aufgestockte Gremium ist beeindruckend. 2003 gingen 682 Eingaben ein, die Zahl der anhand des Pressekodex geprüften Fälle war mit 542 größer als im Jahr zuvor. Der Beschwerdeausschuss – seit März mit zwei Kammern neu strukturiert – behandelte 235 Beschwerden. 49 Missbilligungen und 55 Hinweise wurden ausgesprochen. „Verstoßen wurde in erster Linie gegen Sorgfaltspflichten und Persönlichkeitsrechte," erklärt Dr. Ilka Desgranges, Sprecherin des Presserats. „Vor allem Privatpersonen fühlen sich durch die Berichterstattung in Lokal-, Regional- und Boulevardzeitungen verletzt."

Sensibler wird auch auf Verstöße gegen die Menschenwürde und unangemessen sensationelle Darstellung reagiert, hier verdoppelten sich die Eingaben. Soll, darf, muss das Bild eines abgeschlagenen Kopfes veröffentlicht werden? Ja, im Falle eines „vergessenen" Krieges wie dem in Liberia, um aufzurütteln? Nein, wenn es sich um bekannte Konfliktregionen handelt? In vielen Redaktionen gibt es erregte Debatten über den ethischen Maßstab – der Presserat soll ihn setzen helfen. Deshalb wird am 22. September nach Bonn zu einem Heraring über Gewaltfotos mit Wissenschaftlern und Medienpraktikern geladen.

„Keine gute Presse" bescheinigt Lutz Tillmanns der Pressefreiheit in den letzten Monaten. Verschiedene Gesetzentwürfe und die europäische Rechtsprechung lassen „Schlimmes befürchten". Der Presserat fordert, die gesetzliche Neureglung des Großen Lauschangriffes zurückzunehmen. Durch das Aushorchen von Redaktionsräumen im „Einzelfall" seien Journalisten nicht mehr vor staatlichen Abhörmaßnahmen geschützt, Informantenschutz und Redaktionsgeheimnis würden durchlöchert.

Investigativer Journalismus werde auch mit dem neuen § 201 des Strafgesetzbuches erschwert, der die Grenze zwischen erlaubtem und verbotenem Tun von Fotografen fließend hält. So würden Pressefotografen jetzt ohne Differenzierung „gleichgestellt mit Spannern, die mit Foto-Handys heimliche Aufnahmen in Umkleidekabinen" herstellen. Nicht nur Tillmanns hofft auf die Auslegung in der Rechtsprechung.

Eine „absurde Unterscheidung „ sieht der Presserat in der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 23. Juni 2004, Stasiakten mit personengebundenen Informationen wohl an Wissenschaftler, nicht aber an Journalisten auszureichen. Hier werde in „verfassungsrechtlich bedenklicher Weise" der Anspruch auf Aktenzugang nach dem Stasi-Unterlagengesetz relativiert. *Bettina Erdmann* ■

Ohne Ergebnis vertagt

BERLIN. Ohne Ergebnis sind die Tarifverhandlungen für die über 7000 Zeitschriftenredakteure am 30. Juni in Berlin vertagt worden. Die Arbeitgeber haben kein Angebot vorgelegt. ver.di fordert drei Prozent mehr Geld bei einer Tarifvertragslaufzeit von zwölf Monaten ein. „Diese seit langem bekannte Forderung ist angesichts der wirtschaftlichen Situation der Branche und mit Blick auf die ständig steigenden Arbeitsbelastungen durchaus angemessen", ist ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel überzeugt. Am 17. September werden die Verhandlungen in Hamburg fortgesetzt. Dann erwartet ver.di ein entsprechendes Angebot der Arbeitgeber. ■

„Moderner" Streichkatalog

MÜNCHEN. Nur kurz war die dritte Verhandlungsrunde zum Manteltarifvertrag für Angestellte in Zeitschriftenverlagen am 5. Juli in München. Die ver.di Vorschläge über flexible Arbeitszeitmodelle, Förderung von Teilzeitarbeit oder freiwillige Vereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung (mit entsprechender Entgeltabsenkung) wurden als „indiskutabel" und „antiquiert" abgelehnt. Als „modern" dagegen wurde der vorgeschlagene Streichkatalog der Arbeitgeber bezeichnet. Dazu gehören die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit um 5 Wochenstunden, die Streichung des Urlaubsgeldes und von freien Tagen. Die Verhandlungen werden am 26. Oktober fortgesetzt. ■

Vergütungen verhandelt

HAMBURG. Auch der fünfte Treff von Vertretern des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), der dju in ver.di und dem DJV zu Vergütungsregeln für freie Journalisten führte zu keiner Annäherung. Am 13. September soll die Debatte um Mindeststandards für Freienhonorare fortgesetzt werden. Die Journalistengewerkschaften hatten bereits im August 2002 Entwürfe für gemeinsame Vergütungsregeln bei Tageszeitungen und Zeitschriften vorgelegt (http://dju.verdi-verlage.de/pdf/honoraregelung/honorarzeitschriften). Bei den Tageszeitungen kommt es nach Sondierungsgesprächen am 11. August zur ersten Verhandlung. Nicht beteiligt sind die Ostdeutschen Länder, Berlin und Hessen. ■

Fototage gefördert

Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst wählte neuen Vorstand

Die Gremien der VG Bild-Kunst tagten Anfang Juli, vergaben eine Reihe von Fördergeldern und wählten einen neuen Vorstand.

Nach den routinemäßigen Berichterstattungen und Prüfungsberichten wurde auf der Mitgliederversammlung am 10. Juli der Vorstand für 2003 entlastet. Das Gremium des Kultur- und Sozialwerkes wurde neu gewählt. Dort werden wir künftig von Günter Zint (Kulturwerk) und Udo Milbret (Sozialwerk) vertreten. Der Kollege Rainer Hachfeld kandidierte auf eigenen Wunsch nicht mehr und wurde mit Dank in den Ruhestand verabschiedet.

Die Kulturwerk GmbH der VG Bild-Kunst hatte am 8. Juli über fast 140 Anträge zu entscheiden. Viele der vorgetragenen Projekte waren von hoher Qualität und Professionalität. Neu war diesmal, dass auch Anträge von bekannten Fotografen vorlagen, die bisher als „vollbeschäftigt" beneidet wurden. 300.000 Euro konnten verteilt werden. Auch etliche dju Mitglieder wurden wieder gefördert. Insgesamt standen in diesem Jahr über 500.000 Euro zur Verfügung.

Das Kulturwerk unterstützt nun auch das Bild Forum mit jährlich 40.000 Euro. Das Bild Forum hat bisher die Hertener Fototage mit großem Erfolg bestritten. Es ist die einzige, auch international ernstzunehmende Veranstaltung, bei der sich Bildjournalisten außerhalb der Verlage austauschen und treffen können. Die Fototage werden ab 2005 im Rhein-Neckar-Dreieck Mannheim / Ludwigshafen stattfinden und dort von der BASF, den Ländern Baden Württemberg / Rheinland Pfalz und anderen Sponsoren gefördert.

Die noch fehlende Finanzierung kommt nun vom Kulturwerk der VG Bild-Kunst. Ihr werdet rechtzeitig über Termine und Programme in M lesen können. Im Verwaltungsrat, referierte der Geschäftsführer der VG Bild-Kunst Dr. Pfennig über den Stand Verhandlungen mit den verschiedenen Reproduktions- und Vervielfältigungsgeräteherstellern. Außerdem war auch wieder der „Zweite Korb der Novellierung des Urhebergesetzes" Thema. Mühsam aber stetig kommen wir weiter. Durch die CD und DVD Brennerabgaben und verschiedene Nachzahlungen haben wir in diesem Jahr eine Rekordsumme erreicht. Über 40 Millionen Euro kommen zur Ausschüttung. Am Abend gab es anlässlich des 35. Jubiläums der VG Bild-Kunst eine Schiff-Fahrt auf dem Rhein mit einem festlichen Abendessen. *Günter Zint* ■

Danke!

An dieser Stelle, lieber Rainer Hachfeld nochmals vielen Dank für Deine lange und engagierte Mitarbeit. Wir hoffen auch künftig von Dir mit Rat vielleicht auch mit Tat, unterstützt zu werden.

Schmalerer Scheck

VG-Wort-Einnahmen stiegen insgesamt auf 83,5 Millionen Euro

Bei der Verwertungsgesellschaft Wort war 2003 wieder ein „Rekordjahr". So jedenfalls leitete Professor Ferdinand Melichar, geschäftsführender Vorstand, den Geschäftsbericht auf der Versammlung der VG Wort am 21. und 22. Mai in Berlin ein. Positiv sieht es allerdings nicht in allen Bereichen aus.

Die Einnahmesteigerung um 5,7 Prozent von knapp 79 auf mehr als 83,5 Millionen Euro im Jahr 2003 ist neben einem Zuwachs des Inlandsaufkommens fast ausschließlich auf die neuen Urhebervergütungen für CD-Brenner 2002 zurückzuführen. Diese brachten rückwirkend ab Juli 2001 sechs Euro Vergütung pro Gerät. Dadurch kamen fast 6,9 Millionen Euro in die Kasse der VG Wort, mehr als die Hälfte davon für die Zeit vor 2003.

Von dieser Quelle werden die Autoren auch künftig nicht unbeträchtlich zehren, ebenso wie von der im August 2003 vereinbarten DVD-Brenner-Vergütung (9,21 Euro je Gerät). Darüber, wie die Einnahmen aus diesem Topf untereinander verteilt werden, müssen sich die Beteiligten aber erst noch einigen. Erstmals wird dafür ein Verteilungsschlüssel für Online-Veröffentlichungen erstellt. Ansonsten gibt es bei der Kopiergeräteabgabe als Haupteinnahmequelle der VG Wort nur noch einen Zuwachs bei Scannervergütung von 7,9 auf fast 9,4 Millionen Euro. Das Aufkommen aus herkömmlichen Fotokopier- und Telefaxgeräten ist ebenso rückläufig wie das aus Copy-Betreiberabgaben.

Dabei ist die Zukunft der Urhebervergütungen für digitale Vervielfältigungsgeräte unsicher. Die IT-Industrie will sie durch Digital-Rights-Management-Systeme (DRM) ersetzen und verweigert seit Jahren Abgaben auf PCs, Drucker und Multifunktionsgeräte. Hierbei geht es um ein Vielfaches der CD-Brenner-Vergütung. Diese hat auch im Bereich Hörfunk/Fernsehen zu einem kräftigen Anstieg des Aufkommens von 10,6 auf 15,2 Millionen Euro geführt. Die Einnahmen aus der Kabelweitersendung stiegen im Inland. Das Aufkommen aus anderen Bereichen wie Bibliothekstantieme, Fotokopieren in Schulen oder Videovermietung stagnierte oder sank leicht.

Einen Einschnitt brachte das Jahr 2003 für die Journalisten. Nachdem die Einnahmen aus Pressespiegeln im Vorjahr bereits stagnierten, sanken sie nun erstmals um 260.000 auf 4,3 Millionen Euro. Hieran wird sich auch 2004 und im folgenden Jahr nichts ändern, denn immer mehr Unternehmen, Verbände und Institutionen steigen von Papier- auf elektronische Pressespiegel um. Dafür erhält die VG Wort erste Zahlungen der Presse-Monitor GmbH aber erst zum 1. Juli 2005 – und zwar sechs Prozent ihrer bis dahin erzielten Pressespiegel-Einnahmen. Danach sind es zwölf Prozent. Da auch die CD-Brenner-Einnahmen erst 2005 ausgeschüttet werden, dürfte der diesjährige Scheck der VG Wort bei vielen Journalisten kleinere Beträge als in den Vorjahren ausweisen.

Während der Presserepro-Sockel für 2003 gesenkt werden musste wie auch die Bibliothekstantieme, erhalten Autoren von Wissenschafts- und Special-Interest-Zeitschriften 60 Cent mehr pro Seite. Erhöht wurden ebenfalls die Punktwerte im Rundfunkbereich.

Die Mitgliederversammlung beschloss – in jetzt getrennten Verteilungsplänen – im Hörfunk eine Höherbewertung von Hörspielen sowie Fachgesprächen/-interviews und im Fernsehen von Dokumentationen/Dokumentarfilmen. Trotz großer Mobilisierung scheiterte ein Antrag von Synchronübersetzern, ihre Bewertung zuungunsten von Rohübersetzern und Untertitlern wieder heraufzusetzen.

Rüdiger Lühr ■

Qualität und Quote

Neue Veranstaltungsreihe in Hannover: Medien in der Demokratie

Kann die Quote ein Qualitätsmerkmal für das öffentlich-rechtliche Fernsehen sein? Unter dem Motto: „Gutes Fernsehen, schlechtes Fernsehen" wurde darüber in der ersten Veranstaltung des „Medienpolitischen Forums Hannover" diskutiert, einem Zusammenschluss von ver.di, IG Metall, DGB und verschiedenen Bildungsträgern.

Gerd Nies, ehemaliger stellvertretender ver.di-Vorsitzender und Mitglied im Verwaltungsrat des ZDF bezeichnete die Einschaltquote sogleich als schlichtweg nicht brauchbar und sozialwissenschaftlich nicht haltbar, entscheidender sei vielmehr die Akzeptanz des Publikums. „Die Quote ist ein Instrument für die Werbewirtschaft, sie ist auch ein Instrument der Kommerzialisierung, was natürlich auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk greift", betonte der Gewerkschafter. Als Nachweis für Qualität sei sie erst recht nicht geeignet, wie z. B. die qualitativ minderwertigen Volksmusik-Sendungen mit ihren hohen Einschaltquoten belegen würden.

Der ARD-Vorsitzende und NDR-Intendant Jobst Plog verteidigte dagegen seinen Standpunkt, er müsse auch auf die Quote achten. Die ARD versuche deshalb, eine Doppelstrategie zu fahren und massenattraktive Programme mit anspruchsvollen Sendungen zu kombinieren. „Die Doppelstrategie schützt Qualitätsangebote vor der Marginalisierung", lautete die Argumentation des ARD-Chefs. Auf Vorhaltungen aus dem sachkundigen Publikum der gut besuchten Podiumsdiskussion, man müsse die Zuschauer auch an hochwertige Kulturangebote gewöhnen, entgegnete er, das funktioniere eben nicht, die Leute würden dann einfach weg schalten, wie der marginale Zuschauer-Anteil von 0,6 % bei arte belege.

Vor allem mehr „Widerborstigkeit" in den öffentlich-rechtlichen Programmen verlangte Gerd Nies. In der sonntäglichen Talkshow von Sabine Christiansen beispielsweise würde nur „der Mainstream des herrschenden Denkens ohne Widerspruch" abgebildet. Damit verfehle das öffentliche Fernsehen seine Aufgabe, nicht nur Abbild der Gesellschaft zu sein, sondern diese auch zu reflektieren. Für Jobst Plog dagegen eröffnet gerade diese populäre Talkshow vielen Zuschauern einen Zugang zur Politik, den sie sonst nicht besitzen.

Foto: Paul Glaser

Medien-Welt als Fassaden-Malerei in Berlin-Kreuzberg

Die weitere Diskussion entspann sich an der Frage, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich dem privaten immer mehr annähere und damit verflache. Das wurde von beiden Gesprächspartnern einmütig verneint, auch wenn Nies die zunehmende Formatierung in Hörfunk und Fernsehen beklagte, was oft zulasten des Inhalts gehen würde. Natürlich werde man auch durch die Privaten beeinflusst, meinte Plog, die Konkurrenz habe aber keineswegs zu einer Verflachung des Programms geführt. Das kritische Publikum ließ sich von diesem Statement des ARD-Mannes allerdings nicht überzeugen.

Die nächste Veranstaltung des „Medienpolitischen Forums Hannover" soll im Herbst statt finden. Unter dem Titel „Inszenierte Politik – verantwortungsvolle Berichterstattung? Mit beiden Augen sieht man besser!" *Oliver Förste* ■

Neues Gesetz kritisiert

MAINZ. Kritisch sehen die Fachgruppen dju und RFAV in ver.di Rheinland-Pfalz den Entwurf des neuen Landesmediengesetzes, der zur Zeit im Mainzer Landtag debattiert wird. Als Verstoß gegen die Tarifautonomie und deshalb als verfassungswidrig wird die beabsichtigte künftige Bezahlung der Beschäftigten der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) eingeschätzt. Sie sollen nach den für Angestellte des Landes geltenden Tarifen entlohnt werden. „Der geltende Tarifvertrag von ver.di und Landesmedienanstalt soll ausgehebelt und das Tarifniveau gesenkt werden", so Mediensekretärin Annegret Kaiser.
Vermisst werden unter anderem Regelungen zur inneren Pressefreiheit und zu Mindestanteilen von Wortbeiträgen bei privaten Hörfunkanbietern. So könnten journalistische Schwerpunkte und Arbeitsweisen in Redaktionsstatuten fixiert werden. Die Prüfung einer marktbeherrschenden Stellung soll auch online-Medien berücksichtigen und eindeutige Definitionen von Presse, Rundfunk, Mediendiensten und Telemedien zugrundelegen. Die Argumente gegen den Entwurf wird ver.di nochmals zur Anhörung im Medienausschuss am 30. September vorbringen. ■

Kniefall vor Verlegern

FRANKFURT / MAIN. Als „offenkundigen Kniefall vor den Zeitungsverlegern" hat die dju in ver.di Hessen das Verhalten von CDU und FDP im Hauptausschuss des Hessischen Landtags bezeichnet. Mit ihrer Mehrheit lehnten sie einen Antrag ab, der die Printmedien verpflichten sollte, ihren Leserinnen und Lesern die Eigentumsverhältnisse von Zeitungen und Zeitschriften im Impressum darzustellen. Der Innenausschuss des Landtags hatte diese Verpflichtung im Mai bereits einstimmig beschlossen. Nunmehr soll nach dem Willen von CDU und FDP nur noch die Beteiligung von Parteien veröffentlichungspflichtig sein. „Damit wird klar, dass die Forderung von CDU und FDP nach mehr Transparenz sich allein darauf beschränkt, die SPD-Beteiligung an der Frankfurter Rundschau zu stigmatisieren," sagte dju-Geschäftsführer Manfred Moos in Frankfurt. Die Besitzverhältnisse aller übrigen Zeitungen sollten offenkundig weiter im Dunkeln bleiben. ■

Europe goes Radio

Ein „Horizonterweiterungsprogramm“ für Radiomitarbeiter

Die Erweiterung der Europäischen Union eröffnet neue unternehmerische Perspektiven. Das wollen deutsche Privatsender mit einer – für den Privatfunk einzigartigen – Aktion anschaulich beweisen: Einige ihrer Mitarbeiter sollen zukünftig einen Teil ihrer Weiterbildung im Ausland absolvieren.

„Das wäre eine schöne Vision“, sagt Dirk van Loh. „Wir schreiben 2006 und an dem Programm sind 25 Radiostationen europaweit beteiligt!“ Doch noch steht der Geschäftsführer des Radiovermarkters „Mach 3“ ganz am Anfang seiner Vision von „Europe goes Radio“. Van Lohs Idee: Hörfunksender tauschen untereinander für eine begrenzte Zeit Mitarbeiter aus. Ganz praktisch heißt das, polnische oder tschechische Kollegen fahren zum Beispiel zu deutschen Radiounternehmen – umgekehrt schicken diese einzelne Mitarbeiter nach Warschau oder Prag. Voneinander lernen, die EU-Erweiterung leben und neue Wege der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter beschreiten – so lautet das Ziel des Austauschs, der im Sommer gestartet wurde. „Wir bieten allen Teilnehmern die Möglichkeit, über den nationalen Tellerrand zu blicken“, verspricht van Loh.

Der zündende Gedanke kam dem 36jährigen, als im Sommer vergangenen Jahres die EU-Erweiterung beschlossen wurde. Van Loh zappte sich durch Fernsehumfragen, bei denen viele Menschen auf der Straße befragt wurden, was sie von der EU-Erweiterung hielten. „Die meisten Äußerungen waren relativ abfällig, über das, was denn dort auf uns zukäme. Viele Äußerungen waren durch Ängste geprägt“, erinnert sich der Radiomann. „Und da ich selbst zweieinhalb Jahre in einem dieser Länder arbeiten durfte, fühle ich mich emotional damit verbunden und hab gedacht, man muss im kleinen was tun, damit sich im großen was ändert.“

Kostenlos freigestellt

Bis 2002 war van Loh beim Warschauer Privatsender Radio Wawa tätig und dort verantwortlich für dessen Vermarkter Agencia Reklamowa. Doch das ist nicht sein einziger Bezug zum Ausland. „Mach3“, dessen Geschäfte van Loh heute führt, ist Teil der Finanz- und Beteiligungsholding Regiocast, zu der auch die Berliner Firma Eurocast gehört, die in Mittel- und Osteuropas Hörfunkbeteiligungen hält. Auch Radio PSR aus Leipzig, bei dem van Loh vor einigen Jahren arbeitete, ist Teil der „Regiocast“.

Das Team des Warschauer Privatsenders Radio Wawa

Diese Firmen konnte er schnell gewinnen. Anschließend holten sich die Deutschen ihre ausländischen Geschäftspartner ins Boot: Radio Wawa, Radio Impuls aus Prag und Juice 107,6 FM aus Liverpool. Finanziert wird das gesamte Programm von den deutschen Partnern: Angefangen von Reise- und Übernachtungskosten bis hin zu einem Taschengeld für die Teilnehmer aus Osteuropa. Außerdem stellen alle Firmen ihre Mitarbeiter kostenlos von der Arbeit frei. Bewerben kann sich jeder im Intranet – egal aus welcher Abteilung, welchen Alters oder wie lange er schon im Unternehmen ist.

Fotos: Nina Goldenbaum

Dirk van Loh: „Im Kleinen was tun, damit sich im Großen was ändert.“

Die Kielerin Nina Goldenbaum fuhr im Mai als erste nach Warschau und hospitierte vier Wochen lang bei Radio Wawa. Dessen Programm ist vergleichbar mit Radio Energy in Deutschland und spielt den „besten Mix von Hits der 80er, 90er und von heute“; lediglich der Wortanteil ist etwa ein Drittel höher als bei Energy hierzulande.

Während ihres Aufenthalts studierte Goldenbaum, als Diplombetriebswirtin bei „Mach3“ für Sonderwerbeformen zuständig, vor allem das Kundenmarketing: Wie wird die Off-air Promotion beim polnischen Sender gestaltet, welche Unterschiede existieren im Verkauf? An Projekten für BMW und McDonalds hat sie direkt mitgewirkt und konnte ihre Promotion-Ideen selbst vor dem Kunden präsentieren. „Das verlief genauso, wie in Deutschland. Allerdings: In Polen wird dabei mehr über Privates gesprochen. Die Beziehungsebene ist sehr viel wichtiger als bei uns“, beschreibt Goldenbaum eine ihrer Beobachtungen. Neben den beruflichen Erfahrungen war denn auch das Eintauchen in eine fremde Kultur der wichtigste „Nebeneffekt“ ihres Besuches. „Man lernt die eigene Mentalität sehr viel besser kennen und hinterfragt sie auch mehr.“ Eine weitere Erfahrung: Die polnischen Kollegen sind humorvoller bei der Arbeit, man hört sie weniger stöhnen, obwohl sie einen härteren Alltag haben, als die Deutschen. Heute nimmt die 28jährige Polen anders war. „Ich hatte kein wirkliches Bild“, sagt sie. „Was ich mit Polen

assoziiert habe, war, dass es noch Ostblock ist. Ich habe es immer ein bißchen als grau eingestuft und nicht gedacht, dass es dort so modern ist und – was das Radio betrifft – technisch auf dem neuesten Stand."

Für Erweiterung offen

Genau solche Eindrücke sind es, die sich van Loh von seiner Idee verspricht. „Horizonterweiterungsprogramm" nennt er denn auch „Europe goes Radio", das sich seit seinem Start Schritt für Schritt weiterentwickelt. Eine Mitarbeiterin von „Eurocast" war inzwischen für zwei Wochen in Liverpool, für September wird ein Kollege von Radio Wawa erwartet. Radio PSR will im kommenden Jahr einen Mitarbeiter entsenden. Auf unbestimmte Zeit ist das – für Privatsender ungewöhnliche – Programm angelegt. Ungewöhnlich deshalb, weil dieses Projekt zur Weiterbildung von Mitarbeitern im deutschen Privatfunk eine Premiere ist und Privatradios kaum mit derartigen Aktionen in Erscheinung treten. Doch „Radio goes Europe" soll auch eine Einladung sein. „Wir sind kein closed shop", erklärt Initiator Dirk van Loh deutlich. „Wenn andere Radiostationen Interesse haben mitzuwirken, von mir aus auch ARD-Anstalten, dann kann man das Programm ausweiten. Litauen, Estland – da gibt es ja viele Länder, die der EU beigetreten sind und es gibt viele westeuropäische Länder, in denen es viele Radiostationen gibt. Wenn das jemand in die Hand nähme und entwickeln würde, wird das Programm sicher wachsen können. Ich würde das sehr begrüßen."

Vera Linß ■

Unsozialer Sozialplan

n-tv: Trotz zähen Ringens wenig befriedigende Lösung

In schwierigen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung erreichten Vertreter von ver.di und der ntv-Belegschaft endlich die Unterzeichnung eines Sozialplans. Anlass war der Umzug weiter Teile des Nachrichtensenders von der Hauptstadt nach Köln.

Bis auf die Politik-, die Reise- und Magazin- sowie die Zuschauerredaktion sollen alle Abteilungen zum 1. September 2004 in das neue digitale Sendezentrum von RTL, Hauptgesellschafter bei n-tv, integriert werden. (M 6–7/2004). Rund 240 Berliner Beschäftigte werden durch Beendigungs- oder Änderungskündigung ihren Arbeitsplatz in Berlin verlieren. Während es für 89 Mitarbeiter beim Sender keine Arbeitsmöglichkeiten mehr geben soll, erhielten bisher etwa 120 das Angebot, den Senderumzug nach Köln zu begleiten. In verschiedenen Aktionen drangen aufgebrachte Mitarbeiter darauf, den Umzug sozialverträglich abzusichern. Der nun ausgehandelte Sozialplan sieht vor, dass alle Angestellten, deren Arbeitsverhältnis zum 31. August definitiv endet, eine Abfindung in Höhe von 0,7 Bruttomonatsgehältern pro Beschäftigungsjahr erhalten. Denjenigen, die nach Köln mitgehen, werden Umzugshilfen in Höhe von 7500 Euro gewährt. Allerdings bleiben den Betroffenen nur 14 Tage, sich für die Umsiedlung zu entscheiden – anderenfalls gilt das Angebot als abgelehnt.

Obwohl es grundsätzlich positiv bewertet wird, dass überhaupt eine Einigung gefunden wurde, sind die Verhandlungsführer von ver.di und Betriebsrat nicht zufrieden. Kritik geübt wird vor allem an der Höhe der Summe, die für den Sozialplan insgesamt aufgewendet werden soll. Diese sei von der Geschäftführung von Anfang an viel zu gering kalkuliert worden. Der für elektronische Medien zuständige Gewerkschaftssekretär Dietrich Peters jedenfalls ist sauer: Es sei unerträglich, wie die Beschäftigten vom Konzern abgespeist würden. Die Gewerkschaft habe als Abfindung 1,5 Bruttomonatsgehälter pro Beschäftigungsjahr gefordert, was angemessen sei. „Geld dafür ist genug da", sagt er. Aber statt sich zuerst der Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern zu stellen, feiere man sich selbst und steigere die Dividenden. Weiter bemängelt Peters, dass Leute, die eine Änderungskündigung ablehnen, weil sie an Berlin gebunden sind, nur 40 Prozent der Abfindungssumme erhalten. „Das ist eine Schweinerei", kommentiert der Funktionär. Schließlich seien viele Beschäftigte aufgrund familiärer oder gesundheitlicher Einschränkungen nicht in der Lage zu wechseln.

Und noch einen Pferdefuß hat die Geschäftsleitung in das Vertragswerk eingebaut: Sollte ein Arbeitnehmer innerhalb von sechs Monaten eine vergleichbare Beschäftigung bei einem zur RTL-Gruppe bzw. zur Bertelsmann AG gehörigen Unternehmen finden, muss die Abfindung gestaffelt zurückgezahlt werden.

Ute C. Bauer ■

Chancen für „Der Tag"

FRANKFURT / MAIN. Die Radiosendung des Hessischen Rundfunks „Der Tag" wird möglicherweise weitergeführt. Es werde geprüft, ob das knapp einstündige Format durch eine Verlegung von hr1 in das Kulturprogramm hr2 „in der gegenwärtigen Form erhalten bleiben kann", ließ der Sender verlauten. Nachdem die Pläne bekannt geworden waren, die Sendung „Der Tag" in das hr1-Fließprogramm einbinden zu wollen, hatte es heftige Hörerproteste gegeben (M 6-7/2004). Die „intensive Auswertung" der Hörerreaktionen habe gezeigt, dass eine „große Zahl" von Hörern an der Sendung „in der kompakten, einstündigen Form interessiert" sei, begründet Hörfunkdirektor Heinz-Dieter Sommer die neuen Überlegungen. „Der Tag" passe als „qualifizierte Einschaltsendung" in die Welle hr2. ■

Hier Sendestelle Berlin!

BERLIN. „Achtung, Achtung! Hier Sendestelle Berlin", so begann 1923 die erste Radiosendung und damit die Erfolgsgeschichte des Rundfunks in Deutschland. Unter diesem Motto präsentiert DeutschlandRadio anlässlich seines zehnjährigen Jubiläums, unterstützt durch das Deutsche Rundfunkarchiv und das Deutsche Rundfunk-Museum Berlin e.V., eine Zeitreise durch die Geschichte. Die Ausstellung wird noch bis 17. September im Berliner Funkhaus, Hans-Rosenthal-Platz, 10825 Berlin gezeigt, anschließend ist sie beim Deutschlandfunk in Köln zu sehen.
Als erster deutscher Hörfunkanbieter hat DeutschlandRadio seinen Internet-Auftritt um ein Audio-on-demand-Angebot ergänzt. Neben den aktuellen, können auch bereits gesendete Beiträge ausgewählt werden. www.dradio.de. ■

Radio-Weißbuch

DÜSSELDORF. Eine Neudefinition des Hörfunks in Deutschland ist nach Ansicht des Medienexperten Helmut G. Bauer notwendig, um den demografischen und technischen Veränderungen im Radiomarkt begegnen zu können. In die notwendige Debatte hierüber müssen auch die öffentlich-rechtlichen Sender einbezogen werden. Dies ist ein Fazit des „Weißbuchs über die Situation des privaten Hörfunks" von Helmut G. Bauer, das im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW (LfM) erschienen ist. Text unter www.lfm-nrw.de ■

Tiefer Graben im RBB

Beschäftigte für einheitliche Tarife und ihren Freien-Sprecher

Mit rhythmischem Klatschen und lauten „Jürgen bleibt"-Rufen empfingen rund 200 Festangestellte, Freie und Ruheständler die RBB-Geschäftsleitung auf dem Gang zur vierten Runde der Tarifverhandlungen.

Akuter Anlass der Proteste am 13. Juli war die vorangegangene Ankündigung der Hörfunkdirektorin Hannelore Steer, den gewählten und anerkannten Freiensprecher von rbbpro und ver.di-Verhandlungsführer Jürgen Schäfer nach Ablauf des Jahres aus „strukturellen Gründen" nicht mehr weiter beschäftigen zu können. Schäfer hatte sich für die Belange der freien Mitarbeiter stark gemacht, immer wieder die Abschaffung von Prognoseregelung und Zwangspausen gefordert. Nach zwölfjähriger Tätigkeit als Nachrichtenredakteur und Volontärsausbilder bestehen an Schäfers fachlicher Kompetenz keine Zweifel. So verwundert es nicht, dass Schäfer seine Entlassung als politischen Akt versteht: „Ich betrachte meinen Fall vor allem als einen Angriff auf die Freienvertretung im Haus und auf die Gewerkschaften. Ich bin vielleicht ein prominentes Beispiel, aber im Grunde nur stellvertretend für den Umgang mit den Freien im RBB."

Schmalbrüstige Offerte

Als nach einigem Hin und Her die Verhandlungen losgingen, warf die Geschäftsleitung ein bescheidenes Angebot in die Waagschale: Eine einprozentige Gehaltserhöhung für eine Laufzeit von fast drei Jahren und die Angleichung der Gehälter von ehemaligen ORB-Beschäftigten um 0,5 Prozent. An dieses „Entgegenkommen" knüpft sie jedoch Eingriffe in die tariflich zugesicherten Ansprüche der Altersversorgung. Als weitere Gegenleistung soll die Arbeitszeit nach oben angeglichen werden, auf einheitliche 40 Stunden für alle Beschäftigten im Sender. Darüber hinaus sollen Mitarbeiter in disponierten Diensten nach Gutdünken der Geschäftsleitung täglich vier bis zehn Stunden abrufbar sein. Begründet wird die schmalbrüstige Offerte mit dem „Ernst der finanziellen Lage des RBB".

Für Hanne Daum, Personalratsvorsitzende RBB, ist das unakzeptabel: „Eine einprozentige Gehaltserhöhung liegt weit unter dem Niveau der Abschlüsse anderer ARD-Anstalten", sagt sie. Zudem ginge es nicht an, dass über ein Jahr nach der Fusion die Mitarbeiter in Potsdam und in Berlin immer noch unterschiedlich lang arbeiten und bezahlt werden: „In einer Angleichung sehen wir unsere vordringliche Aufgabe. Für uns heißt das: Anhebung der ORB-Gehälter auf SFB-Niveau ohne Koppelung mit der Altersversorgung."

Faktische Gehaltskürzung

ver.di fordere die 38,5-Stunden-Woche für alle RBB-Beschäftigten, so Daum weiter. Die von der Gegenseite gewünschte Anhebung der Arbeitszeit für Leute mit SFB-Arbeitsvertrag um eineinhalb Stunden entspreche hingegen faktisch einer Gehaltskürzung um 3,75 Prozent. Bei der Arbeitszeit wolle sich die Intendanz an Konzerne wie Siemens hängen. „Aber wir sind kein profitorientiertes Unternehmen und halten Arbeitszeitverlängerungen in einer Situation, wo Millionen Menschen arbeitslos sind, für skandalös", empört sich die Personalratsvorsitzende.

„Anscheinend versucht der RBB, das Rad der Tarifgeschichte beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurückzudrehen", sagt Gerd Nies, ehemals stellvertretender ver.di-Vorsitzender und jetzt beauftragt, für ver.di die Verhandlungen zu führen. Sonst sei bei den Anstalten trotz aller Konflikte durchaus ein Interesse an einem tarifpartnerschaftlichen Verhältnis vorhanden, der RBB hingegen gehe auf einen starken Konfrontationskurs, so Nies. „Als Tarifpartner muss man schauen, wo sind die Brücken, die zur anderen Seite führen. Der RBB hingegen reißt alle Brücken ab."

Starker Zusammenhalt zwischen Festen und Freien

Auf keinen Fall will ver.di den Fall Jürgen Schäfer von den Tarifverhandlungen trennen. Dazu Hanne Daum: „Der RBB hat erklärt, es gäbe kein Beschäftigungsverbot für Schäfer, es ginge auch nicht darum, einen freien Mitarbeiter wegen politischer Missliebigkeit nicht weiter zu beschäftigen." Wenn dem so sei, müsse es möglich sein, für einen seit zwölf Jahren bewährten Mitarbeiter eine Weiterbeschäftigung zu finden: „Für uns ist es selbstverständlich, dass Jürgen Schäfer bleibt."

Ein Gutes hat die Sache vielleicht: Selten war der Zusammenhalt unter Festen und Freien so groß wie in diesen Tagen. Mittlerweile haben sich laut Schäfer 650 Freie der Bewegung rbbpro angeschlossen. Mit gezielten und fantasievollen Aktionen zeigen sie der Geschäftsleitung, dass mit ihnen zu rechnen ist. Um der Hörfunkdirektorin bei der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten für Jürgen Schäfer zu helfen, haben sie sich selbst in den Redaktionen umgesehen. Viele tragen Buttons mit der Aufschrift „Ich bin Jürgen Schäfer", drük-

Ein Gruppenfoto aller RBB-Mitarbeiter. Freie Mitarbeiter des RBB nehmen dies zum Anlass, ihrer Forderung nach einem Tarifvertrag für Freie Nachdruck zu verleihen.

Fotos: Christian von Polentz/transit

Aktion von RBB-Protest unter dem Motto: „Wir suchen einen Arbeitsplatz für Jürgen Schäfer...rbbpro hilft der Geschäftsleitung" (links im Bild Jürgen Schäfer).

ken so die Solidarität mit dem Kollegen, aber auch ihre eigene Besorgnis aus. Nach Meinung von Daum sind die Proteste von Festen und Freien, von Berlinern und Potsdamern aus allen Arbeitsbereichen ein Beleg dafür, dass die Dimension des Konflikts verstanden wird: „Wenn die Intendanz meint, Unmut und Proteste seien das Werk einiger weniger Aufrührer oder gar das Werk von Jürgen Schäfer selber, irrt sie sich gewaltig." Mit der Kündigung des Freienvertreters hat die Geschäftsleitung Öl in ein schwelendes Feuer gegossen. Dennoch wurden die Verhandlungen wieder einmal ergebnislos abgebrochen, eine Einigung scheint ferner denn je. Ein neuer Termin wurde nicht vereinbart.

Keine kollektive Bettelei

Hanne Daum gibt sich kämpferisch: „Im Prinzip hoffe ich ja immer auf Einsicht, aber wenn sich nichts bewegt, gibt es logische weitere Schritte." Schließlich sehe das Arbeitsrecht Tarifauseinandersetzungen nicht als kollektive Bettelei an, sondern ermögliche auch andere Maßnahmen.

Ute C. Bauer ■

Eine Erfolgsgeschichte

20 Jahre privater Rundfunk in Deutschland – SAT 1 gab den Startschuss

Vor 20 Jahren starteten in Deutschland die ersten privaten Rundfunksender. Heftige Debatten in Politik und Gesellschaft gingen diesem Ereignis voraus.

Bundeskanzler Kohl und sein Postminister Schwarz-Schilling hatten den privaten Rundfunk nach der Regierungsübernahme 1982 zur Chefsache erklärt. Nun endlich sollte mittels neuer Kommunikationstechniken eine Alternative zum öffentlich-rechtlichen „Rotfunk" durchgesetzt werden. Die Wirtschaft versprach Arbeitsplätze und hoffte auf enorme Gewinne. Gewerkschaften, Kirchen, APO und Teilen der SPD war kommerzieller Rundfunk zutiefst suspekt: Information und Meinungsbildung sollten nicht zur Ware verkommen, Meinungsmacht sich nicht in den Händen weniger konzentrieren dürfen.

Letztendlich siegte jedoch die technische Innovation. Kabel und Satellit machten das Argument der Frequenzknappheit obsolet und das Bundesverfassungsgericht erklärte unter bestimmten Voraussetzungen die Einführung des Privatfunks für zulässig. Eine davon galt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der seine „essentiellen Funktionen für die demokratische Ordnung" weiterhin wahrnehmen und dessen umfassende Grundversorgung der Bevölkerung mit Information, Bildung und Unterhaltung gewährleistet bleiben müsse.

Die Erfolgsgeschichte privaten Fernsehens in Deutschland beginnt unspektakulär. Als am 1. Januar 1984 Jürgen Doetz, Geschäftsführer einer Programmgesellschaft, die sich ein Jahr später SAT 1 nennen wird, im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen den Start privaten Fernsehens ausruft, sind nur wenige hundert Zuschauende dabei. Ähnlich ergeht es einen Tag später ‚RTL plus', wie sich der Sender damals nennt. SAT 1 und RTL bleiben nicht lange allein. 1989 startet ProSieben. Mit Premiere geht 1991 Pay-TV auf Sendung, wenn auch mit geringerem Erfolg als erwartet. 1992 beginnt Kabel 1 den Programmbetrieb. Im Jahr darauf folgen Vox, DSF und Viva. Später kommen RTL2, Super RTL, n-tv und viele andere hinzu. Die Sender gehören nahezu alle zwei Unternehmensgruppen: Bertelsmann / CLT und Kirch / Springer, bzw. nach der Kirch-Insolvenz der US-Investorengruppe mit dem Mehrheitsaktionär Haim Saban. Mehr als 200 kommerzielle Radios berieseln heute teils bundesweit, teils regional, ihr Publikum.

Offene Kanäle gehören dazu

Zum privaten Rundfunk gehören aber auch, bei den Jubelfeiern zum 20jährigen Bestehen kaum erwähnt, einige ‚Offene Kanäle', die aufgrund medienrechtlicher Vorgaben interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen stehen. Sendezeit für sog. ‚Unabhängige Dritte' wie ‚Spiegel'- und ‚Stern-TV' oder Alexander Kluges Kulturprogramm wurden den neuen Sendern ebenfalls staatsvertraglich auferlegt. ‚Freie' oder ‚alternative' Radiosender, einige davon ehemalige Piratensender, sind in vielen Städten als – zumeist werbefreier – Bürgerfunk mit viel ehrenamtlichem Engagement auf Sendung.

Mit privatem Rundfunk, so Bundeskanzler Kohl in seiner ersten Regierungserklärung, werde „die Meinungsvielfalt erhöht" und „die Urteilskraft des Bürgers herausgefordert". Ob ersteres in größerem Maßstab gelungen ist, mag angesichts des Dauererfolges öffentlich-rechtlicher Nachrichten, vor allem der „Tagesschau", bezweifelt werden. Dass allerdings Urteilskraft täglich aufs Neue herausgefordert wird, belegen die privat-kommerziellen Programme allemal. Während SAT 1 aus dem umfangreichen Film-Fonds Leo Kirchs schöpfen konnte, war RTL auf Einfallsreichtum angewiesen, der möglichst wenig Kosten verursachen sollte. Die Striptease-Show Tutti Frutti wurde billigst in Italien produziert. Boulevard-Journalismus und Infotainment sollten für eine möglichst große Publikumsakzeptanz sorgen. Die erste Daily Soap „Gute Zeiten, schlechte Zeiten" wandte sich vor allem an Jugendliche. Für die nach und nach bis auf etwa sechs Stunden täglich anwachsenden Nachmittags-Talks ist kaum ein Thema trivial genug. Heute sorgen zwar Formate wie Big Brother oder Dschungel-Show weiterhin für kontroverse Diskussionen, aber vermehrt realisieren anspruchsvolle Filme, gute Krimi- und Late Night-Unterhaltung, viel Comedy und die Abkehr vom Infotainment die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, dass auch privater Rundfunk „ein möglichst hohes Maß an gleichgewichtiger Vielfalt erreichen und sichern soll".

Kulturstaatsministerin Christina Weiss hat anlässlich des Jubiläums die Bedeutung des dualen Rundfunksystems als „Garant für Fernsehqualität in Deutschland" gewürdigt. Aber „nur mit einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk" könne seine Balance auf dem Medienmarkt auch in Zukunft erhalten werden.

Christina Oberst-Hundt ■

Foto: Annegret Kaiser

Gekündigt und abgemahnt

Drastisches Vorgehen gegen streikende Kinobeschäftigte

Die Lübecker Kinogruppe Kieft und Kieft – Deutschlands Marktführer der Kinobetreiber – wollte Betriebsratsmitgliedern fristlos kündigen. Das ist inzwischen vom Tisch. Andere Streikteilnehmer kämpfen jetzt darum, dass Abmahnungen zurück gezogen werden.

Weil die Verhandlungen über einen Haustarifvertrag nicht von der Stelle kamen, rief ver.di die Beschäftigten der zum Lübecker Konzern gehörenden UFA-Neue Filmpalast-Kinos in Berlin, Frankfurt / Main, Hamburg und Kassel am 24. Juni zu Streiks auf. Dieser wurde befolgt und dauerte zwischen 30 Minuten und einer Stunde. Daraufhin flatterten den Streikteilnehmern Abmahnungen ins Haus. Zudem wurde mit dem Ziel der fristlosen Kündigung gegen mehrere Betriebsratsmitglieder ein außerordentliches Kündigungsverfahren eingeleitet. Die betroffenen Betriebsratsgremien in Berlin und Kassel widersprachen dem Begehren. Das Vorgehen des Kinobetreibers sei „rechtlich vollkommen haltlos“, so ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. In einem offenen Brief forderten mehrere Hundert Gewerkschaftsmitglieder die Rücknahme dieser „empörenden und dreisten Maßnahme“. Wenig später geschah das dann auch. Doch die Abmahnungen wurden aufrecht erhalten. Mit Hilfe von ver.di klagen die Kollegen jetzt auf Löschen der Abmahnungen in der Personalakte.

Eine seltsame Auffassung von verfassungsgemäßen Rechten legte die Kieft und Kieft-Personalchefin Uschi Rahn an den Tag: Die Arbeitsniederlegung wertete sie als einen „schwerwiegenden Verstoß gegen die arbeitsvertraglichen Pflichten“. Da vor Streikbeginn kein Streikbeschluss der Gewerkschaft bekannt gegeben wurde, sei die Aktion der Beschäftigten „rechtswidrig“, so Rahn. „Wir müssen einen Streik nicht unbedingt ankündigen“, stellt ver.di-Justitiar Helmut Platow klar. Ist ein Tarifvertrag ausgelaufen und mehrere Verhandlungen brachten kein Ergebnis, müssen Unternehmen mit Streikaufrufen rechnen. Im vorliegenden Fall treffe das umso mehr zu, da die Kinobetreiber sich weigertenüber Gewerkschaftsvorschläge zu verhandeln, so Platow.

Warnstreik beim Cinemaxx in Trier

Der für die Beschäftigten der UFA-Neue Filmpalast-Kinos geltende Tarifvertrag lief am 31. Januar des Jahres aus und drei Verhandlungsrunden endeten ohne Ergebnis. Die UFA strebe eine Durchlöcherung des bisherigen Tarifwerkes an, so Matthias von Fintel. Sowohl die Gehaltsstruktur wie auch die Tätigkeitsbeschreibungen sollen neu geregelt werden. Das Kinounternehmen wolle massive Lohnsenkungen und andere Verschlechterungen durchsetzen. Beispielsweise sollen Platzanweiserinnen künftig ohne vorherige Ankündigung im Umkreis von 500 Metern des Kinos auch Prospekte verteilen. Weigern sie sich, hätte dies eine Gehaltskürzung von zehn Prozent zur Folge. Um Reinigungspersonal einzusparen, sollen die Beschäftigten nach Veranstaltungsschluss selbst zu putzen. Überstunden- und Nachtzuschläge sollen nicht mehr ausbezahlt werden, sondern in ein rechtlich nicht abgesichertes Zeitkonto fließen.

Der deutsche Kinomarkt leidet seit Jahren an Überkapazität. Im Dezember 2002 wurde für die UFA-Gruppe das Insolvenzverfahren eröffnet. Die Kieft und Kieft-Gruppe, zu der die CineStar-Kinokette gehört, übernahm zum 1. April des vergangenen Jahres 28 der 43 UFA-Kinos und überflügelte damit den Marktführer Cinemaxx von Joachim Flebbe. Mit dem Kauf der UFA-Kinos hat sich Kieft und Kieft auch Betriebsräte ins Haus geholt. Im Gegensatz zu den CineStar-Kinos, in denen überwiegend Schüler und Studenten mit Zeitverträgen beschäftigt sind, und die weitgehend betriebsratsfrei sind, arbeitet in den zugekauften Kinos fest angestelltes Personal. Das erklärt auch den ungeübten und schikanösen Umgang mit den Beschäftigten. *Günter Frech* ■

Niedriglöhne noch weiter in den Keller?

Die Tarifverhandlungen zwischen ver.di und Cinemaxx für über 2000 Beschäftigte wurden nach der vierten Runde am 5. August ergebnislos vertagt. Gleiches gilt für die Tarifrunde mit dem Kinobetreiber „Neuer Filmpalast“ in Lübeck einen Tag zuvor. „Beiden Unternehmen geht es offenbar um eine nachhaltige Absenkung der Kinolöhne. Obwohl in diesem Jahr ähnlich wie 2001 mit Rekord-Besucherzahlen gerechnet wird, sind die Kinobetreiber nicht bereit, über Lohnerhöhungen zu verhandeln. Zudem werden bei Neueinstellungen um 10 % niedrigere Löhne etabliert“, so Tarifsekretär Matthias von Fintel.

ver.di fordert von Cinemaxx eine Erhöhung des Stundenlohns um 25 Cent für alle Beschäftigte. Derzeit beträgt er zwischen 6,50 und 11.00 Euro brutto. Ab 2005 sollte es 2,5 % mehr geben. Niedrigstlöhne von bisher 7 Euro sollten dann der Vergangenheit angehören. Die Arbeitgeber waren dagegen nach sechs Monaten Verhandlungspause und bundesweit 60 Warnstreiks nicht verhandlungsbereit. Beim „Neuen Filmpalast“ ist man nicht einmal gewillt, auf der Grundlage des bisherigen Tarifvertrages zu verhandeln. Vergiftet wird die Atmosphäre durch die ausgesprochenen Abmahnungen gegen Streikteilnehmer. Trotz ihrer Rechtswidrigkeit wurden sie bisher nicht zurückgenommen.

Die Verhandlungen mit Cinemaxx werden am 27. August, mit dem „Neuen Filmpalast“ am 18. August jeweils in Hamburg fortgesetzt. *wen* ■

Anzeige

Verhartzung der Filmbranche

Mit Blick auf die „Verhartzung der Filmbranche" steht die Einführung eines Arbeitszeitkontos in Filmproduktionen im Mittelpunkt der Verhandlungen zwischen ver.di und den Produzenten-Vertretern. Auch die dritte Runde brachte keinen Durchbruch.

Mit der Hartz 3-Reform werden viele auf Produktionsdauer beschäftigte Filmschaffende kaum noch Anspruch auf Arbeitslosengeld erlangen können. Bisher erhielten Filmschaffende bei 360 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungstagen innerhalb von drei Jahren bis zu sechs Monate Arbeitslosengeld. Diese Rahmenfrist wurde auf zwei Jahre verkürzt und das bei immer kürzeren Produktionszeiten. Wobei die tägliche Arbeitszeit häufig bis zu 16 Stunden beträgt. Deshalb hat ver.di in den Tarifverhandlungen ein Zeitkonto-Modell angeboten, in dem die Gewerkschaft eine Basis für die Existenzsicherung der Filmemacher sieht. Dabei sollen während der Produktion tägliche Mehrarbeiten und Zuschläge ab der 11. Stunde auf ein Zeitkonto gebucht werden. Nach Abschluss der Produktion werden diese Zeiten als 8-Stunden-Tage abgegolten. Auf diese Beschäftigungszeiten werden dann Urlaubstage berechnet. Danach würde nach einem Dreh von 23 Tagen mit täglich 12 Stunden Arbeitszeit die Beschäftigungsdauer um etwa 7 Tage Zeitausgleich und mindestens 3 Tage Urlaub verlängert werden (M 05 und M 06 / 07 2004).

Mit der Begründung, das sei nicht „kostenneutral" lehnten die Produzenten diesen Vorschlag ab. In der Tat, so Olaf Hofmann von connexx-av in ver.di, handele es sich um eine 3,5 prozentige Erhöhung der Personalkosten. „Ein angemessener Beitrag der Produzenten zur Existenzsicherung ihrer qualifizierten und sehr flexibel arbeitenden Fachkräfte."

Mit den neuen Hartzgesetzen befürchten deutsche Filmemacher „ein Ausbluten der Branche", wenn es keine Ausnahmeregelungen für Kultur- und Filmschaffende gibt, hieß es auf dem Münchener Filmfest. Nicht nur die Filmschaffenden, sondern auch das Filmschaffen als solches sei bedroht, so Steffen Schmid-Hug, Geschäftsführer vom Bundesverband Regie. Ein erheblicher Teil der Filmschaffenden werde 2006 die Arbeit in dieser Branche aufgeben müssen. Schmid-Hug verwies auf Regelungen in Frankreich, wonach für Kulturschaffende ein eigenes Arbeitslosengeld existiere. Die Verhandlungen werden am 22. September fortgesetzt. www.connexx-av.de/brancheninfos_filmfernsehproduktion.php3 *wen* ■

Rotstift an Filmförderung gelegt

Mit einer Unterschriftenaktion „Film für Hamburg" rufen connexx.av, die Filmschaffendenverbände und zahlreiche Filmfirmen zum Protest gegen die Kürzungspläne des Hamburger Senats auf. Dieser plant die Halbierung der jährlichen Filmförderung von 7 Millionen auf 3,5 Millionen Euro. „Das ist eine Katastrophe für die Wirtschaftsmetropole und Kulturstadt Hamburg, insbesondere für ihre Filmschaffenden. Die schlichte Folge dieser Maßnahme wird sein, dass mehrere tausend Beschäftigte und erfolgreiche Filmproduzenten aus Hamburg abwandern werden", sagt Olaf Hofmann von connexx.av, der Interessenvertretung der Filmschaffenden in ver.di. Inzwischen hat die Wirtschaftsbehörde auf Druck der bisherigen Proteste und Aktionen ein Engagement in Sachen Filmförderung in Aussicht gestellt. In welchem Umfang, ist jedoch noch nicht beschlossen. Das Protestschreiben und eine Unterschriftenliste zum Ausdrucken unter connexx.av.
(Link zur Unterstützerliste www.connexx-av.de/film-fuer-hamburg)

Jugendpresse in Europa

Dachverband als Dienstleister gegründet

Junge Journalisten aus vierzehn Ländern gründeten Anfang Mai in Berlin den Verband der europäischen Jugendpresse. Ziel ist es, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Projekte zu realisieren.

„Noch vor ein paar Monaten wusste ich gar nicht, dass es auch in anderen Ländern Jugendpresseverbände gibt“, schwärmt Anastasia Ivanova, 22 Jahre, aus Russland. „Jetzt schaffen wir die Basis dafür, dass junge Journalisten aus ganz Europa zusammen arbeiten und Projekte realisieren.“ Die Moskauerin, die sich in der russischen Jugendpresse „YNPress“ engagiert, war eine von 45 jungen Medienmachern aus ganz Europa, die sich in Berlin trafen. Mit dabei waren Delegationen von ungmedia – Schwedische Jugendpresse, DUE – Ungarische Jugendpresse, YNPress – Russische Jugendpresse, ASPJ – Schweizer Jugendpresse, JPÖ – Österreichische Jugendpresse, JPD – Jugendpresse Deutschland, POLIS – Polnische Jugendpresse, FAR Bulgarien und der Balkan Youth Press (Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro, Mazedonien, Kroatien und Slowenien).

Initiatorin des Gründungskongresses „news in motion|04“ war die Jugendpresse Deutschland. Unterstützt wurde sie durch die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Bundespresseamt. „Während der drei Tage haben wir uns intensiv mit der Rolle von Jugendmedien in Europa auseinandergesetzt.“, meinte Vanja Christian Hamzic (25) Herausgeber eines interreligiösen Magazins in der Balkanregion. „Natürlich hatten wir dazu alle unterschiedliche Vorstellungen, weil wir unter verschiedenen Voraussetzungen in unseren Ländern arbeiten. Während die Jugendpresse in Deutschland oder Ungarn verankert ist, müssen wir in Bosnien-Herzegowina oder Serbien und Montenegro fast bei Null anfangen.“ Auch in Wien steckt die Jugendpresse noch in den Kinderschuhen. „Der Kontakt zu Aktiven der Jugendpresse Deutschland und der ASPJ aus der Schweiz hat uns erst darauf gebracht, dass es auch in Österreich viele junge Medien gibt, die Unterstützung gebrauchen können.“, sagte Susanne Hanger (22) Vorstandssprecherin der Österreichischen Jugendpresse.

Die europäische Jugendpresse „European Youth Press“ versteht sich in erster Linie als Serviceleister für die nationalen Verbände. Das bedeutet ein Angebot an Ausbildungsseminaren für die Aktiven der Mitgliedsverbände, Unterstützung bei der Suche von Partnern und die Schaffung einer Vernetzungsplattform in Europa. „Es ist wichtig, dass junge Journalisten sich über ihre Ländergrenzen hinaus kennen lernen und austauschen. Sie sind die Journalisten von morgen und sollten deshalb heute schon über Qualitätstandards in der Berichterstattung miteinander diskutieren, genauso wie über Ausbildungsstandards“, sagt Björn Richter (25) Vorstandssprecher der Jugendpresse Deutschland.

Eine Zusammenarbeit mit der European Journalist Federation (EJF) versteht sich für die European Youthpress von selbst. Wolfgang Mayer, Mitglied des steering committees der EJF und im Bundesvorstand der dju in ver.di war auf der Gründungsversammlung und zeigte sich begeistert von der Initiative der jungen Journalisten. Eine erste Kooperation wird es zum Thema „Qualität im Journalismus“ geben.

Katrin Hünemörder ■

European Youth Press

Sprecher von European Youth Press sind Katrin Hünemörder (24) Jugendpresse Deutschland und Vanja Christian Hamzic (25) von der Balkan Youth Press. Weitere Vorstandsmitglieder sind Susanne Hanger (22), Jugendpresse Österreich; Andreas Renggli (26), ASPJ Schweiz; Anastasia Ivanova (22), YNPress Russland; Katalin Borsodi (23), DUE Ungarn und Björn Richter (25), Jugendpresse Deutschland.
Mehr Infos: www.youthpress.org

Foto: www.neuevisionen.de

Die Thuranos – Leben auf dem Drahtseil

Regie und Buch: K. Stutterheim; N. C. Bolbrinker

FSK: ohne Altersbeschränkung

Filmstart: 05.08.2004

Filmrezension: „Die Thuranos – Leben auf dem Drahtseil“

Der älteste Artist der Welt auf Tour

Konrad Thurano ist ein Ausnahme-Künstler. Ein großer Virtuose jeglichen Balanceakts und mit mittlerweile 95 Jahren (!) der älteste aktive Artist der Welt. Noch immer bewegt er sich beim täglichen Training an der Stange mit einer Leichtigkeit, als bedeute es nicht die geringste Anstrengung für ihn. Und noch heute touren er und sein Sohn durch große europäische Metropolen und ergötzen das Publikum mit ihrem fabelhaften „Crazy Wire Act“, einer clownesken Mischung aus Drahtseilakt und Comedy-Show. So geistig rege wie Thurano zudem im hohen Alter noch ist, hat er viel zu erzählen aus seinem langen, abenteuerreichen Leben mit vielen unvergesslich schönen Momenten des Erfolgs, aber auch existenziellen Krisen. Das prädestiniert ihn zu einem wertvollen Protagonisten für einen Film. Kerstin Stutterheim und Niels Bolbrinker ist mit „Die Thuranos – Leben auf dem Drahtseil“ eine authentische Dokumentation gelungen, die der berühmten Düsseldorfer Künstlerfamilie ein Denkmal setzt.

Konrad Thurano ist ein Besessener, der von seinen Kindern erwartete und verlangte, dass sie seine Passion für die Manege teilen. Konrads Töchter berichten darüber jedoch weder vorwurfsvoll noch nachtragend. Ihre etwas schmerzlichen Kindheitserinnerungen fügen sich lediglich als einzelne Mosaiksteine in eine facettenreiche Familienchronik. Und es zeichnet diese liebenswerte Hommage aus, dass sie nichts verschweigt oder beschönigt.

Geheimnisvoll bleibt nur das atemraubende artistische Können und der ungeheure Mut der Protagonisten selbst. Alte Fotos zeigen Konrad etwa im Handstand auf einer meterhohen Stange, die einer seiner Partner auf der Stirn balancierte.

Ihre schwierigste Zeit hatten „Die Thuranos“ im Zweiten Weltkrieg. Wegen der großen Repressionen gegen das „fahrende Volk“ emigrierte die Familie nach Südafrika. Weil sie sich mit den Hungerlöhnen ihres Arbeitgebers nicht zufrieden geben wollten, wurden die Thuranos in Lagern interniert und konnten sich nur dank ihrer Artistenkunst und ihrer Beliebtheit über Wasser halten. Nach dem Krieg brachen bessere Zeiten an, als Konrad 1957 ein eigenes Varieté in einem Zirkusambiente gründete. Doch dieses Projekt endete bald wieder, nachdem Konrad vom Trapez stürzte und schwere Verletzungen erlitt. Die Familie ging zurück nach Deutschland. „Die Thuranos“ ist jedoch nicht nur eine sehenswerte biografische Dokumentation, sondern zugleich eine wunderbare Allegorie über die Kunst des Lebens an sich, die Fähigkeit, nie den Mut zu verlieren und sich mit aller Hartnäckigkeit und starkem Willen immer wieder aufzurappeln.

Kirsten Liese ■

E-Pressespiegel ohne Urhebernachfrage

Pressespiegel von Unternehmen, Verbänden und Institutionen, die einzelne Artikel aus Zeitungen wiedergeben, sind nach § 49 Urheberrechtsgesetz zulässig. Eine Zustimmung des Urhebers ist nicht erforderlich, aber eine Lizenzierung durch die VG Wort. Anders sieht es aus, wenn diese Pressespiegel von Dritten erstellt und gegen Entgelt vertrieben werden – zumindest wenn sie elektronisch gespeichert oder per E-Mail übermittelt werden.

Das hat das Kammergericht Berlin nach dreijährigem Rechtsstreit am 30. April 2004 entschieden (Az.: 5 U 98/02). Geklagt hatte die Verlagsgruppe Handelsblatt gegen die in Berlin ansässige Deutsche Medienbeobachtungs-Agentur. Diese Firma hatte unter dem Label „Der Ausschnitt" Pressespiegel mit Artikeln aus „Handelsblatt" und „Wirtschaftswoche" im Auftrag erstellt und per E-Mail oder Fax an ihre Kunden versandt. Dem aktuellen Urteil liegt nach Information des Düsseldorfer Rechtsanwalts Axel Pelzer bereits die Urheberrechtsnovelle von September 2003 zu Grunde. Das Kammergericht hat die Übertragung von Artikeln per E-Mail sowie die Speicherung der Daten beim Empfänger als Vervielfältigungen im Sinne des § 16 UrhG gewertet. Dafür sei aber für jeden Artikel die Genehmigung des Rechteinhabers notwendig.

Das Gericht entschied außerdem, dass Artikel aus Zeitschriften nicht unter das „Pressespiegelprivileg" (§ 49 UrhG) fallen, da sie nicht – jedenfalls nicht ausschließlich – „tagesaktuellen Interessen" dienen. Freuen dürfte sich über das Berliner Urteil besonders die Presse-Monitor GmbH der Verleger, die dadurch quasi ein deutsches Monopol für elektronische Pressespiegel erhält. *lü* ■

BGH verneint Link-Haftung

Der Bundesgerichtshof hat die Haftbarkeit für Links im Internet deutlich eingeschränkt – zumindest für Online-Publikationen, die unter dem grundgesetzlichen Schutz der Pressefreiheit stehen. Nach einem Urteil des ersten BGH-Zivilsenats vom 1. April 2004 (Az.: I ZR 317/01) können diese nur noch haftbar gemacht werden, wenn auf den ersten Blick die Strafbarkeit der Inhalte erkennbar sei, auf die verlinkt wird, oder Links bewusst gesetzt werden, um das Wettbewerbsrecht zu verletzen.

Beides sah das höchste deutsche Zivilgericht in der zu entscheidenden Revision gegen ein Urteil des Kammergerichts Berlin nicht gegeben. Dabei ging es um einen Artikel im Online-Auftritt der Tageszeitung „Die Welt" über ein ausländisches Online-Glücksspiel-Angebot mit entsprechenden Links auf zwei Webseiten. Geklagt hatte ein deutscher Glücksspiel-Veranstalter, der darin einen wettbewerbswidrigen Verstoß gegen § 1 UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) sah, weil durch die Verlinkung für eine Webseite geworben werde, deren Anbieter über keine deutsche Glücksspiel-Lizenz verfüge.

Der BGH verneinte nicht nur einen UWG-Verstoß, „da für die Absicht, fremden Wettbewerb zu fördern, keine Vermutung besteht." Die Richter betonten auch den besonderen Schutz der Pressefreiheit. Eine Haftung komme hier nicht in Frage, da ansonsten der Online-Zeitung unzumutbare Prüfungspflichten auferlegt worden wären. Das Urteil bezieht sich zunächst nur auf Presseveröffentlichungen. Da der BGH als das höchste deutsche Zivilgericht hier aber sowohl eine Störerhaftung wie einen Wettbewerbsverstoß verneint hat, dürfte es auf eine Vielzahl von vergleichbaren Webangeboten übertragbar sein. Damit sollte endgültig das Urteil des Landgerichts Hamburg von 1998 zur Haftung für Links obsolet sein. *lü* ■

Download des BGH-Urteils

http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&Datum=Aktuell&Sort=12288&nr=29367&pos=3&anz=496

Filmaufnahmen dürfen gezeigt werden

HAMM. Der Münchner Journalist Friedrich Mülln darf die wesentlichen Sequenzen seiner heimlich hergestellten Filmaufnahmen aus dem Münsteraner Tierversuchslabor Covance weiter öffentlich zeigen. Dies entschied am 21. Juli 2004 der 3. Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Hamm. Der Senat korrigierte damit ganz wesentlich eine Entscheidung des Landgerichts Münster aus dem Februar 2004, das Mülln und anderen unter Androhung hoher Geldstrafen kategorisch verboten hatte, die Filmaufnahmen in der Öffentlichkeit weiter zu verbreiten. Die Aufnahmen waren im Dezember 2003 im ZDF-Magazin „Frontal 21" zu sehen. Im Vorfeld des Prozesses hatte sich der Journalist und Autor Günter Wallraff mit Mülln solidarisiert. *DFB* ■

Zeichnung: Regina Rau

Die Künstlerin Regina Rau malte für tierversuchsgegner.org Gemälde nach den verbotenen Covance-Fotos: „Vor kurzem bekam ich die Anfrage, Fotos, die von Covance verboten wurden, zu malen, damit sie so wieder veröffentlicht werden könnten. Ich sah mir die Fotos an und war schockiert."

„Caroline-Urteil" contra Pressfreiheit

STRASSBURG. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gab der Beschwerde von Prinzessin Caroline wegen veröffentlichter Fotos statt. Im Gegensatz zur deutschen Rechtsprechung stellte er den Schutz der Persönlichkeitsrechte von Personen des Zeitgeschehen über die Pressefreiheit. Das Bundesverfassungsgericht hatte 1999 entschieden, dass diese Personen die Veröffentlichung von Bildern hinnehmen müssten, die sie in alltäglichen Zusammenhängen in der Öffentlichkeit zeigten. dju und DJV, Verlegerverbände und der Deutsche Presserat fordern von der Bundesregierung, gegen die Straßburger Entscheidung Rechtsmittel einzulegen. ■

Luftnummer

Eine Freie berichtet über ihre jW-Erfahrungen mit verunstalteten Texten und miesem Zeilengeld

Nichts gegen die „junge Welt" (jW) und ihren Feuilletonredakteur Alexander R.! Boten beide doch die Gelegenheit, einen Honorar- und Urheberrechtsstreit gegen sie zu führen, der viel zu selten vorkommt.

Willige Autoren können es bezeugen: die jW zahlt 26 Cent die Zeile – mit enormer Verspätung. „Zwar hat sich in der Buchhaltung eine Zahlungsverzögerung von bis zu vier Monaten ergeben", nennt der Redakteur diese Sittenwidrigkeit und setzt hinzu: „Nach Rücksprache mit der Chefredaktion gilt das für Ihren Fall aber nicht."

Was war passiert? Im September 2003 hatte die jW einen Artikel zum Dokumentarfilm „Russenbus" von Irina Roerig und Axel Brandt gedruckt. Schon auf den ersten Blick war klar, dass sich da einer über den eingereichten Text hergemacht hatte, wie man es nur von Leuten kennt, die ihren Redaktionssitz als probaten Profilierungsposten verstehen. Selbst im Zeitungsgewerbe kriegt man eine solche Textverunstaltung nicht alle Tage zu Gesicht.

Nach Klärung, dass der Online-Artikel nicht gegen eine von der Autorin „autorisierte Fassung zu ersetzen" (jW-Vorschlag), sondern zu entfernen sei (Forderung der Autorin), war die Sache Mitte Februar endlich klagereif. Der Verdi-Rechtsschutz war bewilligt, und nun mußte die Autorin sich über die jW-Version ihres Artikels hermachen und akribisch jede Sinnentstellung belegen. Heraus kamen fünf engbeschriebene Seiten, die als „Auflistung der urheberechtlichen Eingriffe" in die Klageschrift eingefügt wurden. Von 68 Sätzen waren nur 13 kurze gänzlich unberührt geblieben. Bei allen anderen waren erhebliche sprachliche und in mindestens fünf Fällen gravierende inhaltliche Veränderungen vorgenommen worden. Die Autorin notierte: „Neben der Schwere und der Zahl der Eingriffe, die zu einer Aussageveränderung geführt haben, wurde der gesamte sprachliche Tenor verletzt. Die Sprachführung, die behutsam die Poesie des Films nachvollziehbar zu machen trachtet, wurde durch einen durchweg selbstgewissen und an einigen Stellen sogar naßforsch-herablassenden Ton ersetzt. Die Protagonisten, die mit Respekt und vorsichtig beschrieben worden sind, werden abschätzig und mißgünstig dargestellt. An die Stelle des Versuchs, das Besondere dieses Kunstwerks zu erschließen, ist eine kaltschnäuzige und flache Apodiktik getreten."

Prozess gewonnen

Für die Urheberrechtsverletzung wurde ein Schmerzensgeld von mindestens 250 Euro eingeklagt. Wegen des Honorars wurde – neben möglichem Sachverständigengutachten – auf den „Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche freie Journalisten" zurückgegriffen; wohl wissend, dass dieser nicht auf die Autorin zutrifft. Laut Tariftabelle waren für das Erstdruckrecht 0,67 Euro pro Zeile (Auflage bis 25.000) anzusetzen, zzgl. 25 % für eine Kunstkritik und 10 % für die Internet-Zweitverwertung, so dass sich für 227 Zeilen 229,40 Euro ergaben, wovon die jW gerade mal ein Viertel gezahlt hatte (59,02 Euro).

Zwar hatte das von der Autorin beigesteuerte Konvolut ihren Anwalt Helmuth Meyer-Dulheuer überzeugt, nicht abzusehen war jedoch, ob das Gericht dieser Einschätzung folgen würde. Beim Termin im Juni 2004 vor dem – für Urheberrecht zuständigen – Amtsgericht Charlottenburg war dann zu vernehmen, wie die Richterin zur Beklagten (die in Person ihres Geschäftsführers erschienen war) sagte, dass „nicht im Ernst bestritten werden" könne, dass es sich um „ganz gravierende Eingriffe" handele und die Sache mit der Luftnummer z. B. „ganz ohne Zweifel komplett sinnentstellend" sei.

Die Luftnummer war eine Erfindung des jW-Redakteurs. Hieß es ursprünglich: „Wie der Akkordeonspieler mithilfe von Luft und Mechanik Töne erzeugt, so lassen die Filmemacher einzelne Akkorde vom Leben erklingen. Im russischen Wort für Luft (wósduch) ist das Wort Geist (duch) enthalten.", so machte der Redakteur daraus: „Jedes Akkordeon ist für eine Luftnummer gut, aber im russischen Wort für Luft (wósduch) ist auch das Wort Geist (duch) enthalten."

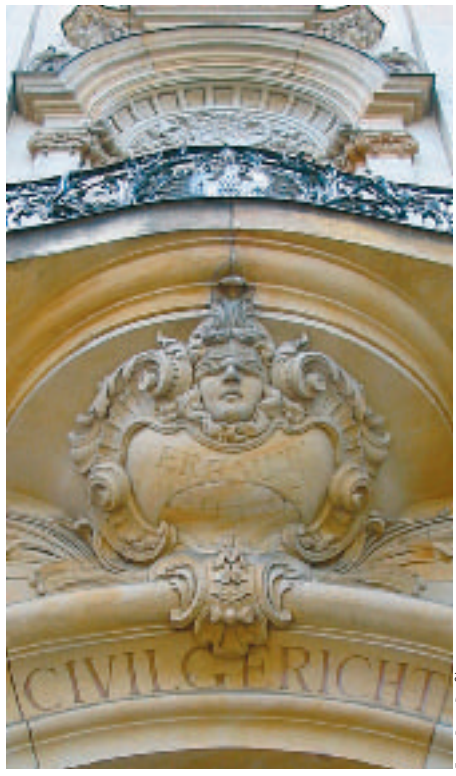

Foto: Petra Dreßler

Der Verstoß gegen § 97 Abs. 2 UrhG war damit erwiesen. Zur Bezifferung des ortsüblichen Zeilengeldes jedoch, so die Richterin, bedürfe es eines Gutachtens. Damit hat sie insofern Recht, als bis heute kein verbindlicher Vergütungsmaßstab für normale freie Journalisten existiert. Ein Gutachten, so die Richterin, koste jedoch mindestens 500 Euro – worauf die Beklagte es vorzog, keinen Antrag zu stellen, und zur Zahlung von 170,38 Euro Resthonorar und 250 Euro Schmerzensgeld verurteilt wurde (Az. 215 C 93/04).

Fazit: 1. Wer sich wehrt, hat auch mal Erfolg. 2. Nur das gegnerische Einknicken vor Gericht hat das fast schon greifbare Gutachten vereitelt. Ansonsten nämlich hätte es dieser kleine Prozeß noch geschafft, dass es mal eine halbwegs verbindliche Aussage zum Zeilenhonorar gibt. 3. Die jW wird weiter ihren „Haustarif" zahlen – zzgl. Säumniszuschlag. Dazu passt, dass sie auf einem Versäumnisurteil bestand. Das kostet zwar dreimal so viel Gerichtsgebühren wie ein Anerkenntnisurteil, um jedoch an ihrer miesen Zahlungspraxis und Mißachtung von Autorenrechten offiziell festhalten zu können, wich die Zeitung dies eine Mal von ihrer Sparsamkeit ab. *Cornelia Köster* ■

Beispielurteil

Das Berliner Gericht sah sich nicht imstande, angesichts der 26 Cent der jW das verkehrsübliche Zeilenhonorar für Freie zu bestimmen (§ 632 BGB). Dagegen hat das Amtsgericht Hamburg bereits in einem 20 Jahre zurückliegenden Rechtsstreit festgelegt (Az. 36 c 591 / 84), dass die von einem Stadtmagazin (Auflage 60.000) gezahlten 50 Pfennig „lächerlich" seien, und taxierte als übliches Zeilenhonorar mindestens 2 DM, für bestimmte Textsorten sogar 3 DM (feder 8 / 87 S. 3). CK ■

Revolution im Alltag

Konferenz über neue Medien in der arabischen Welt

Radikaler als etwa in Europa erschüttern Technologien wie Satelliten-TV, Mobiltelefon und Internet tradierte Lebensformen die arabische Welt. Welche Folgen der Eintritt ins digitale Zeitalter hat, darüber diskutierten Ende Juni in Berlin Wissenschaftler und Journalisten auf einer zweitägigen Konferenz unter dem Titel „Neue Kommunikationsmedien in der arabischen Welt – eine Revolution im Alltag".

Fatima Mernissi gab sich polemisch: Die Satelliten hätten die arabische Welt längst demokratisiert, sagte die marokkanische Soziologin in ihrem einleitenden Vortrag. Der einzige, der das noch nicht begriffen habe, sei George W. Bush. Das Satelliten-Fernsehen, so Mernissi, habe die Macht vom Informationsproduzenten zum Bürger verlagert. Einem Bürger, der als „diabolisch wählerischer und unvorhersehbar mobiler Konsument" auftrete, der über das Privileg verfüge, zwischen mehr als 140 arabischen TV-Kanälen hin- und her zu zappen.

Diese Sender erreichen ein Publikum von mehr als 300 Millionen Zuschauern, darunter einen beträchtlichen Anteil von Frauen und Jugendlichen, viele von ihnen Analphabeten. Damit werde tendenziell die gesellschaftliche Spaltung in Gebildete und Nichtgebildete aufgehoben. „Die Elite hat nicht länger ein Monopol über das, was gesagt und geschrieben wird."

Nicht alle teilten den Optimismus Mernissis. Für Salameh Nematt, Leiter des Washingtoner Büros der Tageszeitung „Al Hayat", ist auch mit der Satellitentechnologie nicht das Reich der Freiheit angebrochen. Die Medien, so sein kühles Urteil, seien ein Produkt der arabischen Gesellschaft, die als solche nicht demokratisch sei. „Die arabischen Medien befinden sich überwiegend in staatlichem Besitz, oder sie werden staatlich kontrolliert. Sie werden von den Regierungen eingeschüchtert."

Unter den arabischen Satellitenkanälen hat im Westen vor allem Al Dschasira – nicht zuletzt wegen seiner Rolle als Transporteur subversiver Botschaften radikaler Islamisten – einen hohen Bekanntheitsgrad erzielt. Dass Al Dschasira nach wie vor polarisiert, belegte ein Streitgespräch zwischen Salameh Nematt und Jian Alyaqoubi, einer irakischen Journalistin des umstrittenen TV-Senders. Al Dschasira habe als „verlängerter Arm des Außenministeriums von Katar" zu gelten, sagte Nematt. In seinem Bemühen, alle negativen Nachrichten über arabische Länder zu vermeiden, sei der Sender ein „Werkzeug zur Aufrechterhaltung von Diktaturen in der arabischen Welt". Auch die Irak-Berichterstattung von Al Dschasira sei „nicht gewichtet". Jeder vom US-Militär getötete Iraker werde zum Märtyrer stilisiert, jeder von Al Qaida getötete irakische Polizist dagegen schlicht zum „toten Mann" verharmlost. „Wir machen die Nachrichten nicht, wir berichten sie", widersprach Aly-

Ein Seminar für Journalistinnen und Journalisten

„Arabien – jenseits der Bomben"

„Arabien – jenseits der Bomben" ist der Titel eines Seminars für Journalisten am 11. und 12. September 2004 in Nürnberg, Kornmarkt, „Kibs" im DGB-Haus.

Der islamistische Terror und der Krieg im Irak haben dazu geführt, dass die Lage in der arabischen Welt zum alltäglichen Thema für Medienschaffende und deren Publikum geworden ist. Dominiert werden die Nachrichten aus dieser Region durch Meldungen über Gewalt. Dabei wird vernachlässigt, dass sich diese Region in einem spannenden Wandel befindet, an dessen Ende eine Demokratisierung und auch die Pressefreiheit stehen könnten. Wir möchten Interessierte einladen, die Situation und die Entwicklun in der arabischen Welt aus einer anderen Sicht kennen zu lernen. Unsere beiden arabischen Referenten, Suleiman Al-Qudah aus Jordanien und Mahbub Ali aus dem Jemen, bieten den Teilnehmern zudem die Gelegenheit, direkte Kontakte in die arabische Region zu knüpfen. Der Orientforscher Professor Kopp wird fundierte wissenschaftliche Betrachtungen beisteuern. Mit Wolfgang Mayer referiert ein Zeitungsredakteur, der in der Journalistenausbildung in Arabien tätig ist.

Am 12. September findet ab 18 Uhr eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema „Arabien – jenseits der Bomben" statt. Neben den während des Seminars auftretenden Referenten werden der Vorsitzende der Deutsch-Arabischen Gesellschaft und bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu und der SPD-Bundestagsabgeordnete Günter Gloser als Experten eingeladen. Der Ort steht noch nicht fest.

Die Seminargebühr beträgt 25 Euro für Mitglieder der dju und anderer ver.di-Fachgruppen sowie für Studenten. Die Gebühr für Nichtmitglieder beträgt 75 Euro.

Die Kosten für Anfahrt und Unterbringen müssen selbst übernommen werden. Im Vier-Sterne-Hotel „Albrecht Dürer" gleich unterhalb der Nürnberger Burg können über die Seminarleitung Übernachtung und Frühstück für 75 Euro pro Nacht gebucht werden. Bei Interesse Mail an schrageklaus@email.de

Die Anmeldung erfolgt durch Einzahlung der Gebühr unter dem Stichwort „Arabien-Seminar" auf das Konto 20 53 70 76 00 bei der PSD-Bank Nürnberg, Bankleitzahl 760 909 00. Kontoinhaber ist Klaus Schrage.

Nähere Informationen:

Klaus Schrage, dju Nürnberg, Wilhelm-Spaeth-Straße 82 90461 Nürnberg

Tel. Büro: 0911/2162443; Handy: 0179/2962341

E-Mail: schrageklaus@email.de

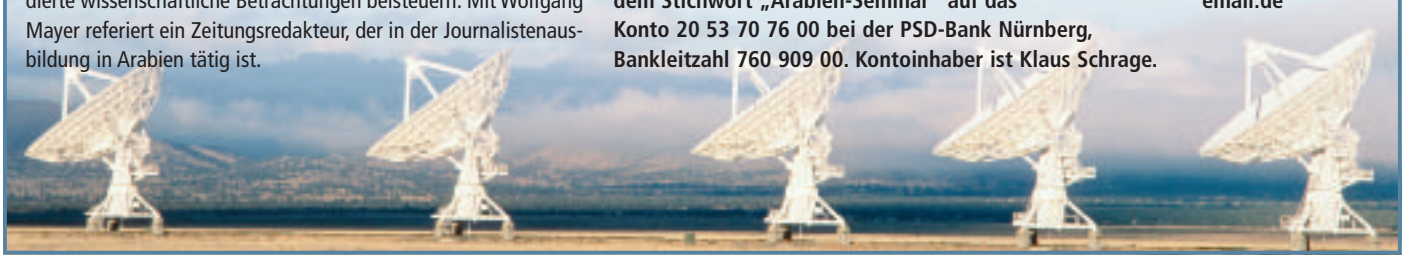

Foto: Avenue Images / James Morris

aqoubi. Westliche Sender hätten weitaus weniger ausgewogen berichtet als Al Dschasira. Die BBC etwa habe nicht über das „Massaker Israels in Dschenin“ berichtet. Anders als das US-Militär, dessen Pressekonferenzen Al Dschasira übertrage, hätten Vertreter der Palästinenser wohl kaum die Möglichkeit, ihre Position im US-Fernsehen zu präsentieren. „Wenn die USA im Irak ein schlechtes Bild abgeben, liegt das an ihren Handlungen, nicht an uns“, sagte Alyaqoubi.

So viel scheint klar: Mit der ihnen gelegentlich zugeordneten Rolle einer Demokratisierung der arabischen Welt sind die „neuen Medien“ schlicht überfordert. Ihre Hauptwirkungen entfalten sie eher in der privaten Sphäre. Internet-Cafés und Mobiltelefone heben die bisher starren Klassen- und Geschlechterschranken auf, setzen die traditionelle familiäre Kontrolle außer Kraft. Jamila Hassoune, Buchhändlerin aus Marrakesch, bestätigte diesen Ansatz einer „Revolution im Alltag“ im Kontext einer eigenen Untersuchung der Internet-Nutzung von Jugendlichen in Südmarokko. Nach traditioneller islamischer Moral dürften unverheiratete Männer und Frauen sich nicht zusammen in einem Raum aufhalten. Das Cyber-Cafe als sozialer Raum unterlaufe diese Moral, da sein Besuch nicht von vornherein unter dem Verdacht unkeuscher Absichten stehe. Die direkte persönliche Kommunikation zwischen jungen Männern und Frauen sei dadurch wesentlich einfacher geworden.

In Berlin fehlte es nicht an Stimmen, die schon jetzt mit Melancholie die wachsende Konvergenz von arabischer und westlicher Kultur beobachten. Spielshows, Seifenopern und Call-In-Programme dominieren bereits heute die Programme vieler arabischer Kanäle. Wie werde ich Millionär? Superstar-Casting? Im Zeichen der Globalisierung auch im Orient längst erprobte Formate. Gregor Meiering, Nahost-Berater in Amman, fürchtet daher um die Unverwechselbarkeit der arabischen Kultur, so könnten „die zunächst so viel versprechenden Veränderungen auf dem Mediensektor in eine Situation münden, in der ein arabischer Neil Postman vor dem Amüsement bis zum Tode warnt“.

Günter Herkel ■

Jemen-Reise

Die dju bereitet eine neuntägige Journalistenreise in den Jemen vor. Sie wird voraussichtlich in der zweiten Novemberhälfte starten. Wer grundsätzlich Interesse hat, kann sich bei Wolfgang Mayer (Mypsilon@@web.de, Betrifft: Jemen-Reise) unverbindlich vormerken lassen.

Foto: Wolfgang Mayer

Berufliche Ethik und Medienqualität

IFJ-Weltkongress in Athen: Weiterbildung – eine der wichtigsten Aufgaben

Alle drei Jahre legt die Internationale Journalisten-Föderation (IJF) auf ihrem Weltkongress die Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit fest. „Journalismus in Bewegung“ war das Motto für den Kongress 2004 in Athen.

„Was würde CNN ohne Krieg und Terror tun?“, war die Frage des deutschen dju-Delegierten Wolfgang Mayer an den CNN-Starmoderator Chris Cramer. Und: Kommen Krieg und Terror manchen Medien nicht gelegen, weil sie Einschaltquoten und Auflagen steigern? Führt die Beschränkung der Berichterstattung aus dem Nahen Osten auf Bomben nicht zu Vorurteilen, die die dort lebenden Menschen zu Geiseln kommerzieller Interessen von manchen Medien werden lassen? Cramer war Gastredner beim Weltkongress der IJF, und er wies den in den Fragen enthaltenen Verdacht weit von sich. Die zunehmende kommerzielle Ausbeutung von Information nannte dagegen IJF-Generalsekretär Aidan White als eines der großen Probleme. Zugleich wird weltweit immer deutlicher, dass nicht nur die berufliche Ethik und Gesetze, sondern auch die sozialen Bedingungen, unter denen Journalistinnen und Journalisten arbeiten müssen, über die Qualität der Berichterstattung entscheiden. Und es war allen klar: Wenn die Auseinandersetzungen um die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, die die Journalistengewerkschaften in Europa führen, nicht gewonnen werden, dann sind sie weltweit verloren.

Die Globalisierung auch im Mediengeschäft und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in internationalen Betriebsratsgremien war ein weiteres wichtiges Thema auf dem Kongress. Das Problem der Gleichberechtigung bleibt international auf der Tagesordnung – in Russland beispielsweise sind rund 80 Prozent der Redaktionsstellen mit Frauen besetzt, weil diese eben billiger sind. Der südafrikanische Delegierte Tuwani Gumani legte den Finger in eine Wunde, die die Mehrheit der Journalistengewerkschaften hat: Wie kann man den Nachwuchs zur Mitarbeit motivieren? Kollegen schließen sich Organisationen schließlich immer nur wegen persönlicher Interessen an. An diesen müssten sich die Gewerkschaften orientieren.

Der Wissensstand von Journalisten ist manchmal beschämend. Ein Berufskollege aus den USA gestand: „Das meiste, was wir

von anderen Ländern wissen, ist die jeweils aktuelle Wetterlage aus dem Wetterbericht“. Der Kollege lernte in Athen immerhin hinzu: „Wir Amerikaner haben immer gedacht, dass wir die Demokratie erfunden haben. Hier in Griechenland hören wir, dass auch die Griechen wohl eine gewisse Rolle gespielt haben“.

Für Urheberrechte eintreten

Die berufliche Weiterbildung wurde denn auch als neue, zentrale Aufgabe ins IJF-Arbeitsprogramm aufgenommen, das dju und DJV als Antrag zum Kongress einbrachten. Themen wie das Urheberrecht, journalistische Unabhängigkeit, die Koalitionsfreiheit und eben Gleichberechtigung sowie internationale Betriebsräte stehen weiter auf der verabschiedeten Liste, die nun mit Leben erfüllt werden muss.

Als Präsident der IJF wurde der Australier Christopher Warren – ohne Gegenkandidat und mit 70,1 Prozent der Stimmen – wiedergewählt. „Senior Vice President“ ist nun der Däne Soren Wormslev. Er löst den DJV-Kollegen Gustl Glattfelder ab, der nicht wieder zur Wahl stand. Von deutscher Seite kandidierte erfolgreich der DJV-Kollege Uli Remmel für das Exekutiv-Komitee. *wm* ■

Netzwerk knüpfen

BUDAPEST. Betriebsräte und Gewerkschafter aus „WAZ-Betrieben“ in Ungarn, Bulgarien, Serbien-Montenegro, Kroatien, Mazedonien, Österreich und Deutschland wollen künftig verstärkt zusammenarbeiten und dazu zunächst ein Informationsnetzwerk knüpfen!
Darauf verständigten sich Beschäftigte aus Redaktionen, Verlagen und technischen Betrieben im Verlauf eines zweitägigen Seminars in Budapest. Zu diesem Meinungsaustausch hatten die Europäische Föderation der Journalisten (EJF) und der Graphische Sektor in UNI (UNI-EG) eingeladen. Im Mittelpunkt des Treffens stand denn auch unter anderem die gegenseitige Information über die Arbeitssituationen in den WAZ-Betrieben der verschiedenen Länder, die rechtlichen Rahmenbedingungen für journalistische Arbeit, die materiellen und sozialen Arbeits- und Lebensbedingungen in Zentral- und Südosteuropa. Verständigt haben sich die Betriebsräte und Gewerkschafter im übrigen auch darüber, dass sie die Möglichkeit der Bildung eines Europäischen Betriebsrates für den WAZ-Konzern nicht aus den Augen verlieren wollen. *mh* ■

Tod bleibt ungesühnt

TEHERAN. Mit einem Freispruch endete am 24. Juli in Teheran der Prozess um den Tod der kanadischen Fotojournalistin Zahra Kazemi. Diese war im Juni vergangenen Jahres beim Fotografieren vor dem berüchtigten Evin-Gefängnis in der iranischen Hauptstadt festgenommen worden. Wenige Tage später war sie im Polizeigewahrsam an einem Schädelbruch mit Gehirnblutung gestorben. Eine von Irans Präsident Mohammed Chatami eingesetzte Kommission kam zum Ergebnis, dass der Tod Kazemis, eine Kanadierin iranischer Herkunft, die Folge eines schweren Schlages auf den Kopf war. Dennoch wurde der angeklagte Geheimdienstbeamte jetzt freigesprochen – aus Mangel an Beweisen und nach einem denkwürdigen Verfahren. Denn sogar die Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, die in dem Verfahren die Mutter der getöteten Journalistin vertrat, ging von der Unschuld des Angeklagten aus. Ihrer Ansicht nach befinden sich die wahren Schuldigen noch auf freiem Fuß. Um das Verfahren neu aufzurollen, kündigte sie an, alle Möglichkeiten auch auf internationaler Ebene ausschöpfen zu wollen. *hg* ■

Aktion für Zaw Thet Htwe, birmanischer Sportjournalist

Wegen „Hochverrats“ inhaftiert

Das Militärgericht sprach sein Urteil am 28. November vergangenen Jahres. Zusammen mit mehreren anderen Angeklagten wurde auch der Sportjournalist Zaw Thet Htwe zum Tode verurteilt. Zur Begründung führten die birmanischen Richter an, die Beschuldigten hätten versucht, die Regierungsmannschaft um General Khin Nyunt zu töten. Zaw Thet Htwe soll in diesem Zusammenhang angeblich Informationen an im Exil lebende bewaffnete Gegner der Militärregierung gegeben haben. Für die Richter in Birma (offiziell heißt das Land seit einigen Jahren Myanmar) war damit der Vorwurf des Hochverrats bewiesen.
Das willkürliche Urteil konnte allerdings nicht aufrecht erhalten werden. Am 12. Mai dieses Jahres weigerte sich sogar das alles andere als unabhängige Höchste Gericht des Landes dem vorgegebenen Strafmaß zu folgen und wandelte das Todesurteil gegen Zaw Thet Htwe in eine dreijährige Haftstrafe um.
Doch Menschenrechts- und Journalistenorganisationen in aller Welt protestieren auch gegen diesen Richterspruch, denn in ihren Augen ist der Vorwurf des Hochverrats in keiner Weise nachvollziehbar. Vielmehr verweisen neben amnesty international auch die „Reporter ohne Grenzen“ darauf, dass Zaw Thet Htwe nur inhaftiert wurde, weil er es wagte, seine Meinung zu äußern. So hatte der Herausgeber des in Birma viel gelesenen Sportmagazins „First Eleven“ öffentlich nach dem Verbleib einer Vier-Millionen-Dollar-Spende zu Gunsten des birmanischen Fußballverbandes gefragt. Auch der Birmanische Medienverband BMA ist von der Unschuld Zaw Thet Htwes überzeugt und verlangt die sofortige Freilassung des Journalisten aus dem Insein-Gefängnis in der Hauptstadt Rangun.

Was können Sie tun?
Schreiben Sie auf Englisch oder Deutsch an den birmanischen Regierungschef und fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung des Sportjournalisten Zaw Thet Htwe.

Schreiben Sie an:
General Khin Nyunt, Prime Minister
State Peace and Development Council
c/o Directorate of Defence Services Intelligence
Ministry of Defence,
Signal Pagoda Road,
Dagon Post Office
Yangon, MYANMAR / BIRMA
Telefax: 00 95 – 1 – 65 26 24

Bitte schicken Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:
Kanzlei der Botschaft der Union Myanmar
S. E. Herrn U Nyunt Maung Shein
Zimmerstr. 56, 6. Etage, 10117 Berlin
Telefax: (030) 20 64 97 57
E-Mail: emb.my.berlin@t-online.de

Amnestiy International
Schumannweg 19
85963 München
www.Amnesty International.de

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 156
10179 Berlin
www.verdi.de

Menschen Machen Medien-Redaktion
karin.wenk@verdi.de

service seminare

Journalismus aktuell

ABP, München. 29. Sept. bis 1. Okt.: Presserecht im Internet. 3./4. Nov.: Presserecht.
DHA, Dortmund. 4. Okt.: Streiks, Unglücke und lokale Katastrophen – Journalisten und Journalistinnen in Ausnahmesituationen.
EMA, Berlin. 30. Sept.: 6. Berliner Mediengespräche.

Journalistische Themen

ABZV, Bonn. 20.bis 22. Sept.: Lokale Kulturberichterstattung.
27. Sept. bis 1. Okt. in Kronberg/Taunus: Kommunalrecht.
11./12. Okt. in Stuttgart: Kommunale Planung.
AFP, Hamburg. 11. bis 13. Okt.: Wirtschaftsjournalismus.
JSR, Essen. 14. bis 16. Sept.: Wirtschaft und Presserecht. 6./7. Okt.: Jugendgewalt.
MH, Hamburg. 23./30. Sept. und 21. Okt.: Der verkaufsfertige Artikel – Von der Recherche bis zum Zeitungsartikel.
24. bis 26. Sept.: Reisejournalismus – Einführung in Theorie und Praxis.

Journalistische Formen

ABP, München. 20. bis 24. Sept.: Meinungsbeiträge. 27./28. Sept.: Kleintexte für Fachzeitschriften. 4. bis 8. Okt.: Sprache und redigieren für Fachzeitschriften. 11. bis 15. Okt.: Sprache und redigieren für Zeitungen.
ABZV, Bonn. 14. bis 16. Sept.: Schreib- und Redigierwerkstatt. 12./13. Okt.: Kommentar und Glosse. 18./19. Okt. in Stuttgart: Überschrift, Bildunterschrift, Vorspann.
AFP, Hamburg. 13. bis 15. Sept.: Recherche-Strategien und Techniken. 27. bis 29. Sept.: Der Kommentar.
BPB, Bonn. 20. bis 24. Sept. in Augsburg: Wider der organisierten Langeweile in der Lokalzeitung.
CMA, Wetzlar. 24. bis 26. Sept.: Workshop Sprache und redigieren. 1. bis 3. Okt.: Interview, Fragetechniken, Bearbeitung.
EMA, Berlin. 6. bis 10. Sept.: Recherchieren mit Methode. 13. bis 17. Sept.: Das Portrait.
FES, Bonn. 11. bis 15. Okt.: Interviews führen und recherchieren.
IFP, München. 26. bis 28. Sept. in Augsburg: Kommentar für Fortgeschrittene. 29. Sept. bis 1. Okt. in Augsburg: Reportage für Fortgeschrittene.
JA, München. 20. bis 22. Sept.: Von der Meldung zum Kommentar.
JHB, Hagen. 27. bis 29. Sept.: Spannend schreiben.
JSR, Essen. 11./12. Okt.: Workshop Recherche.
Klara, Berlin. 30. Sept. bis 1. Okt.: Das Porträt im Printmedium. 4. bis 6. Okt.: Der Gerichtsbericht. 9. Okt.: Klares Deutsch – Workshop. 14./15. Okt.: Überschrift und Bildtext.
KOMED, Köln. 7. Sept. bis 9. Nov. (immer dienstags): Von der Nachricht zur Glosse. 11./12. Sept.: Journalistisches Texten. 2./3. Okt.: Grundkurs Printjournalismus. 3. und 17. Okt.: Kreativ schreiben – professionell. 8./9. Okt.: Die Zeitungsnachricht. 15./16. Okt.: Das Interview im Printjournalismus.
MH, Hamburg. 6./13./20. Sept.: Recherchetraining. 17. bis 19. Sept.: Die Reportage. 1./8./15./22./29. Sept. und 20./27. Okt.: Schreibwerkstatt – Grundkursus. 11. bis 13. Okt.: Interviewtraining.
MKZ, Bad Honnef. 4. bis 8. Okt.: Rasende Reporter.

Journalismus online

ABP, München. 4. bis 8. Okt.: Gestaltung von Websites/Aufbauseminar.
FM, Münster. 16./17. Sept.: Medienintegration ins Internet. 24./25. Sept.: Gestaltung von Internetseiten.
JA, München. 16./17. Sept.: Hypertext schreiben.
JHB, Hagen. 4. bis 8. Okt.: Aufbauseminar Online-Journalismus.
WOMAN, Frankfurt/Main. 14./15. Sept.: Schreiben für Online-Medien. 5. Okt.: Schreiben für Online-Medien II. 12./13. Okt.: Schreiben für Online-Medien.
ZFP, Wiesbaden. 20./21. Sept. in Berlin: Schreiben fürs Netz.
4. bis 6. Okt. in Hannover: Kreative Formatentwicklung im Internet.

Layout/Infografik

ABP, München. 11. bis 15. Okt.: Zeitschriften-Layout.
KOMED, Köln. 17. bis 19. Sept.: Bildbearbeitung mit Photoshop 7.0.
4. bis 6. Okt.: QuarkXPress 5 – Grundlagen. 7. bis 9. Okt.: QuarkXPress 5 – Aufbau. 8. bis 10. Okt.: Grafik mit Illustrator 11. bis 15. Okt.: Illustrator.
TETRIDIA, Augsburg. 30. Sept. und 13./14. Okt.: Erfolg durch Mehrwert – Usability und Design für Websites.

Hörfunk

DHA, Dortmund. 13. Sept.: Haftung im Hörfunk. 27. Sept. bis 2. Okt.: Live on Air – Radio-Training. 2./.3 Okt.: Tricks und Kniffe zur Hörerbindung. 6./7. Okt.: Interview-Training – Basis-Seminar. 9./10. Okt.: Positioning and More. 12./13. Okt.: Sprech-Training. 14./15. Okt.: Sales-Promotion – Erfolgreich verkaufen! 9. Okt. bis 12. Februar 2005: E-Workshop für Regional- und Lokalnachrichten. Schwerpunkt: Textgestaltung von Nachrichten-Manuskripten sowie Nachrichten-Präsentation. Info: DHA, www.hoerfunkakademie.de.
EMA, Berlin. 10. bis 12. Nov.: Sprechtraining für Fortgeschrittene.
FFFZ, Düsseldorf. 25./26. Sept.: Digitale Hörfunkbearbeitung. 8./9. Okt.: Texten für Hörfunk und Fernsehen.
KOMED, Köln. 18./19. Sept.: Mikrofonsprechen. 25. Sept.: Sprechen am Mikrofon I. 2./3. Okt.: Radionachrichten. 10. und 31. Okt.: Comedy im Radio.
MH, Hamburg. 2./3. Okt.: Moderationstraining. 8. bis 12. Nov.: Radiowerkstatt
MKZ, Bad Honnef. 17./18. Sept.: Der Gebaute Beitrag.
NPR, Berlin. 13. Sept.: Musikredaktion – Musikformate, Playlists, Musikauswahl, Urheberrecht, Bemusterung. 26./27. Sept.: Nachrichten im Hörfunk. 6./7. Okt.: Sprechtechnik. 14./21./29. Okt. und 4./11. Nov.: Praxissemi-

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint monatlich (2004 ausnahmsweise mit vier Doppelnummern)
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) / Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.
Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien", ver.di e.V., Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.

Anzeigenleitung: Bernd Heußinger, Kornweg 21, 21445 Wulfsen, Telefon 041 73/509 92 – 0 Telefax 041 73/51 19 12, E-Mail: heussinger@verdi-anzeigen.de
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 9a gültig ab 1.1.2004, anzufordern bei der Anzeigenleitung
Anzeigenschluss: Bitte Terminliste anfordern.

Layout: Petra Dreßler, Berlin Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Stuttgart Tel. 0711/ 96 69 76 – 5
Druck und Vertrieb: alpha print medien AG (apm) Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement: 36,– einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711/700 15 30.

Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk/Film/Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur" verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76
ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. Archiv seit 03.1996): www.verdi.de/m

Redaktionsschluss:
M 8–9.2004: 23.07.2004
M 10.2004: 24.08.2004

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Wegen der großen Nachfrage wiederholt das Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK), Lage-Hörste, in Kooperation mir der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju) das beliebte Wochenendseminar

„Von der Idee zum Buch“

Termin: 11./12. September 2004 in Lage-Hörste

Die wichtigsten inhaltlichen Schwerpunkte:
- Welche unterschiedlichen Verlage gibt es und wie finde ich den richtigen?
- Wie „bewerbe“ ich mich bei einem Verlag um einen Buchvertrag?
- Der Verlagsvertrag – Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten
- Fachbegriffe, Buchherstellung, Korrektur, Lektorat, Exposé u.v.a.m.

Referenten: Axel Johanßen, freier Journalist und Sachbuchautor
Christiane Gibiec, freie Journalistin, Filmemacherin und Buchautorin
Veranstaltungsort: Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK), Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste (nahe Bielefeld)
Seminarleitung: Udo Milbret / Karl-Wolfgang Seithümmer

Verbindliche Anmeldung bitte so schnell wie möglich (Anmeldeschluss: 03.09.04):
An das IMK, Telefon 05 232 / 983 – 464,
Fax – 462 oder per E-Mail: anmeldung.imk@verdi.de
Teilnehmergebühr für Mitglieder: 100,– Euro (Verrechnungsscheck bitte der Anmeldung beilegen).
Nichtmitglieder: 250,– Euro inkl. Kosten für Übernachtung und Verpflegung. Reisekostenzuschüsse werden nicht gewährt.
Das Seminar beginnt am Samstag um 11.00 Uhr und endet am Sonntag mit dem Mittagessen (Abfahrt ab ca. 13 Uhr).
Die Teilnehmer können Sauna und Schwimmbad des Hauses nutzen.
Rückfragen bitte an: Axel Johanßen, Tel. 0 22 61 / 80 76 72, E-Mail: mailbox@johanssen.de.

Abb: The Encyclopaedia of Illustration

nar Hörfunk – Produktion einer Magazinsendung, sie wird gesendet.
ZFP, Wiesbaden. 4. bis 8. Okt. in Berlin: Deutsch-französische Radiowerkstatt: Berlin – arme und ungeliebte Hauptstadt?

Selbst- und Medienmanagement

ABZV, Bonn. 21. bis 23. Sept. in Würzburg: Mitarbeiterführung in der Redaktion.
AFP, Hamburg. 20. / 21. Sept.: Berufsfeld Dozent. 4. / 5. Okt.: Berufsfeld Moderation.
BPB, Wolfenbüttel. 3. bis 5. Okt.: Mit leichter Zunge: Lebendiges Sprechen in Führung und Vortrag.
6. bis 8. Okt.: Unternehmen Ich.
COP, Köln. 17. / 18. Sept.: Traumhaft kreativ – mit Dream-Coaching zu neuen Ideen.
DHA, Dortmund. 15. bis 17. Sept.: Seminare leiten II – Feintuning intensiv. 20. Sept.: Erfolgreich präsentieren. 18. Okt.: Zeit- und Selbstmanagement.
FAZ, Frankfurt/Main. 14. / 15. Sept.: Dialektik für weibliche Führungskräfte. 21. / 22. Sept.: Verhandlungstraining. 21. / 22. Sept.: Aufbaukursus Rhetorik. 28. / 29. Sept.: Business-Etikette und zeitgemäße Umgangsformen. 29. / 30. Sept.: Projektmanagement-Basics. 11. Okt.: Protokoll – der offizielle geschäftliche Umgang. 13. Okt.: Körpersprache.
FUA, Hamburg. 20. Sept.: Förderung von Gründern und Selbständigen durch das Arbeitsamt. 21. Sept.: Beruf Unternehmerin – Vernetzung. 24. bis 26. Sept.: Verhandlungen sicher führen. 4. Okt.: Frei & Profi – Infoabend.
JA, München. 12. / 13. Okt.: Auf die Verpackung kommt es an – (sich) erfolgreich präsentieren. 16. Okt.: Zeitmanagement.
JHB, Hagen. 4. / 5. Okt: Das Statement.
JSR, Essen. 15. Sept.: Rhetorik.
KOMED, Köln. 9. / 10. Okt.: Rhetorik I – Überzeugen in freier Rede.
MH, Hamburg. 11. / 12. Sept.: Sprechtraining.
MKZ, Bad Honnef. 10. bis 12. Sept.: Vorträge und Ansprachen halten. 28. bis 30. Sept.: Vermitteln – schlichten – übereinkommen bei Störungen und kritischen Situationen in der Gesprächsleitung. 1. bis 3. Okt.: Wer, wie, was…? Der, die, das! Von Fragen und Antworten. 16. / 17. Okt.: Berufliche Perspektiven für freie Journalistinnen und Journalisten.
NA, Hamburg. 16. / 17. Sept. in Hamburg: Zeitmanagement – Für mehr Effektivität und Lebensqualität. 23. / 24. Sept. in Berlin: Effektive Meetings – mit aktiven Teilnehmern zum Ziel.
WOMAN, Frankfurt / Main. 23. / 24. Sept.: Selbstmarketing für Medienfachleute.

Volontäre

ABP, München. 27. Sept. bis 8. Okt. in Kulmbach: Grundkursus II Zeitschrift. 4. bis 15. Okt.: Grundkursus I Zeitung.
ABZV, Bonn. 6. bis 17. Sept.: Volontärkurs, Aufbaukurs AK III.
AFP, Hamburg. 27. Sept. bis 22. Okt.: Kompaktkurs für Print-Volontäre.
IFP, München. 10. bis 22. Okt. in Augsburg: Grundkursus I für Volontäre an Tageszeitungen.
JHB, Hagen. 6. Sept. bis 1. Okt. Volontärsseminar. 11. Okt. bis 5. Nov.: Volontärsseminar.

Fotografie

ABP, München. 13. bis 20. Sept.: Fotografieren digital. 29. Sept. bis 1. Okt.: Photoshop. 18. bis 22. Okt.: Fotoreportage.
AFP, Hamburg. 30. Sept. bis 1. Okt.: Pressefotografie I – Einführung in die Digitalfotografie.
Komed, Köln. 10. Sept.: Bildarchivierung für Digitalfotografien. 18. / 25. Sept. und 6. Okt.: Das Portrait in der Fotografie. 23. Sept. / 7. Okt. / 11. Nov. / 16. Dez.: Mappenbetreuung für Studienbewerber der Fotografie.

Film & TV

ABP, München. 20. bis 24. Sept.: Fernsehmoderation und -präsentation.
BPB, Wolfenbüttel. 26. bis 29. Sept.: „Ich verstehe deine Gefühle…“ oder von der Kunst des Dialogs – Autorenarbeit für Soaps.
CMA, Wetzlar. 15. bis 17. Okt.: Basiskursus Regie.
DWH, Hamburg. 24. bis 26. Sept.: Struktur filmischer Erzählungen und Plotentwicklung.
EMA, Berlin. 1. bis 3. Okt.: Von der Idee zum Treatment.
FFFZ, Düsseldorf. 10. / 11. Okt.: TV-Moderation.
FM, Münster. 18. / 19. Sept.: Der Kommentar im Dokumentarfilm. 18. bis 26. Sept.: Masterschool Dokumentarfilm. 9. Okt.: Das Kurzfilmdrehbuch und seine Folgen. 9. / 10. Okt.: Dramaturgie und Produktion von Kurzfilmen.
KOMED, Köln. 15. Sept. bis 15. Dez. (immer mittwochs): Cologne Scripts – Vom Exposé zum Treatment. 18. / 19. Sept.: Grundlagen des Drehbuchschreibens. 25. / 26. Sept.: Drehbuch-Special: Komödie. 9. / 10. Okt.: Grundlagen des Drehbuchschreibens.
MC, Hannover. 20. / 21. Sept.: Interview und Gesprächsführung im Film
MKZ, Bad Honnef. 20. bis 24. Sept.: Rund ums Radio.
MSD, Berlin. 13. Sept. bis 6. Dezember: Von der Idee zum Exposé – Modul 1 (E-Learning).
ZFP, Wiesbaden. 13. bis 17. Sept. in Hannover: Interview. 13. bis 15. Sept. in Wiesbaden: FS Dramaturgie durch Schnitt. 20. bis 24. Sept. in Wiesbaden: Meine Sprache – mein Sprechen. 27. Sept. bis 1. Okt.: Rhetorik für Journalisten. 30. Sept. bis 1. Okt. in Hannover: Dramaturgie der langen Form – Begegnung mit Hartmut Schoen. 7. bis 9. Okt. in Hannover: FS-Wirtschaftsberichterstattung.

Film- & TV-Technik

AFP, Hamburg. 9. / 10. Sept.: Digitaler Videoschnitt (Avid).
BET, Hamburg. 23. bis 25. Sept.: EB-Stereoton. 22. Okt.: Leitungen und Satelliten.
FM, Münster. 13. bis 15. Sept.: Final Cut Videoschnitt. 20. bis 24. Sept.: DVD Studio Pro 2. 1. bis 3. Okt.: Lichtgestaltung im Film – Wochenendseminar. 2. / 3. Okt.: Produktion von Animationsfilmen. 15. bis 17. Okt.: Kameraassistenz.
KOMED, Köln. 13. / 16. / 20. Sept.: Digitaler Videoschnitt – Grundlagen. 23. und 27. Sept.: Digitaler Videoschnitt – Aufbaukurs.
8. Okt.: Baustein 1 – Die elektronische Bildaufzeichnung. 11. Okt.: Baustein 2 – Der Camcorder. 12. Okt.: Baustein 3 – Ton. 13. Okt.: Baustein 4 – Licht und Schatten. 14. Okt.: Baustein 5 – Bildgestaltung und Ästhetik. 15. / 16. Okt.: Baustein 6 – Stoffentwicklung und Realisation.
MC, Hannover. 1. bis 3. Okt.: Tonaufnahme. 8. bis 10. Okt.: Kameraarbeit und Bilddramaturgie – bewegte Kamera. 11. bis 13. Okt.: Lichtgestaltung im Film.
ZFP, Wiesbaden. 8. bis 11. Okt. **in Nürnberg:** FS-Trailer Bildgestaltung – Wirkung durch Schnitt und Montage.

Public Relations

ABP, München. 21. bis 23. Sept.: Public Relations im Internet.
28. bis 30. Sept.: Kreatives Schreiben für Pressestellen.
CMA, Wetzlar. 24./25. Sept.: Presse-arbeit. 8./9. Okt.: Moderation und Veranstaltungsleitung
DEPAK, Berlin. 7./8. Okt.: Überzeugen vor der Kamera.
EMA, Berlin. 16./17. Sept.: Zugang zu den Medien für Beschäftigte kirchlicher Pressestellen.
FAZ, Frankfurt/Main. 22./23. Sept.: Vertriebsunterstützende PR. 23./24. Sept.: Schreiben und Gestalten im Netz. 24. bis 28. Sept.: Entwicklung von PR-Konzeptionen. 29./30. Sept.: Der Geschäftsbericht. 6. bis 9. Okt.: Grundlagen des journalistischen Schreibens. 12./13. Okt.: Stärkere Medienpräsenz durch aktive Presse-arbeit. 12./13. Okt.: Die Mitarbeiter-zeitschrift. 13./14. Okt.: Crashkursus Sponsoring. 14. Okt.: Das Firmenju-biläum. 14. Okt.: Rechtliche Grund-lagen für Öffentlichkeitsarbeiter.
FFFZ, Düsseldorf. 7. Okt.: Fit und kompetent im TV-Interview.
5./6. Reden schreiben
10./11. Dez.: Stimme und Rhetorik
FUA, Hamburg. 17./18. Sept.: Öffent-lichkeitsarbeit für kleine Unternehmen.
JA, München. 27./28. Sept.: Presse-arbeit 1 – so bekommen Sie eine gute Presse. 6. Okt.: Öffentlichkeitsarbeit per Newsletter.
JHB, Hagen. 6. bis 17. Sept.: Volon-tärsseminar für Pressesprecher.
20./21. Sept.: Schreibwerkstatt.
22./23. Sept.: Digitale Pressemappe.
11./12. Okt.: Im Kreuzfeuer der Kritik.
MH, Hamburg. 8. bis 10. Okt.: Pres-se- und Öffentlichkeitsarbeit.
MKZ, Bad Honnef. 12. Okt.: Kamera läuft! Interview, Statements und mehr.
NA, Hamburg. 10. Sept. in **Frank-furt/Main:** Die digitale Pressemappe. 27./28. Sept. in **Hamburg:** Inter-viewtraining und Coaching – Fit für den Medienauftritt. 11./12. Okt. in **München:** Wie es noch besser mit den Medien klappt. 13. Okt. in **Mün-chen:** Digitale Pressebilder.

Mitbestimmung / Bildungsurlaub

IMK, Lage-Hörste. 10. bis 12. Sept.: InDesign 2.0 – Wochenendseminar für Um- und Einsteiger. 12. bis 17. Sept.: Betriebsräte-Grundqualifizie-rung – Soziale Angelegenheit.
19. bis 24. Sept.: „Wir machen unsere Zeitung" – der gestaltende Betriebs-rat, Gestaltung von betrieblichen Infos, Flyern und Zeitungen.
26. Sept. bis 1. Okt.: Argumentieren und verhandeln.
1. bis 3. Okt.: InDesign 2.0 – Wo-chendseminar für Um- und Einsteiger.
11. bis 15. Okt.: Webpublishing I – Grafische Gestaltung mit Dream-weaver und Fireworks.
17. bis 22. Okt.: „Lust auf Betriebsrats-arbeit" – Initiativrechte und Interes-senwahrnehmung.
ver.di, Brannenburg. 12. bis 17. Sept.: Betriebsräte-Grundqualifizierung – Soziale Angelegenheiten. 19. bis 24. Sept.: Personalplanung. 26. Sept. bis 1. Okt.: Betriebsräte-Grundqualifizie-rung – Betriebliche Veränderungspro-zesse. 3. bis 8. Okt.: Rhetorik und Mehr für die Betriebs- und Personal-ratsarbeit – Grundlagenseminar. 17. bis 22. Okt.: Betriebsräte-Grundquali-fizierung – Personelle Angelegenheiten.

Etcetera

APB, Tutzing. 27. Sept. bis 1. Okt.: Europa im Umbruch – Europäische Politik vor Ort erleben. Seminar mit Informationsreise für Politikredakteure in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München und dem Institut für Jour-nalistenausbildung und Kommunika-tionsforschung an der Universität. Tagungsorte: Tutzing und Brüssel.

Kontakt zu den Seminaranbietern

ABP Fon 089 / 49 99 92 – 0, www.akademie-bayerische-presse.de
ABZV Fon 02 28 / 259 00 – 0, www.abzv.de
AFP Fon 040 / 41 47 96 – 0, www.akademie-fuer-publizistik.de
APB Fon 081 58 / 256 – 0, www.apb-tutzing.de.
BPB Fon 018 88 / 51 55 58, E-Mail floeper@bpb.de
CMA Fon 063 31 / 745 95, www.cma-medienakademie.de
COP Fon 02 21 / 739 32 62, www.dreamguidance.de
DEPAK Fon 030/44 72 90, www.depak.de
DGB Fon 023 24 / 50 80, www.hattingen.dgb-bildungs-werk.de
DHA Fon 02 31 / 98 89 00, www.hoerfunkakademie.de
DWH Fon 040 / 390 37 22, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de
EMA Fon 030 / 310 01 – 417, www.evangelische-medienakade-mie.de
FAZ Fon 069 / 75 91 – 20 76, www.seminare-faz-institut.de
FES Fon 02 28 / 883 32 – 5 oder – 6, www.fes.de
FFFZ Fon 02 11 / 45 80 – 250
FM Fon 02 51 / 230 36 21, www.filmwerkstatt.muenster.de bzw. www.masterschool.dokumen-tarfilm.de
FUA Fon 040 / 450 209 – 0, www.Frau-und-Arbeit.de
IFP Fon 089 / 54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
IMK Fon 052 32 – 9 83 – 0, www.imk.verdi.de
JA Fon 089 /167 51 – 06, www.journalistenakademie.de
JHB Fon 023 31 / 365 – 6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon 02 01/ 804 – 19 61 oder 02 01/ 804 – 19 62, www.journalistenschule-ruhr.de.
KLARA Fon 030 / 690 415 85, www.KLARAberlin.de
KOMED Fon 02 21 / 574 33 33, www.komed.de
MC Fon 05 11 / 44 05 00, www.mediacampus.de.
MH Fon 040 / 30 62 31 80, www.medienbuero-hamburg.de
MKZ Fon 022 24 / 955 – 129, www.ksi.de
MSD Fon 030 / 30 87 93 15, www.masterschool.de
NA Fon 040 / 41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de
NPR Fon 030 / 68 30 20 90, www.radiokurse.de.
Tetridia Fon 0821 / 319 80 76, www.shue.de
Ver.di Brannenburg Fon 080 34 / 90 51 41, E-Mail bst.brannenburg@verdi.de
WOMAN Fon 069 / 74 30 98 63, www.womanticker.net
ZFP Fon 06 11 / 59 05 04 00, www.zfp.de

termine

Journalismus

Terrorismus und Medien
BONN. Unter dem Titel Terrorismus und Medien – eine komplexe Bezie-hung veranstaltet die Evangelische Akademie Rheinland einen Kongress vom 6. bis 8. Sept. Anmeldung/Infos: Evangelische Akademie Rheinland, Haus der Begegnung, Mandelbaum-weg 2, 53177 Bonn, Fon: 0228/ 952 30, www.ev-akademie-rheinland.de.

Fränkische Pressetage
TUTZING. Welchen Beitrag können Journalisten zur Entwicklung von Per-spektiven beitragen? Dieser Frage geht die Evangelische Akademie Tut-zing bei den fränkischen Pressetagen „Journalisten als Zukunftsgeber" am 5./6. Oktober nach. Evangelische Akademie Tutzing, Schlossstr. 2+4, 82327 Tutzing, E-Mail: schwane-beck@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de.

Selbstbestimmt sterben
AUGSBURG. Die Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben hat den mit 5.000 Euro dotierten Arthur-Koestler-Preis für Journalisten, Autoren und Schriftsteller ausgeschrieben. Auch Radio- und Internetbeiträge sind zu-gelassen. Sterbehilfe, Sterbebegglei-tung, Sterben und Suizid, kurative versus palliative Medizin, deren Mög-lichkeiten und Grenzen, Lebenswille und Sterbewille sollen sich in den Arbeiten wieder finden. Die Beiträge müssen bis 15. September in zwei-facher Ausfertigung an die Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben (DGHS), Susanne Dehmel, Lange Gas-se 2 – 4, 86152 Augsburg geschickt werden. www.dghs.de.

Stadtleben in der Kurzgeschichte
BERLIN. Das Kulturradio vom RBB und das Literaturhaus Berlin haben den Walter-Serner-Preis 2004 ausge-schrieben. Gesucht werden unveröf-fentlichte Kurzgeschichten, die sich mit dem Thema „Leben in den gro-ßen Städten" beschäftigten, max. 7 Seiten. Der Preis ist mit 2.500 Euro dotiert. Beiträge bis 15. September an den RBB, Kulturradio, Stichwort: Walter-Serner-Preis, Masurenallee 8 – 14, 14057 Berlin. Den Namen des Autors bitte nicht auf dem Manus-kript, sondern auf einem gesonderten Blatt vermerken.

Der Osten hat Energie
BERLIN. Den rasanten Wandel in den neuen Bundesländern haben viele Menschen angenommen und ihre Chancen genutzt. Mit dem Journalis-

tenpreis „Ostenergie" will Vattenfall Europe journalistische Beiträge aus den Bereichen Print und Online auszeichnen, die Geschichten über Menschen in den ostdeutschen Bundesländern entdecken und beschreiben. Erstmals ohne Altersbeschränkung können sich Journalisten mit max. 2 Beiträgen beteiligen. Bewerbungsschluss: 30. September. Der erste Platz ist mit 4.000 Euro, der zweite mit 2.000 Euro und der dritte mit 1.000 Euro dotiert. Kontakt: Vattenfall Europe Mining & Generation, Kommunikation, Stichwort „Journalistenpreis", Chausseestraße 23, 10115 Berlin, E-Mail regina.kordes@vattenfall.de, www.vattenfall.de

Oldenburger Feder 2004
BERLIN. Die Bedeutung von Sport in Wirtschaft und Gesellschaft sollen die Beiträge des von der Oldenburger EWE AG gestifteten Journalistenpreises Oldenburger Feder 2004 behandeln. Die Arbeiten müssen in diesem Jahr bis 15. September 2004 publiziert worden sein und bis 30. September bei der Journalistenschule KLARA eingereicht werden. Der erste Platz wird mit 5.000 Euro, der zweite mit 2.500 Euro, der dritte mit 1.500 Euro und ein Sonderpreis mit 5.000 Euro ausgezeichnet. Kontakt: KLARA – Schule für Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit GmbH Berlin, Ritterstraße 3, 10969 Berlin, Stichwort: Oldenburger Feder 2004, Fon 030/797 42 70, E-Mail info@KLARAberlin.de, www.KLARAberlin.de.

Situation Rheumakranker
BONN. Die Deutsche Rheuma Liga zeichnet Journalisten mit dem Herta Seebaß Medienpreis aus, die die bedrohte Versorgungssituation Rheumakranker durch den Sparzwang im Gesundheitswesen beleuchten. Der Preis in Höhe von 5.000 Euro kann auch geteilt werden. Einsendeschluss: 30. September. Die Beiträge sollen aus den Jahren 2003/2004 stammen. Kontakt: Deutsche Rheuma Liga Bundesverband e.V., Maximilianstraße 14, 53111 Bonn, Fon 0228/76 60 60, Fax 0228/76 60 620, bv@rheuma-liga.de, www.rheuma-liga.de

Jugend

DGB-Jugend Herbstakademie
FLECKEN ZECHLIN. Die diesjährige Herbstakademie von DGB-Jugend und attac unter dem Titel „Das ‚neue' Europa: Privatbesitz – Betreten verboten?" beschäftigt sich vom 29. September bis 3. Oktober in Vorträgen und Workshops mit den aktuellen Veränderungen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Prozess der europäischen Vereinigung. In der Teilnahmegebühr (30 Euro) ist die Vollverpflegung enthalten, für Gewerkschaftsmitglieder werden die Reisekosten übernommen. Infos: www. attacberlin.de/herbstakademie.o.html oder www.dgb-jugend.de/herbstakademie, DGB Berlin-Brandenburg, Abt. Jugend, Daniel Wucherpfennig, Fon 030/212 40–312, E-Mail: daniel.wucherpfennig@berlin-brandenburg.dgb.de

Varia

Colloquium für Nachwuchsillustratoren
WOLFENBÜTTEL. Vom 5. bis 7. Sept. veranstaltet die Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel ein Colloquium für junge Illustratorinnen und Illustratoren. Im Mittelpunkt des Workshops steht die theoretische wie praktisch-ästhetische Auseinandersetzung mit Arbeitsweisen, Techniken, Stilen, Themen, mit dem Verhältnis der eigenen Arbeit zum medial-künstlerischen Umfeld. Info: Bundesakademie für kulturelle Bildung, Postfach 1140, 38281 Wolfenbüttel, Fon 053 31/ 80 84 18, www.bundesakademie.de

Recherchereise Israel
BONN. Die ursprünglich Mitte Oktober geplante Jugendpresseclub-Recherchereise „Jugend" und „Medien" nach Israel ist verschoben und findet jetzt vom 4. bis 10. Nov. statt. Besucht werden Haifa, Tel Aviv und Jerusalem. Die teilnehmenden Journalisten treffen Lehrer, Sozialarbeiter, Politiker, Künstler, Journalisten und vor allem viele Jugendliche. Die Reise wird vom Bundesjugendministerium gefördert. Der Eigenbeitrag beträgt 375 Euro für JPC-Mitglieder und 425 Euro für Nicht-Mitglieder zzgl. 20 Euro Reiserücktrittsversicherung. Anmeldung bis 19. Sept. Teilnahmeformulare: Jugendpresseclub e.V. (JPC), Lennéstr. 42, 53113 Bonn, Fon: 0228/21 77 86, Fax: 21 39 84, E-Mail: buero@jugendpresseclub.de, www.jugendpresseclub.de

Film

12. Feminale
KÖLN. Einen dokumentarischen Leckerbissen präsentiert das Internationale FrauenFilmFestival, die 12. Feminale, vom 6. bis 10. Oktober in Köln. In der Reihe „Pionierinnen des ethnologischen Films" werden die Werke von fünf Vertreterinnen diese Genres, von den 20er Jahren bis in die Gegenwart, erstmals in einer Filmreihe vorgestellt. Gezeigt werden Arbeiten von Margaret Mead, Zora Neale Hurston, Melissa Llewelyn-Davis, Judith MacDougal und Jean Lydall, die als Gast bei der Feminale erwartet wird. Feminale e.V., Maybachstraße 111, 50670 Köln, Fon 0221/130 02 25, www.feminale.de, E-Mail: info@feminale.de

Recht auf humanes Sterben
AUGSBURG. Die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) hat den Filmpreis „Lebensuhr" für Fernseh- und Filmschaffende ausgeschrieben. Ausgezeichnet wird eine Produktion, die sich in herausragender Weise mit den Themen Selbstbestimmung bis zum Lebensende, Sterbebegleitung und -hilfe, humanes Sterben und Freitod befasst. Zugelassen sind alle Filmsparten, auch ältere Film-Produktionen mit einem aktuellen Zeitbezug. Der Sieger erhält eine Urkunde und eine wertvolle Taschenuhr. Kontakt: DGHS, Lange Gasse 2–4, 86152 Augsburg, Fon 0821/ 50 23 50, Fax 0821/502 35 55, E-Mail info@dghs.de, www.dghs.de

Faszinierende Filmmusik
BADEN-BADEN. Der Südwestfunk vergibt den mit 10.000 Euro dotierten Rolf-Hans-Müller-Preis an junge Komponistinnen und Komponisten. Die Mindestlänge sind 25 Minuten, zugelassen sind Fernsehfilme, Fernsehserien, Dokudramen, die in der Zeit von Dezember 2002 bis November 2004 fertiggestellt wurden. Vorschlagsberechtigt sind Fernsehsender, Filmproduzenten, Film- und Fernsehhochschulen sowie vergleichbare Einrichtungen. Einsendeschluss: 15. September. Die Beiträge müssen als VHS-Stereo-Kopie des fertiggestellten Films mit Produktionsangaben, Biographie und Filmographie des Komponisten beim Südwestfunk, FS-Musik, z. H. Harald Letfuß, Haus Quettig, 76530 Baden-Baden eingereicht werden. www.SWR.de/rhm-preis.de

Junge Dokumentarfilmer gesucht
LEIPZIG. Im Rahmen des „Internationalen Leipziger Festivals für Dokumentar- und Animationsfilm" wird in diesem Jahr erstmals ein Preis für junge Dokumentarfilmer vergeben. Der Nachwuchs-Förderpreis ist mit 10.000 Euro dotiert und dient zur Anschubfinanzierung für das neue Werk des jungen Regisseurs. Informationen: www.dokfestival-leipzig.de

Fußball und Kultur
BERLIN. Beim Kurzfilmwettbewerb Berlinale Talent Campus 2005 sind weltweit alle Filmemacher angesprochen, die ihre Leidenschaft fürs Filmemachen mit der für den Fußball und den Spaß an der jeweiligen Fußballkultur ihres Landes verbinden möchten. Die Gewinner werden zum Berlinale Talent Campus vom 12. bis 17. Februar 2005 und zum Kulturprogramm der FIFA WM 2006 eingeladen.

Anzeige

Wie schließen Sie Ihre Versorgungslücke?

Ich berate Sie individuell bundesweit über:
- Künstlersozialkasse
- Altersversorgung für Medien-, Werbe- und Filmschaffende
- Versorgungswerk der Presse
- steuerbegünstigte Entgeltumwandlung

Michael Weber
Geprüfter Versicherungsfachmann (BWV)
Versicherungsfachbüro für Kommunikationsberufe
Generalvertretung der
Allianz Lebensversicherungs-AG
Spezialorganisation
Kardinal-Wendel-Str. 55, 67346 Speyer
Tel. 0 62 32 / 7 84 56
Fax 0 62 32 / 7 29 70
E-Mail: michael.weber@allianz.de

Allianz

Bewerbungsschluss: 15. September. Bewerbung über Anmeldeformular auf den Websiten www.berlinale-talentcampus.de/football oder www.berlinale-talentcampus.de

Rundfunk

Total Lokal
LUDWIGSHAFEN. Die Landeszentrale für private Rundfunkanstalten Rheinland-Pfalz hat zum 13. Mal den Förderpreis für Offene Kanäle in ihrem Bundesland ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden OK-Beiträge, die zum Thema „Total Lokal" die Bedeutung der Offenen Kanäle in der regionalen und lokalen Berichterstattung zeigen. Vergeben werden Geldpreise bis zu einer Höhe von 5.000 Euro. Bis 31. Oktober zu bewerben bei der Landeszentrale für private Rundfunkveranstalter, Turmstraße 10, Postfach 21 72 63, 67072 Ludwigshafen. www.lpr-online.de, Dr. Joachim Kind, LPR-Pressesprecher, Fon 0621 / 520 22 06, E-Mail: mail@lpr-online.de.

Radio-Stipendium
BERLIN. „Start up" ist der Name des Hans-Nerth-Radio-Stipendiums, das unter der Federführung der Feature-Abteilung RBB zum dritten Mal für Autoren im deutschsprachigen Raum ausgeschrieben wird. Die Höhe des Stipendiums beträgt 5.000 Euro für die Feature-Projekte. Mit der Annahme des Stipendiums verpflichten sich die Stipendiaten zur Abgabe einer produktionsreifen Vorlage. Die Erstausstrahlungen beider Sendungen erfolgen im Rahmen der Möglichkeiten von RBB und ORF. Eingereicht werden können Manuskriptentwürfe oder Exposés (nicht länger als vier Seiten), erläuternde Produktionsskizzen bzw. Tonaufnahmen, aus denen die Thematik, aber auch formale Absichten hervorgehen. Bewerbungsschluss: 15. Oktober 2004 beim RBB, Feature-Abteilung Hörfunk, Masurenallee 8–14, 14057 Berlin.

Fotografie

Fotowettbewerb Umwelt
BARCELONA / NAIROBI. Zum Internationalen Tag der Umwelt in Barcelona ruft UNEP, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen seinen vierten internationalen Fotografie-Wettbewerb aus. Der Wettbewerb läuft bis zum 24. Oktober 2004 und steht allen Nationen und Altersgruppen offen. Der Gewinner der allgemeinen Kategorie, die für jeden über 25 Jahre offen ist, erhält den „Gold Preis", einen Geldpreis in Höhe von 20.000 US Dollar. Genaue Angaben zu den Regeln des Wettbewerbs sowie ein Teilnahmeformular unter: www.unep-photo.com.

Varia

Thüringen lebenswert
ERFURT. Der „Yougend Medien Preis" wird in den vier Kategorien Print, Audio, Multimedia, Visuell zum Thema „Thüringen lebenswert" ausgeschrieben. Bewerben können sich Kinder und Jugendliche im Alter von 13 bis 21 Jahre. Einsendeschluss ist der 30. September 2004. Kontakt: Landesjugendring Thüringen e.V., Yougendmedienpreis, Postfach 10 10 39, 99010 Erfurt, www.yougend.com

Duden sucht den Nachwuchs
ESSEN. Junge Journalisten und Studenten bis zum Alter von 21 Jahren können sich für die 2. Duden open des Dudenverlags bewerben, die am 15. September starten. Interessenten können sich bereits jetzt online eintragen. Alle Teilnehmer erhalten ein Buchpräsent und während des Wettbewerbszeitraumes einen kostenlosen Zugang zum Profi-Rechercheinstrument www.xipolis.net im Wert von 250 Euro. Die zehn Besten spielen bei der Endausscheidung um zwei- und vierwöchige Praktika bei verschiedenen Medien. www.duden-open.de.

Neu im Netz

www.waechterpreis.de
Der „Wächterpreis der Tagespresse", ausgelobt von der Stiftung „Freiheit der Presse" ist einer der wichtigsten journalistischen Auszeichnungen im deutschsprachigen Raum. Unter www.waechterpreis.de hat Prof. Dr. Johannes Ludwig von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg eine Internetseite eingerichtet, auf der nicht nur die ausgezeichneten Arbeiten dokumentiert, sondern unter anderem auch die Recherchewege beschrieben, Reaktionen und langfristige Folgen der Veröffentlichungen dokumentiert werden sollen.

www.bildungsklick.de
Das Informationsportal veröffentlicht Pressemitteilungen, einen eigenen Themendienst, einen Newsticker sowie einen Terminkalender zu Bildung.

leute

Thomas Berbner, zuletzt Fernsehkorrespondent für das ARD-„Morgenmagazin" in Washington, löst dort zum 1. September als ARD-Fernsehkorrespondent **Patricia Schlesinger** ab, die beim NDR in Hamburg die Leitung der Fernseh-Auslandsredaktion im Bereich Zeitgeschehen übernimmt.

Florian Boitin, Creative Director von Maxim, wurde zusätzlich zum stellvertretenden Chefredakteur berufen.

Lars Brandau und **Christoph Teuner** rückten bei n-tv zu Chef-Moderatoren auf.

Ekkehard Brandhoff, Arzt und, als zeitweiliger Moderator für das ZDF, verstärkt das Redaktionsbüro Dr. Kaske, das auf die Berichterstattung zum Thema Gesundheit spezialisiert ist.

Martin Buttmann, bisher freier Autor und Reporter für die „Bunte", wird stellvertretender Chefredakteur des Frauenmagazins Amica.

Klaus Commer, seit drei Jahrzehnten Hochschulredakteur und zuletzt Sprecher der Universität Dortmund, ist während seiner Altersteilzeit als freier Journalist tätig. Neuer Pressesprecher der Uni Dortmund ist **Ole Lünnemann**.

Heike Dierbach, bisher Pressesprecherin von Greenpeace, verließ die Organisation und wirkt jetzt als freie Journalistin in Hamburg.

Claus Eilrich, bis August 2003 Sprecher der IG Metall und Chefredakteur der Gewerkschaftspublikationen wird Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Peking.

Christine Ellinghaus, Chefredakteurin von Maxi (Bauer Verlagsgruppe), folgt im Dezember 2004 als Chefredakteurin von Woman (G + J) auf **Karsten Flohr**, dessen Aufgaben vorerst von der stellvertretenden Chefredakteurin **Ulrike Fischer** kommissarisch übernommen werden. Neuer Chefredakteur von Maxi und des Magazins shop & style wird der bisherige Vize-Chefredakteur **Stephan Schäfer**.

Stephan Haselberger, zuletzt bundespolitischer Korrespondent der Welt, wechselt in das Parlamentsbüro des Tagesspiegel (Berlin).

Christoph Hauser, bislang beim SWR Hauptabteilungsleiter Fernsehen / Kultur, wird in der Nachfolge von **Victor Rocaries** Programmdirektor von ARTE.

Dietrich Holler, bislang Redakteur bei der Lebensmittel Zeitung, folgt als Chefredakteur des Ernährungsdiensts (Deutscher Fachverlag) auf **Bernd Springer**, der Chef vom Dienst der Agrarzeitung wird.

Gabriele Holzner, bisher beim Hessischen Rundfunk Leiterin der Fernsehredaktion in Wiesbaden, übernimmt die Leitung der Nachrichtensendung „hessen aktuell" von **Jörg Rheinländer**, der zum 1. Oktober Fernseh-Chef im Studio Kassel wird.

Peter Kloeppel, Moderator von „RTL aktuell", löst als Chefredakteur des Senders **Hans Mahr** ab. Informationsdirektorin wird **Ingrid Haas**.

Wolfgang Koser, bisher Chefredakteur von Internet Professionell (VNU Business Publications), übernimmt bei PC-Welt (IDG Magazine Verlag) die neu geschaffene Position eines Stellvertreters des Chefredakteurs. **Andreas Perband**, zuletzt Ressortleiter Software des Computermagazins, wird stellvertretender Chefredakteur.

Ulrich Krenn, bislang Chefredakteur von werben & verkaufen, verlässt „aufgrund von unterschiedlichen Auffassungen über die künftige Ausrichtung von w&v" den Europa-Fachpresse-Verlag.
Die kommissarische Leitung übernimmt der stellvertretende Chefredakteur **Hanspeter Heckel**.

Jochen Kummer, langjähriger diplomatischer Korrespondent der Welt am Sonntag, scheidet mit Erreichen des Pensionsalters aus und wird für den Verlag als freier Autor tätig sein.

Thomas Künzel, zuletzt Redakteur der Financial Times Deutschland, löst zum 1. Oktober als Chef vom Dienst von Brigitte und Brigitte Young Miss **Detlev Heinke** ab, der in den Ruhestand geht.

Der Wissenschaftsjournalist **Dirk Lorenzen** (Hamburg) wurde zum Schriftführer der Wissenschafts-Pressekonferenz gewählt und ist damit auch Mitglied des Vorstands. Dem Beirat gehören Dr. **Ellen Norten**, **Jean Pütz** und Dr. **Norbert Lossau** an.

Egon Mayer, beim SWR Programmkoordinator und stellvertretender Fernsehdirektor in Baden-Baden, wurde in der Nachfolge von **Kurt Stenzel** zum Vorsitzenden des Hauses des Dokumentarfilms in Stuttgart gewählt.

Kurt-Ulrich Mayer wurde als Präsident des Medienrats der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) wiedergewählt. Stellvertreter ist **Uwe Grüning**, bisher Landtagsabgeordneter der CDU. Mitglieder des Medienrats sind außerdem **Christoph Degenhart**, Medienrechtler an der Universität Leipzig, **Ursula-Marlen Kruse**, stellvertretende GEW-Vorsitzende, und der frühere SPD-Landtagsabgeordnete **Karl-Heinz Kunckel**.

Michael Mross, Autor und Journalist für Wirtschaftsthemen, moderiert neuerdings Beiträge für N24 und berichtet für CNBC Europe (Frankfurt) über den deutschen Markt.

Dr. **Thomas Negele** wurde in der Nachfolge von **Steffen Kuchenreuther** zum Präsidenten des Hauptverbands deutscher Filmtheater gewählt.

Kirsten Niehuus, Stellvertreterin des Vorstands der Filmförderanstalt (FFA) und Vizepräsidentin des europäischen Filmförderfonds Eurimages, wird in der Nachfolge von **Klaus Keil** zum 1. November Geschäftsführerin der Filmförderung Berlin-Brandenburg.

Christian Personn wurde Chefredakteur der Zeitschrift „Frau von Heute" (ASV), der er zuletzt bereits kommissarisch vorstand.

Angelika F. Pfalz, freie Wirtschaftsjournalistin in Hamburg mit den Themen Schifffahrt, Werften, Fischerei und Seeverkehrswirtschaft, übernimmt für ein halbes Jahr eine Vertretung in der Redaktion der entwicklungspolitischen Zeitschrift „Der Überblick".

Christian Reiermann, bisher Korrespondent im Berliner Büro des Spiegel, wird zum 1. Oktober Ressortleiter Politik der Welt am Sonntag.

Bettina Reitz, Leiterin des Programmbereichs Spiel-Film-Serie beim BR, folgte in der ARD-Gemeinschaftsredaktion Vorabend auf Dr. **Stephanie Heckner** vom BR.

Ulrich Reitz, bisher Chefredakteur der Rheinischen Post (Düsseldorf), löst als Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (Essen) **Uwe Knüpfer** ab.

Dietmar Riemer, zuletzt Korrespondent für den NDR im ARD-Hauptstadtstudio, übernahm die NDR-Studioleitung von **Jens-Peter Marquardt**, der Leiter der Programmgruppe Politik und Aktuelles bei NDR Info in Hamburg wurde. Riemer ist zugleich Sprecher der ARD-Hörfunksender im Berliner Studio.

Thorsten Schaubrenner, bisher Autor und Reporter beim ZDF-Landesstudio Hamburg, präsentiert in der Nachfolge von **Thomas Kausch**, der als News-Präsentator zu SAT.1 wechselte, alternierend mit **Caroline Hamann** die ZDF-Nachrichtensendung „heute nacht".

Norbert Schneider wurde als Direktor der Landesanstalt für Medien in Düsseldorf für eine dritte Amtszeit gewählt.

Ralf Scholt, Sportreporter beim WDR und einer der Moderatoren der „ARD-Sportschau-live", folgt zum 1. Dezember als Sportchef des HR auf **Jürgen Emig**, der das Amt im März niederlegte. Gegen ihn wird wegen des Verdachts der Bestechlichkeit ermittelt.

Christoph Scholze ist alleiniger Chefredakteur der Computerzeitschrift PC Professionell (VNU Business Publications); der bisherige zweite Chefredakteur **Franz Neumeier** übernahm die Entwicklung neuer Print- und Online-Projekte auf nationaler und europäischer Ebene.

Klaus Schrotthofer, früher stellvertretender Chefredakteur der Berliner Zeitung, zuletzt Sprecher von Ex-Bundespräsident Johannes Rau, folgt als Chefredakteur der Westfälischen Rundschau (Dortmund) auf **Frank Bünte**, der zum Jahresende in den Ruhestand tritt.

Harald Schumann, der den Spiegel im Dissens verließ, wird im Oktober Redakteur beim Tagesspiegel (Berlin).

Dr. **Susanne Stracke-Neumann**, die das dju-Projekt „Hochschulkontakte" von ver.di leitete, ist jetzt Pressesprecherin des neu gegründeten BUSO – Bund Solardach e.G. in Berlin.

Petra Urban, bisher Account Manager bei news aktuell in Hamburg, wurde Leiterin des Berliner Büros der dpa-Tochter.

Eva Wannenmacher, bisher im Moderatorenteam von „Kulturzeit" (3sat), wird Redakteurin und Moderatorin beim Magazin „Kulturplatz" im Schweizer Fernsehen. Das Wissensquiz „Denkmal" auf 3sat moderiert sie weiterhin. Nachfolgerin bei „Kulturzeit" wird **Andrea Meier**, zuletzt Moderatorin des 3sat-Magazins „schweizweit".

Valerie Weber, bisher Programmleiterin bei Hit-Radio Antenne 1 in Baden-Württemberg, folgte als Programmdirektorin von Antenne Bayern auf **Stephan Offierowski**. **Tanja Hugger**, zuletzt Moderatorin bei Radio Charivari in Regensburg, löste als Korrespondentin für Antenne Bayern im Raum Niederbayern und Oberpfalz **Edmund Soutchek** ab.

Severin Weiland, politischer Korrespondent im Hauptstadt-Büro von Spiegel Online, wurde zum stellvertretenden Büroleiter in Berlin bestellt.

Ulrich Wickert, Moderator der ARD-„Tagesthemen", wird Honorarprofessor an der Hochschule Magdeburg-Stendal im Studiengang Journalistik / Medienmanagement.

ZDF-Fernsehrat: **Ruprecht Polenz**, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Münster, wurde als Vorsitzender des Gremiums wiedergewählt. Stellvertreter sind Prof. Dr. **Maria Böhmer**, Dr. **Angelika Zahrnt** und **Roland Issen**. Zur Schriftführerin wurde Dr. **Angelika Niebler**, als deren Stellvertreter **Olaf Scholz** berufen.

Abschied von Heike Struck

Es war in den Studentenstreiks an den Hamburger Hochschulen, damals im Winter 1988 / 1989. Die studentischen Basisgruppen besetzten den gesamten Uni-Campus. Die Hochschul-Verwaltung wurde blockiert und selbst der Präsident der Universität musste ausziehen. Die studentischen Aktivisten hatten sein Büro besetzt und nächtigten 14 Tage in seinem Arbeitszimmer. Inmitten dieses bunten Treibens engagierte sich die damalige Studentin Heike Struck.

In dieser Zeit lernte ich sie kennen und schätzen. Denn auf Heike war immer Verlass. Dank ihrer Hilfe und natürlich vieler Anderer konnten die Besetzungen über Wochen hinweg aufrechterhalten werden.

Später begegneten wir uns wieder in der Ortsgruppe der dju-Hamburg. Auch hier brachte sie sich mit viel Engagement ein. Heike hatte gute Ideen: Auf ihre Initiative hin kam eine Dokumentation über die Verletzungen der Pressefreiheit durch den Schwarz-Schill-Senat zustande.

Auch ihre letzte Idee, in Hamburg eine öffentliche Debatte über ein neues Zeitungsprojekt zu starten, nahmen wir begeistert auf. Als sie ihre Vorrecherchen auf der Vorstandssitzung im Juni vortrug, beschlossen wir sofort, dies als einen Arbeitsschwerpunkt im zweiten Halbjahr 2004 anzugehen. Zu der letzten Sitzung des Vorstands kam Heike nicht. Sie hatte sich zwei Tage zuvor das Leben genommen. Es war der 13. Juli 2004. Sie wurde 37 Jahre alt.

Karl Schaaf

preise

Der Alternative Medienpreis wird u.a. von der Nürnberger Medienakademie und dem Radiosender Z vergeben. Die Preisträger 2004 – Sparte Internet: 1. Preis: Online-Wissenschaftsmagazin Morgenwelt (Berlin), 1996 gegründet von dem Wissenschaftsjournalisten **Volker Lange**; 2. Preis: Literaturcafe.de; 3. Preis: Mediendatenbank Dataspace (nadir.org / dataspace). Sparte Radio: 1. Preis: **Mareike Maage** und **Caroline Melerski** für „Das Denken und sein Staat" (experimentelles Radio bauhaus.fm, Weimar); 2. Preis: **Dirk Peters** und **Hellmuth Stamm** für „Miese Entertainer" (Radio gAZelle, Wuppertal); 3. Preis: **Thies Marsen** für „Antirassistisches Grenzcamp Köln" (BR Zündfunk, München).

Babelsberger Medienpreise 2004 – Dokumentarfilmpreis des RBB / Förderpreis für den besten Absolventenfilm im Dokumentarfilmbereich (18.000):

Mark Wittek (Kunsthochschule für Medien Köln) für „A Área – Das Gebiet"; Förderpreis Spielfilm (18.000): **Maren Ade** (HFF München) für „Der Wald vor lauter Bäumen"; Erich-Kästner-Fernsehpreis für das beste deutschsprachige Kinder- und Jugendprogramm (25.500): **Susanne Seidel** für den Animationsfilm „Pantoffelhelden" (WDR).

Die Badische Zeitung gewann den mit 10.000 dotierten Ernst-Schneider-Medienpreis 2004 der Industrie- und Handelskammern für regionale Tageszeitungen in der Sparte Wirtschaftberichterstattung. Der Förderpreis wurde nicht vergeben.

Neelesha Barthel erhielt für ihren Dokumentarfilm „Fifty Fifty" den mit 500 dotierten Nachwuchspreis 2004 des Journalistinnenbundes.

Christian Baumeister erhielt für seinen Film „Viva Vikunja – Die Kamele der Anden" (ZDF) beim Festival de l'oiseau et de la nature in Abbeville / Frankreich den Special Jury Prize und den Public Prize. Der Environment Prize ging an **Lothar Frenz** für „Beuteltiger – verzweifelt gesucht" (ZDF).

Achim von Borries wurde für seinen Spielfilm „Was nützt die Liebe in Gedanken" in der Sparte Regie mit dem new faces award der „Bunten" in Höhe von 10.000 ausgezeichnet.

Deutscher Kamerapreis 2004 – Kamera: **Rainer Klausmann** für den Kinospielfilm „Gegen die Wand"; **Hannes Hubach** für den Fernsehfilm „Zwischen Nacht und Tag"; **Silvio Helbig** für den Kurzfilm „Transport"; **Bernd Umbreit** für die Reportage „Sam und Tim – geboren an der Grenze zum Leben"; **Sorin Dragoi** für den Dokumentarfilm „Paraiso". Schnitt: **Christel Suckow** für den Fernsehfilm „Kalter Frühling"; **Markus C. M. Schmidt** für den Dokumentarfilm „Heirate mich". Förderpreise: **Florian Schilling** für die Kamera in dem Kurzfilm „Das verräterische Herz"; **Philipp Schäfer** für den Schnitt des Kurzfilms „Mia". Ehrenkameramann: **Xaver Schwarzenberger**.

Den Deutschen Kinderhörspielpreis, vergeben von der Filmstiftung NRW und der Stadt Wuppertal, gewann **Stefan Hardt** für „Einfach Schnickschnack" (nach Texten von Daniil Charms, HR / NDR). Der Preis der Kinderjury ging an „Mascha und Mucks, die Mäuseprinzessin" (DLR) von **Gabriele Neumann**.

Deutscher Sozialpreis 2004 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (insgesamt 15.000) – Sparte Print: **Beate Lakotta** für den Beitrag „Noch mal Leben vor dem Tod" („Spiegel"); Sparte Fernsehen: **Heike Raab** für die Dokumentation „Fortsetzung folgt: Lukas bei den Wikingern – Familie Merten wandert aus" (Kinderkanal / RBB); Sparte Hörfunk: **Karla Krause** für „Liebe, die um Abschied weiß" (DLR / BR).

Deutsch-Französischer Journalistenpreis 2004 (je 6.000) – Fernsehen: **Caterina Woj** für „Vergeltung an deutschen Kriegsgefangenen" (MDR); Hörfunk: **Emmanuel Laurentin** und **Véronik Lamendour** für „Fassaden-Lesen in Berlin" (France Culture); Printmedien: das „SZ-Magazin" für ein Frankreich-Heft; Internet: **Christiane Baumann** für die Webseite boeser-wolf.schule.de; Nachwuchspreis: **Marcela Drumm** (WDR); Ehrenpreis: Dr. **Jean-Paul Picaper**, langjähriger Deutschland-Korrespondent von „Le Figaro", für die Gründung des Internet-Magazins „Airbag Magazine".

Deutsch-Polnischer Journalistenpreis 2004 (je 2.500) – Print: **Magdalena Grzebalkowska** und **Bogdan Kunach** (Gazeta Wyborcza); TV: **Ute Badura** (NDR); Hörfunk: **Stephanie von Oppen** (SWR).

dpa-Bild des Jahres 2003 – 1. Preis: **Maurizio Gambarini** (Hamburg); 2. Preis: **Federico Gambarini** (Düsseldorf); 3. Preis: **Andreas Altwein** (Berlin). Der Wettbewerb war mit insgesamt 6.000 dotiert.

Der Egon Erwin Kisch-Preis für die besten deutschsprachigen Print-Reportagen wird vom Stern vergeben. Die diesjährigen Preisträger – 1. Preis (10.000): **Ullrich Fichtner** (Spiegel) für „Das letzte Gefecht"; 2. Preis (7.500): **Harald Martenstein** (Tagesspiegel) für „Siegfrieds Erbin"; 3. Preis (5.000): **Matthias Geyer**, **Horand Knaup**, **Hartmut Palmer** und **Gerd Rosenkranz** (Spiegel) für „Schröders Spiel".

„Emma-JournalistInnen"-Preis 2004 – 1. Preis (3.000): **Sabine Riedel** für „Vom krümelfreien Alltag der Galina Stepanowna. Eine Geschichte aus St. Petersburg" (NZZ); 2. Preis (1.500): **Nina Poelchau** für „Pech und Schwefel. Geschichte einer Ehehölle" (SZ-Magazin); 3. Preis (1.000): **Karin Ceballos Betancur**: „Ingrid Betancourt – Kolumbiens Jeanne d'Arc" („SternBiografie"). Den Sonderpreis für männliche Journalisten (1.000) teilen sich **Roland Bäurle** (SZ-Magazin), **Kai Strittmatter** (SZ-Magazin) und **Tobias Kniebe** (Neon).

Der Europäische Private Equity Award wird von dem Finanzdienstleister Adveq-Gruppe (Schweiz) ausgelobt. Preisträger 2004 für Beiträge in deutscher Sprache – 1. Preis (5.000): **Walther Becker**, Reporter bei der Börsen-Zeitung; 2. Preis (2.000): **Andreas Uhde**, freier Mitarbeiter beim Venture Capital Magazin; 3. Preis (1.000): Dr. **Lutz Frühbrodt**, Redakteur bei der Welt.

Tim Fehlbaum (HFF München) erhielt für seinen Kurzfilm „Für Julian" den Shocking Shorts Award 2004, der vom Kanal 13th Street vergeben wird und zur Teilnahme am Universal Studios Filmmasters-Program in Hollywood berechtigt.

Fernsehwettbewerb LiteraVision 2004 der Landeshauptstadt München – Sparte Autorenporträts (5.000): **Ludwig Metzger** für den Dokumentarfilm „Hier Himmel – Agjala Veteranyi" (WDR / SF DRS / ARTE); Sparte Magazinbeiträge (5.000): **Julia Benkert** für ihren Beitrag über den fränkischen Schriftsteller Fitzgerald Kusz und sein Buch „Wouhhii" (BR Lesezeichen).

14. FilmKunstFest Schwerin – Hauptpreis (7.500): „Hurensohn" von **Michael Sturminger**; NDR-Regiepreis (5.000): „Strähl" (ZDF / ARTE / SF DRS / Teleclub) von **Manuel Flurin Hendry**; Publikumspreis (je 1.250): „Fremder Freund" (ZDF) von **Elmar Fischer** und „Muxmäuschenstill" von **Marcus Mittermeier**; Preis „Der Findling" (undotiert): „Mondlandung" von **Till Endemann**; Kurzfilm (4.000): „Zur Zeit gestorben" von **Thomas Wendrich**; Förderpreis (2.500): **Alla Churikova** für den Zeichentrickfilm „Die Eisbaderin". Ehrenpreis: **Götz George**.

Andreas H. Fritzsche, Chefredakteur von maxima – mir geht's gut (Mitgliederzeitschrift der BBK Hoechst), erhielt für journalistische Beiträge zum Thema Suchterkrankungen den Tönissteiner Medienpreis 2004, der von der Fachklinik Bad Tönisstein (Andernach) ausgelobt wird.

Mit einer „Goldenen Feder" der Verlagsgruppe Bauer wurden u. a. ausgezeichnet – Print: Dr. **Frank Schirrmacher**, Publizist und FAZ-Herausgeber; TV / Dokumentation: Prof. Dr. **Guido Knopp**, Publizist und Leiter der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte; Ehrenpreis: **Alice Schwarzer**, Journalistin und Herausgeberin von Emma.

Grimme Online Award 2004 – Kategorie TV: die Websites „Planet Wissen" (WDR / SWR / BR-alpha), „Stauffenberg – Der Film" (SWR) und „Verkehrsunfälle – das verdrängte Massensterben" (BR-Online). Kategorie Web-Media: die Websites der Filme „Ersin und Börek Show" und „Poem". Kategorie Medienjournalismus: das Online-Magazin „Die Gegenwart". Intel Publikumspreis: die Website „Gute Zeiten, schlechte Zeiten" (RTL).

Der Schriftsteller **Gert Heidenreich** wurde als „herausragender freier Mitarbeiter" mit der goldenen Ehrenmedaille des BR ausgezeichnet.

Der Herbert-Quandt-Medienpreis 2004, für „herausragende und allgemein verständliche Beiträge über Marktwirtschaft" von der Johanna-Quandt-Stiftung vergeben und mit insgesamt 50.000 ausgestattet, ging an **Uwe Jean Heuser** und **John Jungclaussen** (Die Zeit), **Sylvia Liebsch** (WDR), **Jürgen Salz** und **Harald Schumacher** (Wirtschaftswoche) sowie **Rüdiger Baumann** (BR).

Oliver Herrmanns Stummfilm „Le Sacre du Printemps" (ZDF Theaterkanal u. a.) mit der Musik von Igor Strawinsky wurde beim Beverly Hills Film Festival als bester ausländischer Film prämiert.

Hans Hoffmeister, Chefredakteur der „Thüringischen Landeszeitung", wird für seine journalistischen Verdienste um die deutsch-polnische Zusammenarbeit sowie soziale Tätigkeiten in Krakau und Kleinpolen mit dem Offizierskreuz des Verdienstordens der Republik Polen ausgezeichnet.

Dr. **Gisbert Hohagen** erhielt für seine Arbeit „Die Freiheit der Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch" den mit 5.000 dotierten Heinrich-Hubmann-Preis, den die VG Wort alle zwei Jahre vergibt.

Huang Qi, der seit vier Jahren inhaftiert ist, weil er auf seiner Website die chinesische Regierung kritisiert hatte, wurde mit dem Preis „Freiheit im Internet" von Reporter ohne Grenzen ausgezeichnet.

19. Internationales Dokumentarfilmfestival München – Dokumentarfilmpreis des BR (10.000): „Die Spielwütigen" von **Andreas Veiel** (Deutschland); Festivalpreis für den besonderen Dokumentarfilm (2.500): „Mahssomim – Checkpoint" von **Yoav Shamir** (Israel); FFF-Förderpreis Dokumentarfilm (je 2.500): „Über Stock und Stein" von **Kai Schröter** und **Jens Utzt** sowie „Am Arsch der Welt" von **Claus Strigel**; Avid Förderpreis: „Über Stock und Stein".

Beim Internationalen TV-Festival in Monte Carlo wurde die Spiegel TV-Reportage „In Gottes Namen – die Rekruten des Heiligen Krieges" als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet. Beste Schauspielerin: **Jeanette Hain** in „Die Frau des Architekten" (MDR).

Journalistenpreis der deutschen Zeitungen / Theodor-Wolff-Preis 2004 des Bundesverbands deutscher Zeitungsverleger (BDZV) – Kategorie Leitartikel / Kommentar / Essay: **Jochen-Martin Gutsch** für „Zukunft ist für alle gut" (Berliner Zeitung); Kategorie Allgemeines: **Andrea Böhm** für „Die verratenen Brüder" (Die Zeit) und **Thomas Delekat** für „Daddy! I love you!" (Die Welt); Kategorie Lokales: **Barbara Hardinghaus** für „Treffpunkt Ohlsdorf" (Hamburger Abendblatt) und **Stefanie Geilhausen** für „Die Witwe sagt: Es war Schicksal" (Rheinische Post). Die Preise sind mit jeweils 6.000 dotiert.

Journalistenpreis „Packende Wirtschaft 2004" des Informations-Zentrums Weißblech – 1. Preis (10.000): **Harald Willenbrock** (brand eins); 2. Preis (Sonderpreis des NRW-Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft): **Mechthild Müser** (SWR Hörfunk); 3. Preis: **Marcus Rohwetter** (Die Zeit); 4. Preis: **Matthias Holland-Letz** (WDR Fernsehen); Nachwuchspreis: **Nikos Späth** (Welt am Sonntag).

Karl-Theodor-Vogel-Preis für Fachpublizistik 2004 – 1. Preis (7.500): **Hans-Jürgen Bittermann** (MM Logistik); 2. Preis (5.000): Dr. **Livia Cotta** (Physiopraxis); 3. Preis (2.500): **Sabine Wuthe** (@Lab).

Dr. **Claus Kleber**, beim ZDF Moderator und Leiter des „heute-journals", wurde mit dem Hildegard-von-Bingen-Preis 2004 der Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz ausgezeichnet.

Anja Koebel (MDR) erhielt für ihren Dokumentarfilm „Große Hoffnung Leben" den mit 6.000 dotierten Förderpreis „Medizin in den Medien 2004", der vom Kollegium der Deutschen Medizinjournalisten (KDM) vergeben wird.

Hans-Joachim Lang, Historiker und Redakteur des „Schwäbischen Tagblatts", erhält für sein im August erscheinendes Buch „Die Namen der Nummern – Wie es gelang, die 86 Opfer eines NS-Verbrechens zu identifizieren" den mit 2.500 dotierten Preis der Brüsseler Fondation Auschwitz 2003 / 04. Der zweite Preis geht an **Philip Verwimp** für seine Arbeit „Development and Genocide in Rwanda".

Der Journalist **Hans Leyendecker** (SZ) und die französische Menschenrechtspädagogin **Lucienne Schmitt** wurden mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis ausgezeichnet.

Der Filmregisseurin **Caroline Link** und dem Filmproduzenten **Peter Schamoni** wurde der Bayerische Verdienstorden verliehen.

Dem Literaturwissenschaftler und Publizisten **Peter von Matt** (Zürich) wird der mit 5.000 dotierte Deutsche Sprachpreis 2004 der Henning-Kaufmann-Stiftung verliehen.

Medienpreis 2004 der LFK (Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg) für Radio- und Fernsehbeiträge im baden-württembergischen Privatfunk – eine Auswahl der Preisträger. Hörfunk – Information: **Bianca Seipp** und **Antti Soramies** von Radio Regenbogen; Unterhaltung: **Thomas Aberle** und **Thorsten Schwämmle** von R.TV Radio; Sales Promotion: **Tatjana Brand**, **Alexander Heine**, **Marcus Michel** und **Oliver Ostermann** von Hit Radio Antenne 1; Volontäre: **Kristina Kasten** und **Martin Kleiner** von Radio 7; nichtkommerzielle Veranstalter: **Thorsten Busch** und **Philipp Münscher** von der UniWelle Tübingen; Beiträge von Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen: **Valentina Dobrosavljevic** vom Radio Fridericana der Universität Karlsruhe. Fernsehen – Information: **Sabine Hentschel** von TV Südbaden (Freiburg); Unterhaltung: **Mathias Rauck** von TV Südbaden; Sales Promotion: **Thorsten Bode**, **Dagmar Kalus** und **Thorsten Schwämmle** von R.TV Böblingen; Volontäre: **Steffen Fuchs**, **Daniel Räuchle**, **Stephan Schulz** und **Inci Ünsal** von BTV4U; Beiträge von Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen: **Nicolas Tribes** vom Institut LernRadio Karlsruhe; Publikumspreis: **Dan Lachozwianski**, **Ralf Siegelmann** und **Sascha Spataru** von RNF plus.
Die Preisgelder betrugen insgesamt 33.000 .

Der Journalistin und Frauenrechtlerin **Susanne von Paczensky** wird der Fritz-Bauer-Preis 2004 der Humanistischen Union verliehen.

Christian Petzolds Spielfilm „Wolfsburg" (ZDF / ARTE) wurde beim Internationalen Shanghai Fernsehfestival für das beste Drehbuch und die beste Regie ausgezeichnet.

Dietmar Post gewann mit dem Dokumentarfilm „Reverend Billy & The Church of Stop Shopping" (play loud! productions, Berlin) auf dem REC Film Festival in Tarragona / Spanien den Preis für das beste Erstlingswerk.

Beim Prix Jeunesse International, einem Wettbewerb für TV-Kindersendungen, wurden folgende Produktionen aus Deutschland ausgezeichnet – 3. Platz in der Kategorie bis 6 Jahre Fiction: „Leb' wohl, lieber Dachs" (WDR / ARD); 2. Platz in der Kategorie 12 – 15 Jahre Non-Fiction: „Neufundland" (WDR / ARD); 2. Platz in der Kategorie Light Entertainment (7 – 15): „1fach super!" (ZDF); Web-Preis Kategorie School-Age: „Käpt'n Blaubär" (WDR / ARD).

„RADIOJournal"-Rundfunkpreis 2004 – Kategorie Programmrubrik: Berliner Rundfunk 91!4 für den Echtzeitkrimi „6 Stunden Berlin – Eine ganze Stadt in Atem"; Kategorie Musiksendung: „Mixtape" (SWR). Insgesamt wurden Preise in 15 Kategorien vergeben.

Robert-Geisendörfer-Preis 2004 / Der Medienpreis der Evangelischen Kirche (je 5.000) – Hörfunk: **Karla Krause** (Buch) und **Robert Matejka** (Regie) für „Liebe, die um Abschied weiß. Vom Leben mit Alzheimer" (DLR / BR) sowie **Wolf Scheller** (Buch) und **Hein Bruehl** (Regie) für „Das einsame Gewissen oder Der Weg des Kurt Gerstein" (WDR).
Fernsehen: **Joakim Demmer** (Buch und Regie) für „Tod in Gibraltar" (ZDF / 3sat) sowie **Christoph Darnstädt** (Buch) und **Florian Kern** (Regie) für die Folge „Straßen der Nacht" der Serie „Abschnitt 40" (RTL). Sonderpreis der Jury (undotiert): der Autor und Regisseur **Jo Baier** (München).
Kinderfernsehpreis: Redakteur **Andreas M. Reinhard** und das Team der Serie „Willi wills wissen" (BR); Lobende Erwähnung: **Frederick Lau** für seine Rolle in dem Fernsehfilm „Wer küsst schon einen Leguan" (MDR).

Der Journalist **Ruslan Scharipov**, in Usbekistan unter falschen Anschuldigungen inhaftiert, wurde mit der Goldenen Feder des Weltverbands der Zeitungen (WAN) ausgezeichnet.

Volker Stollorz und **Grit Kienzlen**, beide freie Wissenschaftsjournalisten, erhalten den Georg-von-Holtzbrinck-Preis für Wissenschaftsjournalismus 2004.

Klaus Tümmler (Berlin) gewann mit seinem Dokumentarfilm „Flug in die Falle" beim 3. Waga Brothers International Festival of Nature Films in Polen den mit 1.000 $ dotierten Preis in der Kategorie Moral Values.

Die mit je 100.000 dotierten staatlichen Verleiherpreise 2004 „für besondere Leistungen bei der Verbreitung künstlerisch herausragender Filme" gehen an die Filmverleiher KurzFilmAgentur Hamburg, Neue Visionen Filmverleih und Ventura Film (beide Berlin).

Wächterpreis der Tagespresse 2004 der Stiftung „Freiheit der Presse" (Bad Vilbel) – 1. Preis (12.000): **Jürgen Schreiber** (Tagesspiegel, Berlin) und **Horst Cronauer** (Bild Frankfurt); 2. Preis (8.000): **Andreas Jungbauer** (Main-Post, Würzburg); 3. Preis (6.000): **Sonia Shinde** (Financial Times Deutschland).

Lorenz Wagner, Reporter der Financial Times Deutschland, wurde von der Ludwig-Erhard-Stiftung der mit 5.000 dotierte Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik 2004 zugesprochen.

Dem WDR wurde der erstmals vergebene UNICEF-Medienpreis in der Kategorie Fernsehen / Hörfunk zuerkannt.